

# Worms

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteinst täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Rüstungen und Reisen.

London, 13. Juni. (Eig. Ber.)

Es wird nachgerade aller Welt klar, daß der deutsch-englische Gegensatz die ganze europäische Politik beherrscht und daß das unmittelbare Problem, das diesem Gegensatz zugrunde liegt, in den Flottenrüstungen und in der Ungleichheit der Verteidigungskräfte Deutschlands und Großbritannien besteht. Diese Tatsachen wurden seit dem Jahre 1904 an dieser Stelle des öfteren hervorgehoben, und man darf gar nicht müde werden, sie fortgesetzt hervorzuheben und mit Nachdruck zu betonen. Denn sie lassen kein wichtiges Gebiet des staatlichen Lebens beider Länder unberührt; sie greifen auch in das Leben fast aller europäischen Staaten tief ein, und allem Anscheine nach sind sie bestimmt, auch die Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung zu beeinflussen. Was seit einigen Jahren weite Kreise der britischen Nation in Großbritannien und den selbständigen Kolonien immer lebhafter bewegt, läßt sich nur — soweit man großes mit kleinem vergleichen darf — mit den preussischen Reorganisationsversuchen in den Jahren vor dem Befreiungskriege vergleichen. Das moderne Britannien hat allerdings kein Jena erlitten und seine Gebiete sind von einer feindlichen Invasion verschont geblieben; die Motive zur Reorganisation wirken deshalb langsamer und minder aufrüttelnd; dann sind hier die weiten und dezentralisierten Massen nicht so leicht zu einer Einheit zusammenzufassen. Allein die Reorganisation geht nichtsdestoweniger vor sich.

Die Arbeit der Reorganisation erfährt zuerst die Flotte. Diplomatisch-strategische Gesichtspunkte leiteten ihre Neuerteilung, die seit 1904 vor sich geht und jetzt beinahe vollendet ist. Das Studium der russisch-japanischen Seetreffen führte zur Schaffung des Dreadnoughttyps, der die früher beliebte Mittelartillerie ausschaltete und nur die große und kleine Artillerie behielt. Und die Verbesserung dieses Typs geht unausgesetzt vor sich: die neuen vier Eventual-Dreadnoughts versprechen wiederum eine Revolution im Schiffbau herbeizuführen. Gleichzeitig wird der militärische Geist unter der Jugend gepflegt. Kompagnien von Jünglingen in militärischen Uniformen sind zu täglichen Erscheinungen in den Straßen Londons geworden. Die neueste Armeeform des Kriegsministers Haldane ist nur eine Vorbereitung zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, wahrscheinlich nach schweizerischem Muster. Die besten deutschen und französischen Militärschriftsteller werden ins Englische übertragen. Erst vor wenigen Wochen erschien eine englische Uebersetzung eines der Hauptwerke von Clausewitz. Die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, wo die Jugend Großbritannien, anstatt ihre freie Zeit bei Cricket, Football und Golf zu verbringen, sich mit Schießen, Schanzengraben, Befestigungsarbeiten und militärischen Manövern beschäftigen wird.

Immer durchgreifender wird die Agitation für den Schutzoll. Der Kampf gegen den liberalen, auf dem Freihandel aufgebauten Etat ist schon seit vielen Jahren kein so heftiger gewesen, und er wird bis zu Ende der parlamentarischen Tagung dauern. Der junge Chamberlain stellte in aller Form den Antrag auf Ablehnung des Etats. Ihm sekundieren die Finanzkönige und die Grundbesitzer, die das Oberhaus beherrschen.

Der Kampf gegen den Etat ist ein Kampf für indirekte Steuern, die aber nur aus Schutzöllen fließen können. Und der Etat wächst, da die Rüstungen wachsen, die wieder die Folgen der deutschen Flottenrüstungen sind. Daß diese Flotten-, Armee- und Schutzollagitation in beiden Ländern auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland einen unheilvollen Einfluß ausüben muß, bedarf keines Beweises. Bei jeder neuen Steuerlast, bei jedem Angriff auf die Freihandelspolitik, bei jedem Verlangen des Staates nach neuen materiellen, sittlichen und intellektuellen Opfern hört der Engländer von den imperialistischen Agitatoren immer wieder: Deutschland zwingt uns! Die besitzenden Klassen werden allmählich unruhig. All das wegen der Machtpolitik Deutschlands, denkt und fühlt der Engländer, der gewohnt war, seinen Geschäften ruhig nachzugehen und Staatsgewalt, Armee, Polizei und Zollgrenzen als einen Fluch zu betrachten. Die imperialistische Agitation stellt ihn jetzt vor die Alternative, sich nach kontinental-europäischem Muster umzumodeln oder zugrunde zu gehen. In dieser nervösen Stimmung ist es der Presse oder dem interessierten Publikum leicht, eine Panik hervorzurufen und nach und nach den

Kerger des Engländers in eine Kampfstimmung zu verwandeln, die teilweise auch die gegenwärtig in London tagende Konferenz der Pressevertreter des britischen Reiches beherrscht und die Lord Rosebery durch seine Rede noch zu steigern suchte.

Es ist auch der deutsch-englische Gegensatz, der die britische Diplomatie beherrscht. Nur diesem ist es zu verdanken, daß die englisch-russische Entente zustande gekommen ist, die, wenn sie nicht an den perfischen Wirren scheitert, wohl andauern dürfte. Das bevorstehende Zusammentreffen des deutschen Kaisers mit dem Zaren wird an den diplomatischen Bindungen Europas nichts ändern. Der österreichisch-russische Gegensatz läßt sich durch keinen deutschen Makler beseitigen. Nur der Ausbruch seiner akuten Form kann durch eine Förderung der russischen Reaktion hintangehalten werden. Und das ist auch das Band, das die preussische und die russische Politik zusammenhält. Die Konterrevolution und die vollenfeindlichen Maßregeln sind die Quellen, aus denen die Freundschaft der beiden Dynastien fließt.

Mit Ausnahme des demagogischen Teiles der englischen Presse, der ein Interesse daran hat, Deutschland in fürchterlichen Farben zu malen, um das englische Volk in den Militarismus und in das Schutzollsystem zu treiben, kümmert sich hier kein Mensch um den Besuch des Kaisers beim Zaren.

Der Besuch in Björkö hat es nicht verhindert, daß Russland auf seinen Frankreichs stand, als es sich in Algiciras um Marokko handelte, und das Zusammentreffen in Swinemünde hat den Abschluß des russisch-englischen Abkommens über Mittelasien nicht verhindern können: Anfang August 1907 toastierte der Kaiser in Swinemünde „auf die Freundschaft, die uns und unsere Länder verbindet“, und Ende August 1907 wurde die russisch-englische Entente abgeschlossen. Uebrigens werden die Franzosen und Engländer das „Glück“ haben, den Zaren in Eberbourg und in Cowes zu begrüßen.

Der deutsch-englische Gegensatz lastet wie ein Alp auf Europa und nur ein Flottenabkommen kann ihm ein Ende machen. Gelingt es nicht, ein solches Abkommen bald zustande zu bringen, so kann es leicht zu spät werden. Dann aber steigert sich das Wettrüsten und damit die Kriegsgefahr immer mehr und macht den Krieg wahrscheinlich — außer wenn das internationale Proletariat inzwischen eine solche Stärke erlangt, daß es zum Herrn des Schicksals der europäischen Kultur wird.

## Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die Volksauswucherung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages trat am Dienstagvormittag zu einer Sitzung zusammen, in der Genosse Singer zunächst in warmen Worten des verstorbenen Genossen Goldstein gedachte. Darauf wurde folgende Interpellation beschloffen:

Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angeichts des durch die Teuerung der Lebensmittel verursachten Notstandes weiter Volkskreise eine Gesetzesvorlage über die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel, sowie des § 11 des Zolntariffgesetzes vom 25. Dezember 1902 über die Erteilung von Einfuhrscheinen vorzulegen?

Die Genossen Rollenbuhr, Scheidemann und Dr. Südekum sollen die Interpellation begründen und — falls aus irgend welchen Gründen die Interpellation nicht auf die Tagesordnung kommen sollte — bei der Beratung der Wählensatzsteuer sagen, was über die Lebensmittelteuerung gesagt werden muß.

Schließlich nahm die Fraktion Stellung zur gegenwärtigen Situation der Finanzreform. Sie ist selbstverständlich auch für die neuen Vorlagen der Regierung in ihrer vorliegenden Form nicht zu haben. Zu Rednern für das Plenum bei der bevorstehenden Generaldebatte wurden bestimmt: die Genossen Singer, Emmel und Hildenbrand.

Im Seniorenkollegium des Reichstages gab der Präsident bekannt, daß er Mittwoch, den 16. Juni, die neuen Steuervorlagen der Regierung auf die Tagesordnung setzen werde. Man kam dahin überein, daß bei der ersten Lesung dieser Vorlagen eine Generaldebatte stattfinden solle, in der auf alle Fragen der Finanzreform eingegangen werden darf. Die Frage, ob die Finanzkommission berechtigt sei, dem Reichstage neue Steuervorlagen vorzulegen, die noch keine erste Lesung im Plenum durchgemacht haben oder als Anträge von Mitgliedern dem Plenum vorlagen, soll erörtert und behandelt werden, wenn die Berichte der Finanzkommission auf die Tagesordnung gestellt werden.

Das Zentrum und die Konservativen gaben den Wunsch zu erkennen, am Mittwoch bei der ersten Lesung der neuen Steuervorlagen nach den Erklärungen der Regierung die Sitzung zu vertagen; man müsse erst mit den Fraktionen über die Vorlagen beraten können, dazu sei aber bis jetzt noch keine Zeit gewesen. Nach längeren Auseinandersetzungen beschloß man, daß die Sitzung am Mittwoch um 2 Uhr angesetzt werden soll, damit die Fraktionen vorher mehr

Zeit zur Beratung dieser Vorlagen gewinnen. Dann soll man weiter abwarten, wie weit die Erklärungen der Regierung gehen, wieviel Zeit sie in Anspruch nehmen und ob dann noch Geneigtheit im Hause vorhanden ist, sofort in die Diskussion einzutreten, oder die Sitzung zu vertagen.

Genosse Singer fragte dann, wann die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation über die Aufhebung der Einfuhrscheine und die Aufhebung der Getreidezölle auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der Präsident erklärte hierauf, sobald die Geschäftslage es erlaube, werde er die Verhandlung dieser Interpellation sofort anberaumen.

## Die neuen Steuern und die Parteien.

Mit ihren neuen Steuern stößt die Regierung, nach den Stimmen der Presse zu urteilen, bei fast allen Parteien auf fast erbitterten und höchst unwilligen Widerspruch. Es ist bei den Erbschaftsteuern daselbe wie bei dem ursprünglichen jetzt so zerpländerten Reformplane: nirgends ein einheitlicher Gedanke, ein Bündel von Steuerreformvorschlägen, wie sie sich zufällig in den Bureaukratenmappen angesammelt haben und in ihrer Zusammenhanglosigkeit nur Zeugnis geben für den blutigen Dilettantismus, der im Reichsfinanzsekretariat herrscht.

Politisch werden aber die neuen Steuern dem Fürsten Bälou wohl wenig weiter helfen. Sein Rückzug hat die Agrarier nicht befriedigt, denen es sich jetzt um eine Nachprobe handelt, um den Beweis, daß Deutschland auch heute noch nach dem Diktat der preussischen Junker und nur nach diesem regiert werden darf. Zwar muß selbst die „Deutsche Tageszeitung“ zugeben, daß die Regierung den agrarischen Bedenken gegen die Erbschaftbesteuerung „mit gutem Willen entgegengekommen“ ist. Aber trotzdem bleibt das Blinderorgan bei der Ablehnung:

Von unseren grundsätzlichen Bedenken gegen die Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes aber ist durch den neuen Regierungsentwurf nicht das geringste hinweggeräumt worden; auch nicht einmal in den Fällen, wo grundsätzliche Einwendungen sich mit praktischen Bedenken einer solchen Steuer berühren. Nach wie vor bleibt sie deshalb für uns durchaus unannehmbar!

Es ist auch kaum daran zu zweifeln, daß der „Reichshof“ mit seinem Rate, die Konservativen möchten doch die Erbschaftsteuer annehmen, wie bisher ein Ruder in der Wüste bleiben wird, wenn auch das Blatt sicher darin recht hat, daß die Erbschaftsteuer in ihrer ursprünglichen Fassung besser war als alle jetzt vorgeschlagenen Erbschaftsteuern.

Auf der anderen Seite ist selbst ein so blödsinniges Blatt wie die „Frankf. Ztg.“ über die Kapitulation der Regierung vor den Agrariern entsetzt. Sie schreibt:

Was jetzt nottut, ist eine energische Auflehnung gegen die konservativ-kerisale Finanzweisheit, mit deren Vätern kein fauler Friede geschlossen werden darf. Die Regierung wählt statt dessen die Methode weitgehenden Entgegenkommens und sanften Lockens. Gut, aber dann wird sich hoffentlich niemand einbilden, daß die Linke diese Politik der Schwäche und der Grundlosigkeit mitmachen könnte...

Gewiß, die Finanzreform ist kein Objekt, bei dem man um ein paar Millionen feilschen sollte, und es mag Leute geben, die der Ansicht sind, daß es schließlich egal sei, ob die Erbschaftsteuer 55,90 oder 100 Millionen Mark bringt. Dabei wird aber übersehen, daß auch die 100 Millionen schon eine äußerst bescheidene Minimalforderung waren. Die Linke steht hier vor der Frage: Soll sie mit Rücksicht auf 50 Millionen Mark Besitzsteuern 400 Millionen andere Ausgaben bewilligen, die ihr unbefriedigend und unhygienisch erscheinen? Wir glauben, sie kann keinen Pfennig solcher Ausgaben bewilligen und muß die Teilnahme an einer derartig zusammengewürfelten Finanzreform einfach ablehnen. Auch die Nationalliberalen werden, wie wir hoffen, zu dem gleichen Ergebnis gelangen. Den Agrariern wäre es ja sehr willkommen, wenn die Erregung der letzten Monate sich in ein geist- und willenloses Kompromißeln auflöste, aber die Linke hat keine Ursache, jetzt ruhmlos vor dem Wunde der Landwirte die Waffen zu strecken, bloß um bei der Erledigung der Steuern „dabei zu sein“. Die Regierung hat gesprochen, und die Linke wird eine klare Antwort geben müssen. Und diese Antwort muß lauten: Wenn die Finanzen des Reiches durch eine zu neuen Zehnteln agrarische Reform saniert werden sollen, so mögen die Agrarier sie erledigen; wir sind nicht einseitig genug, und durch Beteiligung an diesem Unternehmen unrettbar zahlungsunfähig zu machen.

Wir sind gleichfalls der Meinung, daß eine Beteiligung an der Finanzreform unter den von der Regierung gestellten Bedingungen die liberalen Parteien „unrettbar zahlungsunfähig“ machen würde, nur fühlen wir uns nicht zu dem Optimismus berechtigt, daß die Liberalen dazu wirklich nicht „einfältig genug“ sind. Aber das kann man ja in aller Ruhe abwarten.

Das Zentrum, dem im Grunde genommen die einzelnen Steuern weit weniger wichtig sind als die Wiedererlangung der Macht, sekundiert natürlich aus Kräften dem konservativen Bundesgenossen. Mit besonderer Schärfe wendet sich die Zentrumsprelle wie übrigens auch die Organe anderer Parteien gegen die Besteuerung der Feuerversicherung. In der Tat beweist vielleicht diese Steuer mehr als alle anderen Vorschläge die zarte Rücksichtnahme der Regierung auf den großen Grundbesitz. Damit die Reichen weniger Erbschaftsteuern zahlen müssen, sollen die Kleinen Leute in Stadt und Land — und gerade für den bäuerlichen Mittelstand bedeutet diese

\*) Wie tief die Agitation gegen den Etat geht, zeigt folgender Umstand: Der Herzog von Norfolk verkaufte soeben aus seiner Bildersammlung einen Holbein. Ein Amerikaner wollte das Bild für 75 000 Pfund Sterling erwerben. Es entstand deshalb in England eine Agitation, welcher zu sammeln, den Holbein für die Nationalgalerie zu erwerben. Aus diesem Anlaß wurde die Tatsache bekannt, daß in den letzten Jahren zahlreiche Kunstwerke, die sich im Besitze des englischen Adels befanden, nach Amerika verkauft wurden. Als Ursache wird — die Erbschaftsteuer angegeben, die den Adel zwingt, bei Uebernahme von Erbschaften sich Geld für den Staat zu verschaffen, und da sie nicht zum Wucherer gehen wollen, verkaufen sie einen Teil der Familienschatzkammer an das Ausland. Wollte also England seine Kunstwerke bewahren, so müßte es die Erbschaftsteuer erheblich herabsetzen.



Steuer eine ganz ungerechtfertigte Belastung — ihre Versicherung um ungefähr ein Drittel teurer bezahlen. Denn gerade diese Steuer wird voll abgewälzt werden. Je kleiner aber das Gesamtvermögen, desto größer der Teil, der versichert werden muß und so trifft diese Steuer die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Landwirte weitaus härter als die Großen. Mit Recht nennt die „Köln. Volksztg.“ diese Steuer die „unglaubliche Dilettanterei“. Nur daß Alexikole und Konserbative gerade durch ihren Widerstand gegen ausgiebige Besteuerungen diese Dilettanterei provozieren geholfen haben. Im übrigen findet das Hauptorgan des Zentrums der Regierung den schärfsten Kampf an. Es schreibt:

Die neuen Vorschläge sind zum Teil womöglich noch schlechter als die bereits abgelehnten Vorschläge der Regierung. Die Erbschaftsteuer auf den Besitz, die angeblich das mobile Kapital treffen sollen, sind so lächerlich gering, daß sie den Spott herausfordern. Sie zeigen so deutlich die Absicht der verbündeten Regierungen, das Großkapital, besonders die Börse in jeder Weise zu schonen, daß sie den Widerspruch der Rechten im Reichstage in verstärkter Weise herausfordern müssen. ... Im Zentrum ist man entschlossen, keine Reichsfinanzreform zu bewilligen, die nicht eine entsprechende Belastung des Großkapitals und der Börse bringt. Die Vorschläge der Regierung aber lassen die Leistungsfähigkeit auch diesmal wieder völlig außer acht.

Die letzten Sätze scheinen uns besonderer Beachtung wert. Danach würde das Zentrum jede Finanzreform ablehnen, die nicht völlig nach seinem und der Konservativen Diktat gemacht würde. Damit ist aber der Konflikt innerhalb der bestehenden Massen und der sie repräsentierenden bürgerlichen Parteien aufs äußerste getrieben und für die immer aufs neue verachteten Kompromißverhandlungen werden die Aussichten stets schlechter.

So ist denn die Lage verworrener als je, und es ist kein Wunder, daß auf neue Krisengerüchte — Reichstagsauflösung oder Rücktritt Bälows — aufstehen. Aber für die Arbeiterklasse steht der Streit der Bestehenden untereinander nicht in erster Linie. Für sie handelt es sich vor allem darum, die Situation auszuweichen, um die Last, die alle Bestehenden vereint ihr zuwälzen wollen, nach Möglichkeit zu verringern. Der Lärm der Streitenden darf die Stimme des Protestes nicht überdönen, die sich gegen die unerschöpfliche Belastung des arbeitenden Volkes durch die neuen indirekten Steuern erhebt.

## Dem Andenken Hermann Goldsteins

widmen die „Dressener Volkszeitung“ und die „Leipziger Volkszeitung“ ehrende Trauerartikel. In dem unseres Dresdener Parteiorgans werden folgende nähere Angaben über Goldsteins Wirksamkeit in Dresden gemacht:

„Aus ärmlichsten Verhältnissen heraus hat sich unser Goldstein vom Kaufmann zum Arbeiter, aber mit jener jähren Ausdauer, die ihm eigen war, emporgearbeitet. Durch Besuch von Sonntags- und Abendkursen rang er sich zum Kaufmann durch. Sein reger Geist, sein lebendiges Temperament bildeten aber seine Selbstgenügsamkeit, kein Aufgeben in einseitigen Berufsarbeiten. Schon als Zwanzigjähriger beschäftigte er sich lebhaft mit wissenschaftlichen Dingen. Die freiwillige Bewegung, die vor 35 Jahren in Dresden recht lebhaft war, zog ihn in ihren Kreis. Bald war er Redner in den Versammlungen dieser Vereinigung und Mitarbeiter ihrer Zeitschriften.

Von hier aus fand er leicht und bald den Anschluß an die Arbeiterbewegung. Der alte Arbeiterbildungsverein war sein erstes Tätigkeitsgebiet. Hier lebte er die Diskussionen mit seinem Willen und seinem Witz. Bald stand er selbst als Vortragender auf dem Podium. Und nun beginnt eine reiche vielfältige Tätigkeit Goldsteins für die Arbeiter, ihre hohen Ziele und ihre aufstrebende Bewegung. In kleinen und großen Versammlungen, zur Wahlagitatorik wie zu wissenschaftlichen Diskussionen mit den Gegnern, vertrat er mit Geschick und ebenso mit Erfolg den Standpunkt der Partei. Zur Zeit des Sozialistengesetzes war Goldstein der gefürchtetste und der populärste Mann in der Dresdener Arbeiterbewegung. Jede freie Stunde benutzte er zu seiner Weiterbildung. Mit Recht galt er als gründlicher Kenner des Marx'schen Kapitals. Daneben interessierte ihn aber auch die klassische Literatur und Geschichte außerordentlich. Von seiner großen Velehrtheit legten oft seine Laudationsreden Zeugnis ab. Im Volksbildungsverein zu Dresden, dem Nachfolger des alten Arbeiterbildungsvereins, der dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, war Genosse Goldstein der bestbetete Debatteredner. Mit Witz und Wille zusammen erzeugte Goldstein eine geistige Regsamkeit und Lebendigkeit an den Vortragenden, die hunderte freudiger Arbeiter anlockten und den Bildungsbereiten zum Sammelpunkt intelligenter und bildungsbüchiger Genossen machten. Hier bildete Goldstein auch kleinere Zirkel für speziellere Ausbildung. Sein dramatischer Klug und seine Redeübungsabende sind bei vielen älteren Genossen noch in bester Erinnerung. In diesen jungen Herzen hat er hier Verankerung für unsere Ziele und Lust zur Weiterbildung gewekt. Hunderte haben Anregungen von ihm empfangen. Heute steht eine Anzahl Genossen in den vorderen Reihen der Arbeiterbewegung, die dem Genossen Goldstein als Lehrer dankbar ein ehrendes Andenken bewahren.

Wenige Jahre nährte er sich schlecht und recht durch ein Antiquariat, das er auf der Kleinen Strasse und später auf der Großen Bräutigasse betrieb. Hier fand er auch Ruhe und Gelegenheit zu weiteren Studien. Doch wurde sein Lächeln bald ein Ausdrucksbureau. Der von den Genossen einen Rat in Rechtsstreitigkeiten benötigte, wandte sich an Goldstein; vielen hat er so den Weg gewiesen, viele aus Verlegenheiten befreit.

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt über die Jugend und den Werdegang Goldsteins mit:

„In seiner frühesten Jugend mußte er als sogenanntes Götterkind, als Hirtenjunge, mit erwerben. Später, als die Eltern nach Dresden verzogen waren, besuchte er dort von 1858 bis 1868 die Volksschule. In seiner freien Zeit, da andere Kinder am Spiele sich vergnügten, mußte Goldstein in einer Zigarrenfabrik Tabakblätter rippen. Daß das dem Knaben, der schon früh ein auffallendes Talent verriet, nicht sonderlich behagte, läßt sich denken. Nach seiner Schulentlassung war er bis 1870 bei einem Advokaten als Schreiblehrling tätig. In seinen Mußestunden schmiedete er Verse, dichtete Couplets und zeichnete Karikaturen. Später war Goldstein in mehreren kaufmännischen Geschäften tätig, daneben in den Dresdener Diskussionsklub und im Fortbildungsverein. Wiederholt hat er in Stellvertretung am „Dressener Volksboten“ und später an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ neben Max Kahler und Georg v. Vollmar als Redakteur gewirkt. Unter dem Schandgesetz gründete Goldstein in Dresden eine antiquarische Buchhandlung, die ihn schlecht und recht ernährte. Natürlich mußte er auch wiederholt Hausdurchsuchungen und allerlei gerichtliche Scherereien über sich ergehen lassen. ...“

Das Begräbnis des Genossen Goldstein findet am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr auf dem Sankt Pauli-Friedhofe in Dresden statt.

## Timmer wieder Massenmißhandlungen bei der Garde.

Mit einem umfangreichen Rekrutenmißhandlungsprozeß hatte sich am Montag das Kriegsgericht der I. Gardebataillon zu beschäftigen. Unter Anklage stand der Unteroffizier Waldbemar Heise von der 8. Komp. des Garde-Regiments. Die Anklage legte ihm folgende

Mißhandlung untergebeiter, zum Teil unter Mißbrauch der Waffe, vorsätzliche körperliche Mißhandlung, vorschriftswidrige Behandlung und Verleumdung Untergebener zur Last. Heise ist ein ganz junger Unteroffizier von 20 Jahren. Er war den Anfordernungen, die an ihn gestellt wurden, nicht gewachsen. Nicht allein die Leute seiner Korporalschaft mißhandelte er, sondern auch die Mannschaften anderer Abteilungen. Die Anklage führte nicht weniger als 16 Prüßler auf, die von dem Beschuldigten geschlagen worden sind.

Bei seiner Vernehmung gab der Unteroffizier die ihm zur Last gelegten Straftaten, von denen die Anklage mindestens 54 Fälle annimmt, zu. Er räumte auch ein, daß er niemals Veranlassung zu den Mißhandlungen gehabt habe und konnte seine Erklärung darüber abgeben, was ihn eigentlich zu den Straftaten getrieben hat. Er mußte zugeben, daß seine Leute stets ihre Pflichten getan und niemals Anlaß zum Einschreiten gegeben haben. Eine Liebhaberei von ihm war es, die Mannschaften mit Sporen zu drangsalieren. Er hatte einen Sporen von einem Feldwebel erhalten und sich einen zweiten von einem Schutzmacher erbeten. Ost zog er die Sporen an die Stiefel und stolzierte dann auf den Korridoren der Kaserne umher. Die Rekruten bearbeitete er mit den Sporen manchmal derartig, daß Hautabschürfungen und kleine Wunden entstanden. Zum Teil hat sich Heise sehr schwere Mißhandlungen zuschulden kommen lassen. So versetzte er dem Füsiliere Schillingen einen verben Faustschlag gegen die Stirn, faßte ihn dann am Kragen und würgte ihn, daß ihm die Luft ausging. Als Sch. aufhorte, er werde sich dies nicht gefallen lassen, nahm ihn der Angeklagte mit hinter den Bettstirn und würgte ihn dort noch einmal. Der Füsiliere Winter hatte eines Tages Zahnschmerzen und blieb deswegen auf der Stube. Als H. herauskam, rief er dem Untergebenen sämtliche Sachen aus dem Spind, faßte ihn am Hals und stieß ihn gegen Spind und Bett. Ein anderes Mal mußte W. eine Viertelstunde hindurch in der Stube herumrennen, bis er vor Erschöpfung anzuweinen begann.

Der Füsiliere Michael wurde dreizehnmal von dem Angeklagten mißhandelt. „Ich werde Sie spornieren!“ mit diesen Worten begann Heise seine Mißhandlungen mit den Sporen. Mit Vorliebe nannte er seine Untergebenen „Idiot“ oder „Halunke“. Den Füsiliere Brand heßte der Angeklagte ohne jede Veranlassung so lange im Zimmer umher, bis er schwindlig wurde und zusammenbrach. Einen anderen Füsiliere hat H. mit dem Seitengewehr geschlagen und Faustschläge ins Gesicht versetzt, daß das Blut aus Mund und Nase floss. Füsiliere Vietzsch erlitt bei einem Faustschlag ins Gesicht eine Hautabschürfung am Mund.

Einer der als Zeugen vernommenen Füsiliere erwiderte auf die Frage des Verhandlungsführers, Kriegsgerichtsrat Jager, was er eigentlich von den Mißhandlungen des Angeklagten gehalten habe: „Das Quälen und Drangsalieren hat ihm Spaß gemacht!“ Ein anderer Füsiliere bekundete, daß er das Vorgehen des Unteroffiziers oft für recht kindisch gehalten habe.

Auf die immer von neuem erhobenen Vorhaltungen des Verhandlungsführers erwiderte der Angeklagte, er könne sich keine Erklärung dafür geben, weshalb er seine Leute geschlagen habe. Der als Sachverständiger geladene Stabsarzt Dr. Krause führte aus, daß der Angeklagte bei der Ausführung der Mißhandlungen zweifellos in einem Zustand außerordentlicher Gemütsregung gewesen sei. Unteroffizier H. sei von Jugend an geistig nicht vollwertig gewesen und als Hauptursache seien wohl die angeborenen Mängel und Schwächen anzuführen. Der Angeklagte sei wohl höchst reizbar und nervös, doch könne bei ihm der § 51 des Reichsstrafgesetzbuches keine Anwendung finden. Das Gericht beschloß, noch ein Obergutachten über den Geisteszustand des Angeklagten eingeholen und die Verhandlung zu verlagern.

Der Prozeß wirft wieder einmal auf die Verhältnisse in den Garderegimenten ein sehr übles Licht. In kurzen Zwischenräumen wiederholen sich immer wieder diese Anklagen gegen Vorgesetzte, die lange Zeit ihre Untergebenen geschunden haben, die Mißhandlungen auf Mißhandlung häuften, ohne daß einer der höheren Vorgesetzten etwas davon bemerkte, ohne daß — und das ist noch trauriger — einer der Mißhandelten den Mufand, sich zu beschweren! Hier, wo ein noch sehr junger Unteroffizier der Gewalttäter über zahlreiche Rekruten war, wäre eine scharfe Aufsicht der höheren Vorgesetzten dringend erforderlich gewesen. Daran scheint es sehr zu mangeln. Besser wird es damit auch nicht werden, solange nicht die Herren Offiziere bestraft werden, die es nicht verstanden haben, Mißhandlungen zu entdeden, die sich monatelang und jahrelang hinziehen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juni 1909.

### Vom Junkerparadies Mecklenburg.

Aus dem Reichstag, 15. Juni. Einer Erörterung der mecklenburgischen Verfassungsfrage widmete der Reichstag seine erste Sitzung nach den Ferien. Seit dem Jahre 1875 sind derartige Verhandlungen von Zeit zu Zeit gepflogen worden. Auch diese wird nicht die letzte ihrer Art sein.

Noch immer ist Mecklenburg das alte Junkerparadies geblieben, und da nicht nur die mecklenburgischen Junker, sondern auch die beiden Regierungen in Schwerin und Strelitz sich in ihre inneren Landesangelegenheiten nicht dreinreden lassen wollen, so ist an keine Besserung zu denken, ehe nicht ein entscheidendes Nachwort von außen eine Modernisierung Mecklenburgs erzwingt. Dieses Wort zu sprechen, sind aber weder die verbündeten Regierungen noch die Mehrheitsparteien des Reichstags gewillt. Die von den liberalen Parteien eingebrachte Interpellation konnte deshalb auch keine andere Wirkung ausüben, als auf neue im Lande die Aufmerksamkeit auf die Unhaltbarkeit der mecklenburgischen Zustände zu lenken.

Um diese Wirkung im vollsten Maße zu erzielen, hätte es allerdings eines schärferen Tongs bedurft, als er aus der Begründung der Interpellation durch den freisinnigen Abg. Rahnke heraustrug. Von Ingrim war da nichts zu spüren, höchstens von Bedauern. Selbst der nationalliberale Abgeordnete Vind, der in der Diskussion sprach, ging schärfer ins Zeug als sein freisinniger Kollege.

Wenn es trotz dieser übervorsichtigen Behandlung der Frage bei Begründung der Interpellation später dennoch zu erregten Szenen kam, so rührte das von der Konfliktsituation her, die im Hause herrschte. Es weiterleuchtete in den Gewitterwolken der Finanzreform, die am Horizonte lagern.

Die zarten Anfragen, die Herr Rahnke an den Bundesrat gerichtet hatte, wurden von Herrn v. Bethmann-Sollweg mit nicht minder zartfühlendem Wohlwollen da-

hin beantwortet, daß der Bundesrat aus verfassungsmäßigen Bedenken jedes Eingreifen in mecklenburgische Angelegenheiten ablehne, aber genau wie schon im Jahre des Herrn 1875 „hoffen zu dürfen glaube“, daß Regierung und Landtag in Mecklenburg selbst etwas fertig bringen werden. In die Sicherheit, die diese Verleumdung bundesrätlicher Günstigkeit auf der Linken erregte, stimmte Herr v. Bethmann-Sollweg selbst ein.

Dann verlas der Bundesratsbevollmächtigte für beide Mecklenburg, ein Herr v. Brandenstein, eine Erklärung, die jedwede Einmischung des Reiches ablehnte. Es folgte mit Verlesung einer ablehnenden Erklärung der Vorsitzende der konservativen Fraktion, Herr v. Normann. Als darauf auch der freikonservative Herr v. Derpen seinen gleichartigen Spruch vom Blatt gelesen hatte, ersuchte der Vizepräsident Paasche die folgenden Redner, sofern sie der deutschen Sprache mächtig seien, ihre Reden nicht abzulesen, was stürmische Heiterkeit erzielte. Darob erhob sich tosende Unwille auf der Rechten. Paasche suchte später in wenig geschickter Weise den Unwillen seiner agrarischen Blockbrüder zu besänftigen.

Genosse Frohme hatte Gelegenheit, nachdrücklich die ganzen kulturwidrigen Zustände im Lande des Ochsenkopfs zu geißeln, und er betonte besonders, daß der Geist der Reichsverfassung jedenfalls bedinge, daß alle Bundesstaaten auf Grund des allgemeinen gleichen Reichstagswahlrechts zu verfassungsmäßigen Zuständen gelangen.

Herr v. Brandenstein verhielt sich nachher noch in freier Rede, lieferte aber nur den Beweis, daß die mecklenburgische Regierung gut daran tun wird, ihn immer nur vom Blatt ablesen zu lassen, was sie für ihn aufgelegt hat.

Eine heftige Szene produzierte noch der mecklenburgische Junker v. Treuenfels, indem er solche Interpellationen als „Nägeln“ verunglimpfte. Sein Spezialkollege v. Rahnke war in der Form rücksichtsvoller, in der Sache bestritt aber auch er dem Reiche jedwedes Recht der Einmischung.

Da Anträge bei Interpellationen nicht gestellt werden können, so ging auch diese Debatte klanglos zu Ende. Als dann der Präsident eine sozialdemokratische Interpellation wegen der Lebensmittelpreiserhöhung ankündigte, johlten die Junker im Beisein der Macht. — Morgen kommt zunächst die erste Lesung der neuen Regierungsteuern auf die Tagesordnung.

### Eine neue Auflage des Falles Baare.

Wenige Tage sind nun reichlich her, daß die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ die unerhörten Manipulationen auf dem großen „gemischten“ Werke Phönix in Hörde (früher Förder Verein) — von denen wir auch Notiz nahmen — ausdehnte und mit Tausendenmaterial belegte. Obwohl klipp und klar bewiesen wurde, daß dieses große Werk den preussischen Staat durch jahrelange falsche Gewichtangaben sowie durch unglücklich leichtfertige Ueberladungen der Waggons in ganz hanebüchener Weise überverteilt und damit gleichzeitig eine große Gefahr für die Sicherheit der Verkehrswege heraufbeschwor, war die Kritik der bürgerlichen Presse an diesen lieblichen Schwätzern kaum der Rede wert. Nur im Handelsteile einiger großer Blätter regte sich's zaghaft, so daß die Phönixverwaltung doch nicht unheimlich kommen konnte, „Aufklärungen“ zu veröffentlichen. Es waren freilich typische Verlegenheitsprodukte, die zwischen den Zeilen nur zu deutlich die Wahrheit verrieten. Sowohl im „Berliner Tageblatt“ als auch im Dortmunder Amtsblatt, der „Dortmunder Zeitung“, ließ die Verwaltung erklären, es handle sich um den „Nacktekt“ eines wahrscheinlich wegen Unbotmäßigkeit gegen Vorgesetzte entlassenen Arbeiters, der der „Arbeiter-Zeitung“ jene Angaben gemacht habe. Die Direktion habe sofort bei der Eisenbahndirektion in Essen eine Revision der Praxisdoktrationen in den letzten Jahren beantragt, bei der festgestellt werden solle, inwieweit das angegebene Gewicht von dem verladenen abweiche. Es sei allerdings vorgekommen, daß Waggons ein höheres Gewicht enthalten hätten, als auf dem Praxisdoktration angegeben gewesen sei. Nach der Ansicht der Verwaltung des Phönix aber glichen sich diese Unterdeklarationen mit Ueberdeklarationen aus, so daß eine Strafe den Phönix dafür nicht treffen könne. Was die vorschriftswidrige Verwendung von Waggons innerhalb des Werkes anbelange, so beruhe das auf einer Vereinbarung mit der Eisenbahn. In der „Dortmunder Zeitung“ wird dann am Schlusse der glorreichen „Widerlegung“ wörtlich gesagt:

„Ebenso haben wir dieser Behörde (dem Eisenbahnpräsidium) alsbald Kenntnis von dem betreffenden Verfall und der von uns eingeleiteten Untersuchung gegeben, damit dieselbe in der Lage ist, durch Kenntnisnahme von unserem Untersuchungsergebnis und, falls gewünscht, durch eigene Ermittlungen die tatsächlichen Verhältnisse festzustellen. Hierzu zu tun, halten wir für unnötig, weil wir sonst dem genannten Blatt zu viel Ehre antun würden.“

Die Herren vom Phönix scheinen also genau zu wissen, wessen „Ehre“ hier einzig und allein auf dem Spiele steht, sonst würden sie schon „mehr tun“! Die „Arbeiter-Zeitung“ ist nämlich in der Lage, durch Verheißung neuer Material ihre früheren Behauptungen nicht nur zu erhärten, sondern auch die „Erklärung“ der Phönixverwaltung schlagend abzufertigen. In ihrer Dienstnummer tut sie das ausführlich. Sie legt dar, daß die Behauptung, ein wegen Unbotmäßigkeit entlassener Arbeiter komme in Frage, eine Unwahrheit ist, daß ein Ungleich zwischen Unter- und Ueberdeklarationen nicht vorhanden ist und die Angabe der Verwaltung über die Vereinbarung mit der Eisenbahn nur die Tatsache vertritt, daß auch innerhalb des Werkes in ganz unverantwortlicher Weise mit den Waggons gewirtschaftet wurde, was infolge der vergrößerten Entgleisungs- und Zusammenbruchgefahr eine erhebliche Gefährdung der Sicherheit der Schienenwege hervorzurufen mußte.

Außerdem führt die „Arbeiter-Zeitung“ von einem einzigen Tage, dem 17. April 1909, folgende Ueberladungen von mehr als 8000 Kilogramm an, die nur die sogenannten Achswagen betreffen:

Wagen 61 604 Essen von Hagenbeck	mit 5800 Kilogramm überladen.
Wagen 25 901 Broomberg von Nordstern	mit 4600 Kilogramm überladen.
Wagen 280 323 Essen von Nordstern	mit 3200 Kilogramm überladen.
Wagen 38 758 Köln von Nordstern	mit 8000 Kilogramm überladen.
Wagen 32 907 Essen von Nordstern	mit 3500 Kilogramm überladen.
Wagen 370 200 Essen von Hasentwinkel	mit 5000 Kilogramm überladen.

Diese Feststellungen werden den Patrioten vom Phönix wieder große Freude bereiten! Man hat nun abzuwarten, ob man ihnen nun auf den Leib rücken oder es mit der berühmten Lochschweige taktisch verfahren wird. Hier liegen Manipulationen von einer Gemeingefährlichkeit vor, daß die Deffinitheit ein Recht



zu der Forderung hat: Eisenbahnverwaltung und Staatsanwalt haben hier eingegriffen und derartigen idyllischen Gebräuchen schnell und gründlich den Lebensfaden abzuschneiden!

### Die Arbeiter und die Kolonien.

Auch den Arbeitern, so versichern Dernburg und die Kolonialschwärmer, bringen unsere Kolonien großen Nutzen. Wie's damit steht, zeigt folgende Notiz der „Windhufener Nachrichten“ vom 16. Januar:

Ausbildungskurse für farbige Handwerker. Die Reichskolonialverwaltung beabsichtigt — so lesen wir in heimischen Blättern —, in Windhuf Ausbildungskurse für farbige Handwerker zu errichten. In Südwestafrika herrscht immer noch ein empfindlicher Mangel an tüchtigen weissen Handwerkern. Die Handwerkerlöhne sind daher enorm hoch; sie betragen zuletzt 15—20 M. täglich bei freier Station. Die Kolonialverwaltung will diese ungesunden Zustände nach Kräften beseitigen und beabsichtigt, intelligente farbige für die gebräuchlicheren Arbeiten des Schmiedes, Schuhmachers und Sattlerhandwerks, deren Dienste hauptsächlich für die Zivilverwaltung in Betracht kommen sollen, heranzubilden. Die ausgebildeten farbigen Handwerker werden dann den einzelnen Dienststellen im Lande zugeteilt.

Dazu wird uns aus Windhuf geschrieben:

Handwerkerlöhne von 15 bis 20 Mark pro Tag neben vollständig freier Station existieren hier nicht. Es ist hier vorgekommen (ich selbst habe es gehört), daß erstklassige Maurer für eine Form für 125 Mark monatlich als Höchstlohn nebst freier Station gesucht wurden.

Bei diesen Löhnen muß man bedenken, daß die Preise aller Verbrauchsgegenstände und Genussmittel in Südwestafrika außerordentlich hoch sind, so daß ein Lohn von 125 M. bei freier Station sehr niedrig ist. Und diese Löhne sind der Kolonialverwaltung noch zu hoch!

### Der Kampf um das Reichstagsmandat von Halle.

Die „Liberale Korrespondenz“ jammert darüber, daß die Hallenser Konservativen bekümmert geben, sie seien bereit, gemeinschaftlich mit den linksstehenden Parteien in den Wahlkampf zu ziehen, verlangen dafür aber bei der Landtagsersatzwahl eine Kompensation.

Die „Liberale Korrespondenz“ legt das so aus: Die Konservativen unterstützen den von den Freisinnigen aufgestellten Reichstagskandidaten, verlangen dafür aber Abtretung der Landtagsmandate. Und sie bemerkt dazu: „Selbstverständlich können und werden sich die Freisinnigen auf dieses „seine Geschäft“ nicht einlassen. An Kompensationen ist nicht zu denken“, so erklärt mit großer Entschiedenheit von vornherein die freisinnige „Saale-Zeitung“. Den Konservativen wäre es wohl recht, für die Hilfe bei der Reichstagswahl, bei der sie selbst nie das Mandat erlangen können, ein Landtagsmandat zu gewinnen und dadurch dem heißersehnten Ziele, die absolute Mehrheit in Preußen zu erreichen, wieder um einen Schritt näher zu kommen. In diesem Selbstmord können die Freisinnigen sich natürlich nicht hergeben.“

### Die Ablehnung der Reichswertzuwachssteuer.

Die Regierung hat die Gründe gegen eine Reichswertzuwachssteuer in einer Denkschrift dahin zusammengefaßt, daß die Besteuerung des unverdienenden Zuwachses an sich berechtigt und für die Gemeinden sehr geeignet ist. Das Reich müsse aber Rücksicht auf die Gemeindefinanzien nehmen; eine gleichmäßige Heranziehung von Stadt und Land ist schwer möglich und deshalb sei eine Beteiligung des Reiches an dieser Steuer sehr bedenklich. Für die gegenwärtige Reichsfinanzreform könne diese Steuergattung schon deswegen überhaupt nicht in Frage kommen, weil Progres und Wissenschaft sich durchaus noch nicht einig sind und gar keine Möglichkeit besteht, die Vorarbeiten für ein solches Steuergesetz jetzt erledigen zu können.

### Noch ein „besserer“ Meineidsprozeß.

Das Verfahren gegen den Prekzidenten des kaiserlichen Amtes, Geheimrat Dr. Hammann, ist nicht, wie kürzlich die Presse gemeldet, eingestellt worden, vielmehr hat die Beschlußkammer des Landgerichts I in Berlin die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen. Die Verhandlung wird bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden.

### Ein „demokratischer“ Verteidiger der preussischen Polenpolitik.

Am der Spritourte sächsischer bürgerlicher Parlamentarier und Journalisten, die kürzlich in das Ostmarkengebiet gemacht wurde, nahm auch der sogenannte Demokrat Storz, Reichs- und württembergischer Landtagsabgeordneter, teil. Ganz beglückt von dem, was ihm zur Verherrlichung der Antipolenpolitik gezeigt wurde, verspricht er nun seine Begeisterung im „Neuen Stuttgarter Tageblatt“ und kommt noch intensiver Lobe all der preussischen Maßnahmen zu dem Schluß, daß gerade vom Standpunkte des Liberalismus aus im Prinzip die derzeitige preussische Antipolenpolitik zu unterstützen sei. Er betont, daß die freisinnigen Abgeordneten gut daran getan hätten, für den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes zu stimmen.

Storz ist ein sehr frechjamer Politiker, und wenn er etwas mehr Würde und sich auf eine andere Note zu stützen vermüchte, als die kleine demokratische Partei darstellt, so würde er es vielleicht noch zu etwas bringen. Nach seiner Afrikafahrt entpuppte er sich bekanntlich auch schon als halbtoller Kolonialschwärmer, wie er demnächst vielleicht Militär- und Flottenchwärmer wird.

### Reaktionäre Hoffnungen.

Noch hat sich über unseren Genossen Goldstein das Grab nicht geschlossen, als auch schon die Reaktion laut und deutlich die Hoffnung verkündet, daß es gelingen könne, und den Wahlkreis Stollberg-Schneeberg zu entreißen. Auf welch schwachen Füßen diese Hoffnung an sich schon beruht, das erhebt daraus, daß bei der letzten Wahl von 87 444 Wahlberechtigten 19 000, also die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten, sozialdemokratisch gewählt hat. Nun ist es ja richtig, daß die Gegner die Krankheit des Genossen Goldstein, die ihn hinderte, in den Parlamenten tätig zu sein, nach allen Kräften ausgenützt haben. Allein man hat es hier mit einem Wahlkreis zu tun, der seit langer Zeit unbestrittener sozialdemokratischer Besitz ist, und es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Parteigenossen in dem Kreise mit Feuer und Schwert gehen werden, um den Reaktionen ein für allemal die Luft zu vertreiben, einen Sieg in dieser Hochburg der Sozialdemokratie in den Kreis ihrer Berechnung zu ziehen.

### „Geistige Waffen“ des Zentrums.

Auf der am Sonntag tagenden Kreisversammlung der sozialdemokratischen Organisation des Reichstagswahlkreises Beckum-Südbrüggen, wo vor kurzem der „Zentrumsberg“ Arenberg gewählt wurde, ward als Beispiel des Zentrumsfanatismus u. s. folgender Fall mitgeteilt:

In der Nähe von Beckum ist ein organisierter Holzarbeiter beim Flugblattverbreiten von sechs Zentrumsleuten überfallen und derartig schwer mißhandelt worden, daß der Tod der Parteigenossen, der im Beckumer Krankenhaus liegt, jeden Tag eintreten kann. Die „Braben“ Zentrumsleute haben den Schwermißhandlungen die ganze Nacht hilflos auf der Landstraße liegen lassen.

## Oesterreich.

### Die Steuerdebatte.

Wien, 15. Juni. Abgeordnetenhause. In der weiteren Beratung des Finanzplanes der Regierung traten alle Redner für die Sanierung der Finanzen der einzelnen Kronländer ein, wendeten sich aber entschieden gegen die Erhöhung der Branntwein- und Biersteuer. Abg. Urban hob die der österreichischen Brauindustrie drohenden Gefahren hervor, die einerseits durch die Erhöhung des deutschen Bierzolles entstehen, durch den der österreichische Bierexport getroffen werde, und andererseits durch die beabsichtigte Erhöhung der Eisenbahnlarise sowie durch die Biersteuer, die insbesondere auf kleine Brauereien vernichtend wirken würde. Wehmann, der Führer der Christlich-Sozialen, wandte sich an die Tschechen mit dem Ersuchen, die ziellose Opposition aufzugeben, um eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen zu ermöglichen, die außer aus politischen Gründen auch durch die Finanznot der Länder geboten sei. Sodann nahm das Haus einen Antrag Glombinski auf Einsetzung eines Spezialausschusses an, dem die Finanzvorlagen überwiesen werden sollen.

Darauf trat das Haus in die Beratung des Dringlichkeitsantrags Kalina ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, die bosnisch-herzegowinische Verfassungsentwürfe dem Hause unterzulegen. Nach Begründung durch den Antragsteller, welcher die Verjagung aussprach, daß Bosnien nur eine Scheinverfassung ohne wirkliche Kontrolle des Landtages über die Verwaltung erhalten werde, erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Wieners: Die Regierung ist nicht in der Lage, dem Hause einen solchen Verfassungsentwurf vorzulegen, da nach dem bosnischen Verwaltungsvertrag für die Regelung des inneren Rechts und der Ordnung in Bosnien die beiderseitigen Parlamente nicht zuständig sind. Die Einführung der Verfassung ist eine Prerogative des gemeinsamen Monarchen, welche dieser unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des gemeinsamen Ministeriums und der beiden Regierungen ausübt. Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt. Der Präsident eröffnete nunmehr die Budgetdebatte.

## England.

### Die Bergwerksverstaatlichung.

London, 15. Juni. Sir Hardie erklärte gestern in einer Rede, wenn eine Ausperrung der Grubenarbeiter oder ein Generalausstand derselben erfolge, handle es sich nicht um den Achtstundentag oder den Arbeitslohn von sechs Schilling pro Tag, sondern um die Verstaatlichung der Gruben überhaupt.

## Rußland.

### Der Streik in Petersburg.

Petersburg, 15. Juni. Außer den Bediensteten der Straßenbahn beabsichtigen auch die übrigen Arbeiterkategorien in den Streik zu treten. Da die Polizei hierin ein Wort der Revolutionäre erblickt, wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

### Der Besuch Wilhelms II.

Die „Kossija“, das Organ der russischen Regierung, sagt über die Begegnung des Zaren mit dem Deutschen Kaiser:

„Die Leser werden sich erinnern, daß wir vor zwei Monaten vollkommene die Erklärung der Nord. Allgem. Zeitung“ bekräftigt haben darüber, daß in der Frage betreffend Bosnien und die Herzegovina Deutschland keinerlei Drohungen gegen Rußland ausgesprochen und sich mit seinem Vermittlungsversuch in der freundschaftlichsten Form an uns gewandt hat. Desgleichen vermögen wir die vollste Uebereinstimmung auszusprechen mit den Bemerkungen desselben Blattes, die die Deutschland zugeschriebenen Intrigen gegen die zwischen Rußland, Frankreich und England hergestellten Beziehungen widerlegte und aussprach, daß die Zusammenkunft beider Kaiser zum Zwecke freundschaftlichen Meinungsaustausches keinerlei Veränderungen in den Grundlinien der europäischen Politik bedeuten, und nur darauf hinweist, daß beide Monarchen wie früher auch jetzt ihre persönlichen Beziehungen und das gute Einvernehmen zwischen ihren Reichen aufrecht erhalten wollen. Wir fügen uns unterdessen hinzu, daß Rußland seine traditionellen Beziehungen zu Deutschland immer hochschätzte und hochschätzen wird. Diese sind völlig vereinbar mit den Bundesverpflichtungen Rußlands und bilden das gewichtigste Unterband für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Sie widersprechen auch nicht im geringsten den Beziehungen, die in der letzten Zeit zwischen Rußland und England hergestellt worden sind. Daber liegt keinerlei Grund vor, irgendwelche neue politische Kombinationen oder Veränderungen der Mächtegruppierungen vorauszusetzen.“

Damit ist die politische Bedeutungslosigkeit der Affäre wohl sehr deutlich hervorgehoben.

### Die Abstimmung über die Glaubensfreiheit.

Petersburg, 14. Juni. Die Reichsduma nahm in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Glaubensfreiheit mit einer Wendung gemäß einem Antrag der Ostobristen an, der zufolge der Uebertritt aus einer christlichen Konfession in eine nichtchristliche und die Erklärung der Konfessionslosigkeit gestattet werden soll, obwohl sich kürzlich Stolypin in langer Rede gegen diese Amendements ausgesprochen hatte. Die Abgeordneten der Rechten, der gemäßigten Rechten und die Nationalisten enthielten sich der Abstimmung. Die Rechte verließ dabei demonstrativ den Sitzungssaal.

## Vertagung.

Petersburg, 15. Juni. Die Reichsduma ist durch kaiserlichen Ukas bis zum 23. Oktober d. J. vertagt worden.

## Türkei.

### Die Lage in Atnafien.

Konstantinopel, 15. Juni. Nach militärischen Feststellungen beträgt die Gesamtzahl der bei den Unruhen im Wilajet Adana getöteten und verwundeten Armenier und Mohammedaner 5400.

In der Garnison Erzerum wurde der normale Zustand durch Marschall Ibrahim Pascha wieder hergestellt, die rebellierenden Soldaten wurden entwaffnet, die verjagten Offiziere in ihre Kommandos eingeseht. Der schuldtragende Kommandant von Erzerum, Divisionsgeneral Jusuf Pascha, wurde nach Konstantinopel gebracht und harrt seiner Aburteilung.

Das Amtsblatt dementiert erneut die auswärtsigen Meldungen über neue Meheleien in Alexandrette, wobei 100 Personen getötet worden seien. Auch der Gouverneur und ein armenisches Mitglied der Untersuchungskommission dementieren telegraphisch diese Meldung. Ferner widerspricht „Atthad“ den Gerüchten von einer Ministerkrise, die infolge von Differenzen zwischen dem Großwesir und dem Minister des Aeußern entstanden sein sollen, und erklärt, im Ministerium herrsche volles Einvernehmen über alle wichtigen Fragen der auswärtigen Politik.

### Ein griechisch-türkischer Konflikt.

Konstantinopel, 15. Juni. In Adali (Wilajet Brussa) ereignete sich ein blutiger Zusammenstoß zwischen

Griechen und türkischen Truppen. Nach einer Meldung des griechischen Konsulats sind sieben Griechen ohne Grund verwundet worden. Nach den Angaben der Porte haben die Griechen die Truppen angegriffen. Truppenverstärkungen sind abgegangen.

### Die Kämpfe in Albanien.

Saloniki, 15. Juni. Zwischen den aufständischen Albanesen und den türkischen Truppen haben bei Schischana drei heftige Zusammenstöße mit Verlusten auf beiden Seiten stattgefunden. Schahid Pascha verlangt Hilfstruppen und droht den Albanesen mit dem Belagerungszustand.

## Aus der Partei.

### Kommunale Wahlsiege.

In Luenheim (Baden) siegten unsere Genossen bei erstmaliger Beteiligung an den Gemeinderatswahlen in der zweiten und dritten Klasse. Es zählten 14 Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß ein.

In Sadenburg in Baden siegten bei den Bürgerwahlen in der dritten Klasse unsere Parteigenossen über die vereinigten Bürgerlichen mit 200 gegen 95 Stimmen. Bei der vorherigen Wahl hatte die Mehrheit unserer Genossen nur drei Stimmen betragen.

### Die Geldquellen der „S. M.“

Zu der in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten Erklärung des Genossen Bebel in Sachen der Subventionierung der „Sozialist. Monatshefte“ aus nichtsozialdemokratischen Kreisen bemerkt die Frankfurter „Volkstimme“:

„Was den Zweifel des Genossen Bebel in Ziffer 3 seiner Erklärung angeht, so können wir ihm und der Öffentlichkeit selbstverständlich versichern, daß der verstorbene Hallgarten niemals Geldgeber der Frankfurter Sozialdemokratie gewesen ist. Die Frankfurter Partei hat sich weder jemals um Geld an Hallgarten gewendet, noch hat Hallgarten der Partei Geld aus eigenem Entschluß gegeben. Er hat auf Befürwortung von Parteigenossen Mittelende im liberalsten Ausmaße unterstützt, die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften durch den bürgerlichen Volksschulungsausschuß gefördert, das Herbergsweien durch Mitwirkung bei der Gründung der Arbeiterherberge reformieren helfen; aber er hat es mit seinem Takt vermieden, jemals auch nur den Anschein zu erwecken, als ob zwischen ihm und der Partei finanzielle oder andere Beziehungen vorhanden sein könnten. Die Mitteilung des Genossen Bebel, daß er Hallgarten als bürgerlichen Linksliberalen noch 1907 kennen gelernt habe, entspricht völlig unseren eigenen Beobachtungen. Die Genossin Rumbt teilt uns zwar heute mit, daß ihr Hallgarten 1905 berichtet habe, er gehöre schon wegen der amerikanischen Staatsbürgerlichkeit, die er hochschätzte, seiner deutschen Parteiorganisation an. Das würde unsere Annahme berechtigen, daß Hallgarten eingeschriebenes Mitglied der Frankfurter bürgerlichen Demokratie gewesen sei, im übrigen aber an seiner bürgerlichen Parteiloyalität im bürgerlichen Lager nichts ändern. Wer die Frankfurter Genossen waren, mit denen die Genossin Rumbt 1905 verkehrte, ehe sie zu Hallgarten ging, das ist ja jetzt dadurch hergestellt, daß Genosse Bebel den Genossen Christus nennt. An ihm wird es nunmehr liegen, die Auskünfte klarzustellen, die er der Genossin fahreerin der „Soz. Monatshefte“ damals gegeben hat.“

### Von der bayerischen Parteipresse.

Eine Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Neustadt an der Waldnaab (Oberpfalz) hatte beschlossen, an Stelle der „Frankf. Tagespost“ die „Frankf. Volkstribüne“ in Bayreuth als offizielle Parteiorgan des Kreises einzuführen. Am letzten Sonntag fanden in allen Parteisektionen des Kreises Versammlungen statt, die diesen Beschluß sanktionierten. Die Aenderung soll bereits am 1. Juli soweit als möglich durchgeführt sein.

Hermann Gorter ist — ein holländischer Genosse macht und darauf aufmerksam — nicht aus der holländischen (alten) Partei ausgeschlossen worden, sondern freiwillig ausgetreten. Nur die „Tribüne“-Redakteure Wynkoop, Ceton und van Rauesteyn wurden auf dem außerordentlichen Parteitag in Deventer (nicht auf dem letzten Parteitag) ausgeschlossen.

### Soldaten gesucht.

Die Sozialdemokraten scheinen doch nicht so unbrauchbare Soldaten zu sein, wie mitunter von den Vertretern des Militarismus im Reichstage behauptet wird. Der Redaktion des „Zimmerer“ in Hamburg ging das nachstehende Schreiben zu:

Schöneberg b. Berlin, 1. 6. 09.

Eisenbahn-Regim. Nr. 2.

J. Nr. 3118/09.

Die verehrliche Redaktion bittet das Regiment um sehr gefällige kostenfreie Aufnahme nachstehender Notiz unter Rubrik „Vermischtes“:

Bei dem Eisenbahn-Regiment Nr. 2 zu Schöneberg bei Berlin werden für kommenden Herbst 09 noch zweijährig Freiwillige, vor allem gelehrte Zimmerleute, Tischler, Holzarbeiter, Klempner, Telegraphisten, Schneider, Schuhmacher, Sattler und Schiffer pp. zum Dienst mit der Waffe angenommen.

Zum Dienstentritt bereite junge Leute wollen sich schriftlich unter Befügung des Meldebescheinigung, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, einer amtlichen Bescheinigung der Körpergröße sowie einer Bescheinigung über die bisherige Tätigkeit bei vorgenanntem Regiment melden.

Das Regiment verfehlt nicht, der verehrlichen Redaktion für die Mithewaltung im voraus seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Oberst und Regimentsskommandeur.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### § 11.

Genosse Rottebom von der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ wurde wegen Uebertretung des Preßgesetzes zu einer Geldstrafe von 60 M. verurteilt, weil er die Aufnahme einer Verächtlichmachung der Sache Raddob abgelehnt hatte. Die Verurteilung erfolgte, obwohl die Verächtlichmachung ganz offenbar gegen den klaren Inhalt des § 11 des Preßgesetzes grüßlich verstieß! Die Verurteilung wird das unhaltbare Urteil kassieren müssen.

Aus der Verurteilunginstanz. Am Sonnabend kam vor der Freiburger Strafkammer die Verurteilung des Genossen Goll von der „Vörracher Volkszeitung“ zur Verhandlung. Goll war wegen eines in der „Volkszeitung“ (damals noch „Arbeiterzeitung“) erschienenen, die Zustände im Betriebe des Antinenwirts Jaster in Wyhlen kritischeren Artikels vom Vörracher Schöffengericht wegen Verleumdung im Sinne des § 186 zu 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Und zwar hieß es damals in der Urteilsbegründung, der Wahrheitsbeweis sei durch die Zeugnisaussagen erbracht, Goll sei aber durch die Form der Kritik zu weit gegangen, der Schutz des § 193 müsse ihm versagt werden! Goll legte gegen das Urteil Verurteilung ein, und die Strafkammer als Verurteilunginstanz bestätigte das Schöffengerichtliche Urteil. Auf die beim Oberlandesgericht eingelegte Revision wurde die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen, die sich nun aufs neue damit zu beschäftigen hatte.

Die Verurteilung wurde nach kurzer Beratung vermieden mit der Begründung, die Verurteilung sei nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs erfolgt, der Schutz des § 193 könne nicht Anwendung finden; die in der Kammer vorhandenen Urteile hätten dem Goll nicht das Recht gegeben zu einer so scharfen Kritik. . . .



# Gewerkchaftliches.

## Gegen den Terrorismus der Unternehmer.

Die Scharfmacher werden jammern!

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts München hat zu den Differenzen im Münchener Baugewerbe folgenden bedeutungsvollen Schiedsspruch erlassen:

1. Während der Dauer des Tarifvertrages ist die Knechtung aller einseitigen Zwangsmassregeln unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes, soweit dessen Vermittlung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird, ebenso alle Sperren, die seitens der Arbeitnehmerorganisation wegen dieses Arbeitsnachweises verhängt werden.

2. Der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe hat deshalb unverzüglich das Vermittlungsmonopol seines Arbeitsnachweises, der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein München, die deswegen verhängte Sperre wieder aufzuheben.

Dieser Schiedsspruch ist eine moralische Verurteilung/ des terroristischen Vorgehens der Arbeitgeber-Organisationen. Die beiden Organisationen haben sich auf Grund des Tarifvertrages dem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Aus Mainz wird gemeldet:

Die Stadtverordnetenversammlung in Mainz beschloß auf Antrag ihrer sozialpolitischen Deputation, daß solche Firmen, von denen Tatsachen bekannt sind, daß sie das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten beschränken, von städtischen Arbeiten und Lieferungen ausgeschlossen werden können. — Man erhofft von einem solchen Beschlusse eine erzieherische Wirkung auf die Arbeitgeber.

## Berlin und Umgegend.

Der Streik der Darmarbeiter auf dem Berliner Schlachthofe ist beendet. Nach fünfwöchentlichem Streik beschloßen die Streikenden den Kampf abzubrechen und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Achtung, Darmfleischler! Seit Montag treibt ein Agent auf dem hiesigen Schlachthofe sowie in den umliegenden Gastwirtschaften sein Unwesen. Er verübt, Darmfleischler nach Kopenhagen (Dänemark) anzuwerben, verschweigt aber, daß dort seit sechs Wochen gestreikt wird. In Betracht kommen folgende Firmen: Baldemar Schou, Usterled bei Kopenhagen; Aktiefabrikat Dansk Oleomargarine-Fabrik, Usterled; Karl Riessen u. Co., Rødovre bei Kopenhagen.

Zugang ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Berlin.

## Deutsches Reich.

### Der Streik in Kiel.

Am Montagabend fanden drei Volksversammlungen statt, die vom Gewerkschaftsrat einberufen waren und sich mit der durch die Gewaltpolitik des Magistrats geschaffenen Lage beschäftigten. Die Versammlungen waren ein wichtiger Protest gegen die Scharfmacherpolitik des Magistrats und gegen das Verhalten der Polizei. Sämtliche Versammlungslokale waren schon nach 8 Uhr abgesperrt. Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden und verharren draußen auf der Straße. Es sind wohl 8000 Personen auf den Weiden gewesen. Die Versammlungen beschloßen eine Resolution, in der es u. a. heißt, daß die vom Magistrat der Stadt Kiel durch sein Verhalten gegenüber den Forderungen der städtischen Arbeiter geschaffene Lage zu einer schweren Gefahr für die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sicherheit und die Finanzen der Stadt geworden ist. Die Resolution schiebt dem Magistrat die volle Verantwortung für die augenblickliche Lage zu, die sich zu einem kommunalpolitischen Skandal ersten Ranges ausgewachsen hat, und erwartet von ihm, daß er schleunigst Schritte unternimmt, um diesen Skandal aus der Welt zu schaffen. In der Resolution wird weiter ganz energisch gegen das Vorgehen der Polizei, das zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit geworden ist, protestiert und erwartet, daß die Polizei zum Schutze und nicht zur Verdröhung und Mißhandlung friedlicher Einwohner tätig sei, und daß die für die Vorgänge verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden. Den streikenden Gemeindefunktionären wird schließlich die Sympathie der Versammlungen ausgesprochen.

Die Polizei war vor allen Lokalen in Massen aufgeboten. Als die Besucher aus dem proletarischen Guttenbergviertel, das naturgemäß einen großen Prozentsatz der Versammlungsbesucher stellte, beim Nachhauseweg in die Guttenbergstraße einbogen, fanden sie dort eine Schutzmannsgruppe von 20 Mann in Reih und Glied mit einem Kommissar an der Spitze aufgestellt, die noch nachts 12 Uhr dort standen, als die Straße längst menschenleer war.

Am Exerzierplatz vor dem Versammlungslokal Kolosseum kam es wieder zu polizeilichem Eingreifen, lediglich weil einige junge Burshen, die durch das Massenaufgebot der Polizei angeleitet waren, piffen und etwas Alkotria trieben. In der Verlängerung der Guttenbergstraße, der Eichhoffstraße, fand eine Abteilung des Infanteriebataillons marschbereit.

Ein Versuch, den Montagvormittag zwei Beamte des Gemeindefunktionärenverbandes machten, mit dem Magistrat zu verhandeln, mißglückte. Sie wurden nicht vorgelassen. Nur die sie begleitenden Stadtverordneten Kuhn und Rindfleisch ließ der Oberbürgermeister vor. Ihre Aufforderung, der skandalösen Lage in Kiel durch Verständigung mit den Streikenden ein Ende zu machen, lehnte der Oberbürgermeister schroff ab. Er hob alle Schuld den Streikenden in die Schuhe.

Täglich kommen jetzt Arbeitswillige an. Diese sind mit Revolvern und Gummischläuchen ausgerüstet. Die bürgerliche Presse fährt fort, Lügen über die Streikenden in die Welt zu setzen. Der von und gestern mitgeteilte Vorfall vor dem Hause des Oberbürgermeisters wird den Streikenden in die Schuhe geschoben. Aus den 100 bis 150 jungen Burshen werden sonar in einigen Zeitungen 2000 Personen gemacht. Ferner wird gelogen, daß in den Arbeiterquartieren die Frauen Ausschreitungen begehen und der Kübelabfuhr durch Arbeitswillige Widerstand entgegenzusetzen. Bisher ist aber in Arbeiterquartieren überhaupt noch keine Abfuhr der Kübel erfolgt. Alle Berichte der bürgerlichen Blätter sind deshalb mit Vorsicht aufzunehmen.

## Die vorsichtigen Syndikalisten und der Kampf im Hamburger Baugewerbe.

In der Versammlung der „Freien Vereinigung der Maurer“ (Lokalisten) am Sonntag teilte der Vorsitzende, Klaus Süben, mit, daß mit dem Vierstädtelbund und den Bundesmeistern Verhandlungen zur Beilegung der Streitigkeiten gepflogen und mit letzteren eine Einigung unter Vorbehalt auf folgender Grundlage zustande gekommen sei:

„Der Baugewerbeverband zu Hamburg ist damit einverstanden, die Aussperrung im Kaufsch aufzuheben. Dann treten

die Aussperrten, die Mitglieder der Zentralverbände sowohl wie die der freien Vereinigung und sonstiger lokaler Vereine unter den alten Bedingungen (?) wieder in Arbeit; ist dies geschehen, dann sind die Arbeitgeber bereit, einen Tarifvertrag, gleichviel ob sofort oder in einigen Wochen, mit den Arbeitnehmervertretern zu vereinbaren; dieser Tarif soll sodann am 1. April 1910 in Kraft treten.“

In der Debatte hieß es, es liege an den Zentralverbänden, da die Lokalisten in der Minderheit, darüber zu entscheiden, ob der Krieg fortgeführt oder ein Friedensvertrag abzuschließen sei. Eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung darüber entscheiden zu lassen, erscheine nicht zweckmäßig, diese würde zu einer Nadausammlung ausarten. Tatsächlich richtiger sei es, eine abwartende Stellung einzunehmen, ob die Zentralverbände den Einigungsvorschlägen des Baugewerbeverbandes zustimmen würden. Eine Lohnforderung an die Unternehmer zu stellen wurde abgelehnt, dagegen folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung beschließt, unter keinen Umständen irgendwo an Bauten, wo andere Maurer Lohnforderungen gestellt und deshalb die Arbeit eingestellt haben, an Stelle der Streikenden in Arbeit zu treten. Dieser Beschluß ist für alle Mitglieder der „Freien Vereinigung“ rechtsverbindlich und muß strikte innegehalten werden.“

## Mit dem Verräterkudde,

das der christliche Metallarbeiterverband gegenwärtig bei dem Streik, den die Solinger Gewerkschaften über die Stahlwarenfabrik Mandewitz verhängt haben, veräbt, beschloß sich am letzten Sonntag im größten Lokale in Solingen, der städtischen Schützenburg, eine vom Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband gemeinsam arrangierte öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die massenhaft besucht war. Die Referenten, Böhmert vom Industriearbeiterverband und Rapp vom Metallarbeiterverband, legten der Versammlung die Gründe, welche zu dem Streik geführt haben, auseinander und geißelten das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer in der schärfsten Weise. Zu dem bereits vom „Vorwärts“ mitgeteilten Tatsachen ist noch folgendes erwähnenswert: Nachdem bekannt geworden war, daß Mandewitz die bestehenden Preisverzeichnisse (Tarife) umging und den Arbeitern wohl den richtig verdienten Lohn in ihr Kontobuch eintrug, aber bei den Zahlungen bedeutende Abzüge machte, wandten sich die Gewerkschaften an den Arbeitgeberverband, der ebenfalls streng auf der Durchführung der bestehenden Preisverzeichnisse (Tarife) besteht. In den gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften wurde Mandewitz verurteilt, die an die Arbeiter zu wenig gezahlten Beträge nachzuzahlen. Mandewitz weigerte sich aber, diesem Beschluß nachzukommen, und die Folge davon war, daß er aus der Fabrikantenvereinigung ausgeschlossen wurde. Während also die Fabrikanten den Tarifverächter für vogelfrei erklärten, schlossen die Christenbrüder einen Pakt mit diesem, um die streikenden Arbeiter niederzuzwingen. In einer Versammlung der Christlichen wurde, obgleich sie über den Sachverhalt unterrichtet waren, beschloßen, weiter zu arbeiten. Nicht genug damit, wurden der Firma aus Streikbrecher zugewiesen. In der Versammlung wurde weiter festgestellt, daß der Bezirksleiter vom christlichen Metallarbeiterverband, der bekannte Peter Troich in Düsseldorf, arbeitslosen Mitgliedern gegenüber erklärt hat: „Wenn Ihr die Arbeit nicht annehmt, bekommt Ihr keine Unterstützung mehr!“ Systematisch sei versucht worden, alle Plätze mit christlichen Streikbrechern zu besetzen. Das sei ein Verräterstreik, wie man ihn sich nicht schlimmer vorstellen könne. Gelder als die Gelben um Lebus seien die Christlichen in diesem Falle. Der christliche Bezirksleiter Peter Troich in Düsseldorf habe Solinger Gewerkschaftsführern gegenüber erklärt: „Ihr sollt vor uns noch auf den Knien rutschen!“ Dieser Ausspruch charakterisiert sich von selbst, wenn man bedenkt, daß den circa 12000 freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern im Kreise Solingen nur einige hundert christliche Streikbrecher gegenübersteht. Die Erregung, die sich der Solinger Arbeiterführer über den Verrat der Christlichen hemächtigt hat, widerspiegelt sich am besten in einer Resolution, die in der Versammlung einstimmig angenommen wurde und in der es heißt:

„Solange die christlich organisierten Solinger Metallarbeiter den Streikbruch aus ihrer Organisation nicht entfernt haben, gelten alle im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der Solinger Stahlwarenindustrie als Streikbrecher und sind dementsprechend zu behandeln. Schreiten die christlichen Gewerkschaftler strupellos über die Existenz streikender Arbeiter hinweg und verhalten sich bei ihrem verräterischen Verhalten, so kann auch den Solinger Arbeitern die Existenz dieser Christen gleichgültig sein.“

## Schwarze Listen.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller verbandte in den letzten Tagen abermals Rundschreiben. Sie enthalten Mitteilungen über mancherlei kleine Streiks in Drauenburg und über solche aus vielen anderen Orten. Etwas post festum kommt die Mitteilung vom Streik bei Vorking in Berlin. Weiter werden 68 Schiffsbauarbeiter in Rost und Wann erklärt, weil sie streikten.

## Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband

tagte von Freitag, den 11., bis Montag, den 14. Juni in Stuttgart. Den Anfang machte die Generalversammlung der Deutschnationalen Kranken- und Begräbniskasse. Eine Sitzung der Deutschnationalen Kaufmannsgerichtsbeisitzer folgte. Am Sonnabendnachmittag begann die öffentliche Vorführung der geistigen Größen des Verbandes. Die Deutschnationalen nennen das den „Deutschen Handlungsgehilfentag“. Wegen dieser Unversöhnlichkeit wandten sich in einer öffentlichen Erklärung die Vertreter fast aller anderen Organisationen der Handlungsgehilfen unter Hinweis darauf, daß der deutschnationale Verband nicht die Hälfte der organisierten Kaufmannschaft umfaßt, er also auch nicht das mindeste Recht habe, seine Tagung als „Deutscher Handlungsgehilfentag“ auszusprechen.

Den Vorsitz führte der Verbandsvorsitzer Schad in Hamburg. Er begrüßte huldvoll die Vertreter der Behörden, angefangen bei dem Senatspräsidenten des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern, Geh. Oberregierungsrat Koch bis herunter zum Reichstagsabg. Liebermann von Sonnenberg. Auch vergaß er nicht zu betonen, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband seine Aufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblicke, denn so etwas hören staatsbehaltende Ohren gern, wenn es auch nicht ganz übereinstimmt mit dem Verbandsstatut, das unter anderem besagt: Parteipolitische und konfessionelle Bestrebungen innerhalb des Verbandes sind ausgeschlossen. Auf so kleine Unstimmigkeiten kommt es den Herren Deutschnationalen nicht an.

Unser Stuttgarter Parteiblatte hatte in seinem „Begrüßungsartikel“ an das Urteil des jüngst verstorbenen württembergischen Staatsrats Karl v. Schöner in der Sitzung des Reichsamt des Innern vom 4. Dezember 1905 erinnert: Er könne den Deutschnationalen Verband nur bedauern, der sich solche Wortführer erkorle habe und er (Schöner) verzichte auf die Hochachtung und die Sympathie von Leuten, die sich nicht entblöden, mit Unterstellungen zu arbeiten. Herr Beschly, Verwaltungsmittglied in Hamburg, fügte sich gedungen, in seinem Referat über die Reichsversicherungsordnung und die Handlungsgehilfen neue Beweise für die Nichtigkeit des Urteils Schöners über den Deutschnationalen Verband zu erbringen. Er behauptete, die Herren Arbeiter“ in den Verwaltungen der Krankenkassen verfolgten die Handlungsgehilfen

mit einem wüstenhaften Haß als den blutigsten Unternehmern und was dergleichen ungerichtet Zeug mehr ist. Es erübrigt sich, auf die Exkorporationen der deutschnationalen Rhetoren weiter einzugehen.

Eines Zwischenfalles, über den wir schon kurz telegraphisch berichtet, sei noch Erwähnung getan. Das Verwaltungsmittglied Alfred Roth, wollte den Vertreter unseres Stuttgarter Parteioorgans, der „Schwäb. Tagwacht“, aus dem Saale weisen, da seine Zeitung nicht eingeladen sei und es „die Würde des Verbandes verletz“, wenn er den Verhandlungen beizuhöhe“. So verstehen die Deutschnationalen die „Öffentlichkeit der Verhandlungen“. Unser Parteigenosse stieß den Herrn Roth mit der Nase auf die in allen Bekanntmachungen und an allen Anschlagtafeln verkündete Öffentlichkeit der Tagung, erklärte sich aber im übrigen gern bereit, die Herren ganz unter sich zu lassen. Die grandiose Unversöhnlichkeit des Herrn Roth war aber selbst den bürgerlichen Pressvertretern zu stark. Sie erklärten sich mit unserem Genossen solidarisch und taten dem Bureau kund und zu wissen, daß, wenn die Aussperrung nicht sofort zurückgenommen werde, auch sie den Saal verlassen würden. Ganz bestürzt schauten sich die leitenden Geister der Deutschnationalen an. Dann mußte Herr Roth unserem Genossen mitteilen, daß die Aussperrung zurückgenommen sei. Eine „Ehrenkarte“ nebst der „Ehrenmappe“ bekam der Vertreter der „Schwäb. Tagwacht“ gratis obendrein. So endete der graue Krieg des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen den Vertreter der sozialdemokratischen Presse.

Nachdem die Referate über die Novelle zur Gewerbeordnung, die Handlungsgehilfenforderungen für eine Revision des Handelsgesetzbuchs, die Kaufmannsgerichte usw. erledigt waren, kam am Montag das neue Statut dran. Die Beratung artete mehr und mehr zur Komödie aus. Der Verbandsvorsitzer Schad jammerte, eine Anzahl Delegierte seien auf die Tribüne gekommen und hätten händeringend gebeten, die Verhandlungen doch abzukürzen, damit sie am gleichen Tage noch abreisen könnten. So wurde das neue Statut, das geradezu ungläubliche Bestimmungen enthält, durchgepeitscht. So z. B. hat der Verbandsrat wohl das Recht, den ersten vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kandidaten zum Verbandsvorsitzern abzulehnen, er darf auch den zweiten Vorschlag ablehnen, dann aber hat er nur die Wahl zwischen den beiden bereits abgelehnten Kandidaten des Aufsichtsrats. Vogel frech oder sich! Viel Freude machte der Revolver die Erhöhung des Monatsbeitrags auf 1,50 M. oder 18 M. jährlich. Bereits am 1. Oktober soll diese Beitragserhöhung in Kraft treten, anderenfalls 92 000 M. Defizit zu verzeichnen wären.

Die Beitragserhöhung war auch wohl die Hauptsache bei der ganzen Veranstaltung.

## Ausland.

### Beendigung der Aussperrung in der Baumaterialienindustrie Schwedens.

Am Sonnabend ist wiederum einer der großen gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden im wesentlichen zugunsten der Arbeiter beendet worden, nämlich die allgemeine Aussperrung in der Baumaterialienindustrie, die seit 17. Mai dauerte. Die Unternehmer bezweckten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, haben jedoch ihr Ziel keineswegs erreicht. Auch ihre Forderung, in den Betrieben, wo Schichtwechsel besteht, allgemein die Zwölfstundenschicht einzuführen, mußten sie preisgeben. Das Uebereinkommen, das unter Mitwirkung des Schlichtungsbeamten zustande gekommen ist, besagt in dieser Hinsicht, daß die Zwölfstundenschicht, wo sie eingeführt ist, bestehen bleibt, „soweit die Arbeiter es wünschen“. Dieser Nachlaß hat gar keine praktische Bedeutung, denn die Arbeiter, die so lange dem Unternehmertum Trotz geboten haben, werden selbstverständlich nun erst recht nicht mit der Wiedereinführung der Zwölfstundenschicht einverstanden sein. Ueber die Löhne bestimmt das Uebereinkommen, daß in allen Betrieben, wo weniger als 30 Oere die Stunde bezahlt werden, eine Erhöhung auf diesen Betrag eintreten soll. Dies kommt den Arbeitern in einigen 20 Betrieben, meist Ziegeleien, zugute. Da hier mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage nicht die Arbeiter die alten Tarifverträge gekündigt hatten, sondern die Unternehmer, ist die geringe Lohnerhöhung immerhin ein Erfolg. Für die gelehrten Arbeiter in den verschiedenen Betrieben sind selbstverständlich höhere Löhne festgesetzt. Ueber Altkararbeit ist die Bestimmung getroffen, daß die das ganze Jahr über beschäftigten Arbeiter mindestens 3,50 Kronen, die Saisonarbeiter mindestens 3,75 Kronen den Tag verdienen sollen, und daß der Altkarverdienst mindestens 50 Proz. höher sein muß als der geltende Stundenlohn. Die dementsprechende Regelung der Affordpreise in den einzelnen Betrieben erfolgt nötigenfalls durch Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern der beiden Parteien.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Sehen vor der Öffentlichkeit.

Berlin, 15. Juni. (W. T. V.) In der heutigen Versammlung der Kalinteressenten war der Antrag gestellt, zu den Verhandlungen die Presse zuzulassen; er wurde einstimmig abgelehnt.

### Die Aussperrung in Hamburg.

Hamburg, 15. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute haben die beteiligten Unternehmer eine Versammlung abgehalten, in der sie zu der Aussperrung Stellung nahmen. Der Obermeister Summert machte den Vorschlag, die Aussperrung beiseite zu lassen, bis die Arbeiterverbände auf ihre Forderungen verzichteten. Er riet ab, Arbeitswillige von anderen Orten heranzuziehen, da dies meist viel Geld koste, die Arbeitswilligen aber nicht für die Hamburger Verhältnisse taugen würden. „Wir müssen“, führte er aus, „die Aussperrung mit der Materialsperrung zu vervollständigen suchen und dann später mit völliger Aufhebung der Sperre Verwirrung unter die Arbeiter bringen, um so die Berliner Zustände von 1907 herbeizuführen.“ Die Unternehmer hoffen, daß sich dann die Arbeiter zu 70 und 75 Pf. pro Stunde anbieten. Beschloßen wurde, von der Anwerbung Arbeitswilliger Abstand zu nehmen. — Aussperrt sind insgesamt 9500 Arbeiter, davon sind 1100 abgereist.

### Drei Personen vergiftet.

Münster i. Westf., 15. Juni. (W. T. V.) Heute nachmittags 3 Uhr wurden auf der hiesigen Eisenbahn-Festgasanstalt beim Abfüllen von Kohlenwasserstoff der Werkstättenvorsteher Rudert, der Schlosser Haase und der Arbeiter Otto durch Einatmen giftiger Gase getötet.

### Der Straßbahnerstreik in Petersburg.

Petersburg, 15. Juni. (W. T. V.) Der Zustand der Straßbahnangestellten dauert fort, doch wurde bisher die Ordnung nirgends gestört. Die Zahl der Ausständigen beträgt 4200. Die Polizei hat zahlreiche Organisations des Ausstandes verhaftet. Einzelne Wagen fahren unter polizeilicher Bedeckung und werden von Ingenieuren geführt. Heute stehen zwei Straßbahnen zusammen, wobei zehn Personen verkehrt wurden.

### Ein Protest Griechenlands.

Konstantinopel, 15. Juni. „Titikad“ meldet, Griechenland habe an die Großmächte eine Note gerichtet, in welcher es sich über die aktiven Maßnahmen der Türkei gegen Griechenland beschwert. Eine Kopie der Note sei der Pforte überreicht worden.



Reichstag.

261. Sitzung vom Dienstag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg. Das Haus ehrt das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Schellhorn (natl.), Schmidt-Halle (fr. Sp.) und Goldstein (Soz.) durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abgeordneten Dr. Paduade (fr. Sp.) und Genossen (Nationalliberale, Freisinnige Volkspartei, Süddeutsche Volkspartei) betreffend

Änderung der bestehenden mecklenburgischen Verfassung.

Die Interpellanten fragen, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, nachdem die im Bundesratsbeschluss vom 26. Oktober 1875 ausgesprochene Erwartung, daß es den mecklenburgischen Regierungen gelingen werde, eine Änderung der Verfassung mit dem mecklenburgischen Landtag zu vereinbaren, nicht in Erfüllung gegangen ist, und nachdem die vom Stellvertreter des Reichskanzlers am 24. Januar 1905 zum Ausdruck gebrachte Annahme, es sei „ganz ausgeschlossen, daß die mecklenburgischen Regierungen und Landstände es auf die Dauer ablehnen könnten, eine den modernen Anforderungen der Zeit entsprechende Verfassung in ihrem Lande herzustellen“ sich, wenigstens soweit die Mehrheit der mecklenburgischen Ritterschaft in Frage kommt, als irtümlich erwiesen hat.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Dr. Paduade (fr. Sp.) begründet die Interpellation: Unser auch von den Nationalliberalen unterschriebener Antrag auf Einführung einer Verfassung und einer parlamentarischen Vertretung in Mecklenburg, der im Beginn der Legislaturperiode eingebracht wurde, wird bei der Geschäftslage, in die wir durch die Reichsfinanzreform gekommen sind, wahrscheinlich nicht zur Verhandlung kommen. Die Kammer bedarf aber dringend der Mürung. Bekanntlich wurde von den Großherzögen in Mecklenburg eine „zeitgemäße“ Reform der Verfassung in Aussicht gestellt. Zeitgemäß heißt, was dem Rechtsbewußtsein der Gegenwart entspricht. (Sehr richtig!) Demgegenüber müßte der vorgelegte Entwurf größtes Vertrauen hervorrufen. Nur 32 Mitglieder des geplanten Parlaments sollten danach überhaupt an allgemeinen Wahlen hervorgehen, und zwar in öffentlicher Wahl. Wahlberechtigt sollte nur sein, wer einen eigenen Hausstand besitzt. Auch die „Bildung“ sollte ausschlaggebend sein, und die Frage „Wer ist gebildet?“ würde sehr einfach gelöst: „Gebildet ist, wer das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis hat!“ (Heiterkeit.) Trotz all dieser rühmlichen Bestimmungen aber wurde der Entwurf von der Ritterschaft glatt abgelehnt mit 291 gegen 65 Stimmen! Der Ritter von mecklenburgischem Schrot und Korn erklärt einfach: Ich will meine Herrschaft nicht mit anderen teilen. Die Herren Konservativen haben es ja stets so gut verstanden, ihre Interessen zu vertreten: Wie hier so früher beim Jostarif und jetzt bei der Reichsfinanzreform. (Sehr wahr! links.) Aber die konstitutionelle Idee, die die ganze Welt erobert hat, wird nicht vor Mecklenburg stehen bleiben. Eine Petition mit mehr als 40 000 Unterschriften ist dem Großherzog vorgelegt worden. Auch der Kaiser hat sich mißliebig über die schroff ablehnende Haltung der Ritterschaft ausgesprochen. Demgegenüber haben die Herren erklärt, die Grenze ihres Entgegenkommens würden sie selbst bestimmen! Dies „Entgegenkommen“ in Mecklenburg kennen wir, es drückt sich in den Worten aus: „Dat blieft allens biem ollen.“ (Heiterkeit.) Selbst Rußland, die Türkei haben ihr Parlament, nur in Mecklenburg soll alles beim alten bleiben.

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburgs ist unter der Herrschaft des Feudalismus zurückgegangen. Das hat der Großherzog selbst zugeben müssen. Kein deutsches Land ist so dünn besiedelt wie Mecklenburg. Teilweise ist ein Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen! (Hört! hört!) Die im Volke schlummernden Kräfte können nur geweckt werden durch eine weitblickende Eisenbahn- und Kanalpolitik, durch eine freiere Schulpolitik. Aber alle Bestrebungen in dieser Richtung scheitern an dem Widerstande der Ritterschaft. Diese hält z. B. zähe fest an dem Recht der willkürlichen Kündigung der Lehner. Kein Wunder, daß der Lehnermangel in Mecklenburg chronisch ist. An den meisten Orten werden im Sommer in der Woche nur 11—12 Stunden Unterricht erteilt! Die Prüfungsordnung stammt aus dem Jahre 1821 und verlangt von dem Lehner lediglich, daß er die Kinder zum Konfirmandenunterricht vorbereitet, daß er sie schreiben lehrt und ihnen die ersten Anfangsgründe der Rechnenkunst beibringen kann. (Hört! hört! links.) Nun wird die Rechte wieder sagen, die Zustände mögen aber Änderungsbedürftig sein, aber das ist Landessache. Wir be-

streiten die Wichtigkeit dieser Auffassung. Nach Artikel 78 der Reichsverfassung ist die Rechtslage ganz klar, wie alle Staatsrechtslehrer von Bedeutung anerkennen. Es handelt sich nicht um Einzelheiten etwa des Wahlrechts, sondern um die Grundlagen konstitutionellen Lebens! Und um diese hat sich das Reich zu kümmern. Alle Bundesstaaten, die Schweiz, Nordamerika schreiben ihren Gliedern nicht die Einzelheiten ihrer Verfassung, wohl aber gewisse Grundlinien vor. Zweifel fordern soll man aber nicht, sonst verfällt man in den Fehler der Sozialdemokratie. — Verprechungen in Sachen der mecklenburgischen Verfassung haben allgemein jeden Kredit verloren. Die mecklenburgische Ritterschaft tut, was sie will. Ein Eingreifen der Reichsregierung

nötigenfalls eine Reichsregelung

(Hört! hört!) ist das einzige, was helfen kann. — Unser Präsident hat dem neuen sächsischen Parlament ein Glückwunschtelegramm geschickt. Was den Fürsten recht ist, sollte doch den Mecklenburgern billig sein. (Lebhafte Zustimmung und große Heiterkeit.) Ich will nur hoffen, daß die Erklärungen vom Bundesratspräsidenten diesmal nicht wieder so lauten, daß die mecklenburgische Ritterschaft durch sie in ihrem Widerstand gegen die Einführung eines wirklichen Konstitutionalismus bestärkt wird. Endlich wird doch einmal die Stunde des Endes des Ständewesens in Mecklenburg schlagen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Daß die Verfassung Mecklenburgs fortgebildet werden möge, wünschen große Parteien des Hauses, und auch der Bundesrat hat seine Ansicht in dieser Beziehung in dem bekannten Beschlusse vom 26. Oktober 1875 festgelegt. Auch heute wieder spielt die Frage, in welcher Form dieses Ziel zu erreichen sei, eine besondere Rolle. Der Herr Vorredner hat ein gewisses Gewicht darauf gelegt, von seinem Standpunkt aus darzulegen, daß vermittels der sogenannten Kompetenzkompetenz das Reich in der Lage sei, eine Änderung der mecklenburgischen Verfassung vorzuschreiben. Kein wissenschaftlich, juristisch mag es nicht ohne Interesse sein, das für und wider dieser Frage zu erörtern. Aber ich brauche darauf wohl nicht einzugehen, nachdem die Regierungen wiederholt ihre Stellung zu dieser Frage ausgesprochen haben und vor allem, weil im Vordergrund doch die politische Frage steht, ob das Reich sich entschließen würde, seine Machtsphäre gegenüber dem inneren Verfassungsrecht der Einzelstaaten anders abzugrenzen, als es in der Verfassung vorgesehen ist. Eine derartige grundlegende Änderung unserer Verfassung vorzunehmen, liegt nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen. Das hindert sie aber nicht, gegenüber den Vorgängen, die sich gegenwärtig und seit mehr als Jahresfrist in Mecklenburg abspielen, an der Erwartung festzuhalten, die sie in dem Beschlusse vom 1875 (!) ausgesprochen haben. (Große Heiterkeit links.) Die verbündeten Regierungen wissen sich hier eins mit den großherzoglich mecklenburgischen Regierungen, welche ihrerseits den festen Willen bekunden haben, die Verfassung der beiden Bundesstaaten auszubauen, und welche sich in diesem ihren Entschlusse nicht dadurch werden beirren lassen, daß sie auf Widerstände gestoßen sind, die sie bisher nicht haben überwinden können. Einem endgültigen Scheitern der Vorlage der mecklenburgischen Regierung kann der bisherige Verlauf der Angelegenheit in keiner Weise gleichgestellt werden. Die Entschiedenheit, mit der die großherzoglichen Regierungen die Verfassungsfrage ausgenommen haben und die Entschlossenheit, mit der sie an ihren Plänen festhalten, zeigen, daß sie die begründete Hoffnung hegen zu dürfen glauben (Heiterkeit), eine Fortbildung der Verfassung mit dem Landtage zu vereinbaren. Gerade der gegenwärtige Augenblick bietet deshalb auch den verbündeten Regierungen keinen besonderen Anlaß, an der Erfüllung ihrer Erwartung zu zweifeln, wobei sie den Wunsch haben, daß es den großherzoglichen Regierungen gelingen möge, die lange schwebende Frage in naher Zeit zum Abschluß zu bringen. (Schallendes Gelächter links.)

Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Baron Brandenstein:

Die mecklenburgischen Regierungen erkennen an, daß ein dringendes Bedürfnis besteht für eine Änderung der Verfassung, welche neben den Angehörigen der bisherigen Stände auch den gewählten Vertretern des gesamten Volkes eine Beteiligung an wichtigen Staatsangelegenheiten, insbesondere der Gesetzgebung und der Feststellung des Staatshaushaltsetats, ermöglicht. Sie haben deshalb den Ständen in einem außerordentlichen Landtag im letzten Jahre einen dieser Auffassung entsprechenden Entwurf vorgelegt. Eine Einigung darüber ist freilich bisher nicht erzielt worden. Die Landschaft hat dem Entwurf zugestimmt, die Ritterschaft hat ihn abgelehnt. So bedauerlich dieses vorläufige Ergebnis ist, so darf es doch bei dem schmerzlichen, tief in

altüberkommene, eingetourtelte Verhältnisse des Landes eingreifenden Charakter des Reformwerkes als endgültiges Scheitern der Verhandlungen nicht angesehen werden. Die großherzoglichen Regierungen wollen deshalb das Vertrauen nicht aufgeben, daß auch die Ritterschaft sich nicht dauernd der Einsicht von der Notwendigkeit einer recht baldigen Reform der Verfassung zum Wohle des ganzen Landes verschließen werde. Von der Auffassung geleitet, daß für eine ruhige Fortentwicklung des Landes die Durchführung der Reform im Einvernehmen mit der derzeitigen Landesvertretung aufs dringendste erwünscht ist, halten beide Regierungen sich für verpflichtet, keinen Weg unberührt zu lassen, um mit den jetzigen Ständen das Werk zu vollenden. Sie haben daher von neuem Verhandlungen mit den Ständen eingeleitet und sind seit entlassen, das in Angriff genommene Reformwerk fortzusetzen bis zu einem dem Wohl des ganzen Landes dienenden Ergebnis.

Auf Antrag des Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. v. Normann (L.) gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Das Reich ist nicht berechtigt, in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen. Die Interpellanten verlangen vom Reichskanzler also eine Verletzung der Reichsverfassung. (Schallende, stürmische Heiterkeit links.)

Abg. v. Derken (Sp.): Ich habe ebenfalls eine Erklärung abzugeben. (Schallende Heiterkeit links.) Eine Erklärung abzugeben, ist doch nicht lächerlich. (Erneute Heiterkeit links.) Redner verliest alsdann eine langatmige Erklärung, die auf eine Wiederholung der Normannischen Erklärung herauskommt.

Vizepräsident Dr. Paasche: Eine Rede verlesen dürfen nur Mitglieder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Große Heiterkeit links, Schreien und Loben rechts. Abg. v. Derken ruft wiederholt: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! Lärm im ganzen Hause.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort zum Gegenstand der Tagesordnung hat der Abg. Lind. (Wiederholte Rufer rechts: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! Lärmende Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Lind (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu den meisten Ausführungen Paduades. (Die Rechte überbringt demonstrativ und mit deutlicher Absichtlichkeit die daher im einzelnen unverständlich bleibenden Ausführungen des Redners. Witten des Vizepräsidenten Dr. Paasche um Ruhe werden mit brüllendem Gelächter und verärgertem Lärm beantwortet.)

Vizepräsident Dr. Paasche (in großer Erregung): Meine Bemerkung von vorher scheint von einem Teile des Hauses falsch verstanden zu sein. Die Geschäftsordnung bestimmt, daß nur Mitglieder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, Reden verlesen dürfen. (Sehr richtig! links. Wütende Rufer links: Es war ja gar keine Rede, sondern nur eine Erklärung! Widerspruch links. Fortdauernder Lärm.) Herr von Derken hat den Rahmen einer Erklärung weit überschritten. (Zustimmung links. Losende Rufer rechts: Nein! nein! Ruhe links: Ruhe da drüben! Erneuter Lärm rechts. Stürmische Unruhe überall. Ein großer Teil der Redner schickt sich an, den Saal zu verlassen; die meisten Konservativen kehren jedoch vor der Tür um und bleiben im Saale, ihre Privatgespräche mit voller Zungentast fortsetzend.)

Abg. Lind (fortfahrend) setzt weiter die Notwendigkeit der Einführung einer wirklichen Konstitution auseinander. (Der Lärm rechts, kaum für ein paar Minuten gemindert, setzt allgemach wieder ein.)

Vizepräsident Dr. Paasche bittet noch einmal, völlig wirkungslos, um Ruhe. Abg. Fürst Hayfeld steigt zum Präsidententisch herauf und verhandelt sehr eindringlich mit Dr. Paasche, der mit hochgerötetem Gesicht und in sichtbar heftigster Erregung leidenschaftlich gestikulierend Antwort gibt. Schließlich legt sich der Lärm ein wenig und macht einer unruhigen Unaufmerksamkeit Platz, die einige Sätze des Redners zu bemerken gestattet. Man kam auf die Dauer doch nicht die wichtigsten Angelegenheiten eines Landes wie Mecklenburg der Entscheidung einer Handvoll Ritterschaftsbesitzer überlassen. (Zustimmung links.) Auch Fürst Bismarck und Graf Pöschel haben die Reformbedürftigkeit der mecklenburgischen Verfassung anerkannt. Der letztere hat auch das formelle Recht des Reiches, seine Kompetenz im Sinne einer Einflußnahme auf diese Zustände zu erweitern, einräumen müssen.

Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Baron Brandenstein: Die Erklärung, die ich vorhin mir erlaube zu verlesen, weil mir daran lag, sie wortgetreu wiedergegeben zu sehen, hat Ihnen wohl ausreichend die Stellung der mecklenburgischen Regierung dargelegt.

Humor und Satire.

Sherlock Holmes in Berlin.

Vor kurzem ging durch die Wälder eine Notiz, wonach die Ausbildung der Berliner Kriminalpolizei in Zukunft mehr unter Anleitung an das Muster Sherlock Holmes' erfolgen solle. (Der Kriminalbeamte betritt den Schauplatz des Verbrechens.) „So, so, das ist also das Nordzimmer?“ (Er knüpft sich den Kragen ab.) „Halten Sie mal, Lehmann!“ (Er entdekt etwas unter dem Tisch.) „Aha, da haben wir schon einen Hund von höchster Wichtigkeit!“ „Ein Kragenknopf mit Talmsplatt. Der Mörder ist natürlich wieder einer von den stutzerhaften Lämmeln, die es lieben, sich mit glitzernem Groschenfranz herauszufasieren.“ „Der Mechanismus ist total ausgeleiert — offenbar handelt es sich um einen ganz lieblichen Patron!“ „Ah und hier — die Schildpattnähe ist total verschmutzt. Der Täter hat sich ohne Zweifel seit acht Wochen nicht den Hals gewaschen. Ich weiß genug, Lehmann, meine Sachen!“ „Himmeldomertwetter, das ist ja überhaupt mein Knopf!“ (Lustige Wälder.)

Notizen.

— Das Denkmal Lamarks. In Paris wurde am Montag im Jardin des Plantes, dem athenischen zoologischen Garten, in Gegenwart von wissenschaftlichen Vertretern der ganzen Welt ein Denkmal für den berühmten Naturforscher und eigentlichen Vater des bei uns zumeist nach Darwin genannten Entwicklungsgebildens Lamarks eingeweiht. Das Denkmal stellt den Forscher dar, der vor nunmehr gerade vor 100 Jahren erschienenen zoologischen Philosophie in Bladrelief sitzend dar, den Kopf nachdenklich in die Hand gestützt, ihm zur Seite aufrecht seine Tochter. Die Darstellung soll offenbar an die Zeit gemahnen, da der erblühte und unter der Verleumdung seiner Zeit- und Fachgenossen schwer leidende Forscher einen Teil des Tages im Jardin des Plantes in Begleitung seiner treuen Tochter Kornelia zutrubigen pflegte. Der Hauptredner, das Institutsmittglied Prof. Bérrier, hob die große Tragweite des vor gerade einem Jahrhundert von Lamark erstmals zugleich ausgesprochenen und begründeten Entwicklungsgebildens für die Naturwissenschaft hervor und besagte zugleich die Tragik seines Lebensschicksals in der Verleumdung durch fast alle hervorragenden Fachgenossen seiner Zeit; der Minister Drummerque betonte die gewaltige Umwälzung auf allen Gebieten geistiger Erkenntnis, die Lamarks Lehre von einer allgemeinen und natürlichen Entwicklung hervorgerufen habe und in der auch die heutige Staatsform Frankreichs ihre Begründung finde. Prof. Delage suchte darzulegen, wie die heute wieder viel betonte Gegensätzlichkeit in der Auffassung des Entwicklungsgebildens bei Darwin und Lamark gegenüber der gemeinsamen Lehre von der Entwicklung und Umbildung aller Arten und Gattungen des Lebendigen doch nur von untergeordneter Bedeutung sei.

Kleines feuilleton.

Segantini über den Sozialismus. In der „Oesterreichischen Rundschau“ veröffentlicht Bianca Segantini, die Tochter des großen Malers, eine ganze Serie von Briefen Giovanni Segantinis, die sich zum Teil auf Segantinis Arbeiten, zum Teil auf Selbstlebens, zum Teil auf seine sozialen Anschauungen beziehen. Eines dieser Schreiben verdient unter besonders Interesse, weil es Segantinis soziale Anschauungen entwirft. Segantini schreibt am 4. Januar 1898 an einen Freund Pelizza:

„Mein Traum eines Arbeiters“ hat Dich, wie mir scheint, traurig gemacht. Ich glaube nicht an das, was ich geschrieben habe, weil es außerhalb der Natur der Dinge liegt, jedoch ein sozialistischer Arbeiter kann und darf nicht anders träumen. Hier besteht die Kraft des Glaubens in der Hoffnung des Arbeiters, alles das zu sehen, was für ihn Schmerz, Mühel, Hunger, Leid bedeutet.

Zu jenen Zeiten, als man noch aussprach, was man dachte, sagte der Krieger zu seinen Genossen: „Wir sind stärker als jene; sie haben schöne Felder, schönes Vieh, schöne Frauen, besiegen wir sie und genießen wir ihre Güter; wir werden ihre Söhne und zu Sklaven machen und den erzwungenen Besitz mit Waffengewalt verteidigen.“ So wurde es in der Hauptsache immer gemacht, wenn auch in veränderter Form, und es war gerecht, weil es natürlich war.

Um diese Richtung zu bekämpfen, entstanden die pietistischen Ideen, die den Armen im Geiste, an Kraft und an Vermögen unendlich große Begehungen verliehen. So haben sich die Schwächlinge aller Art ruhig zurückgezogen und erwarteten den Lohn in einem besseren Jenseits. Die Starken wurden mächtig und auch übermächtig, und die Schwachen demütigten sich, wurden Sklaven und sind es noch heute.

Das Gold ist die Macht der Gegenwart, und das ist natürlich und darum trägt es den Tod in sich. Die rote Kraft hat bloß persönlichen Wert, nur die Intelligenz ist wertvolle soziale Kraft. Es geheße was da wolle, die Zukunft gehört doch jenen, wenn man auch noch durch einige Jahrhunderte der Barbarei hindurch muß.

Der Sozialismus ist ein Sohn des bürgerlichen Regimes, er nimmt an, daß sein Vater ihm gleich sei, nur mit dem Unterschiede, daß Vater alles und der Sohn nichts haben kann. Die Söhne rebellieren und bereiten sich vor, beim Tode des Vaters eine einzige Familie zu bilden und den Besitz, den ihr Erzeuger angehäuft hat, gemeinsam zu verwenden.

Da wirst verstehen, daß sich die Individualität in einer solchen Gesellschaft nach und nach rein und klar entwickeln wird, als natürlicher Wert. So wird der Kampf der Zukunft individuell sein, jeder, der geistige Kraft besitzt, wird kämpfen, um den größten sozialen Wert zu erringen. Das Selbstbewußtsein und die alle-

meine Liebe und Achtung sind der natürliche und einzig erkönte Lohn der Individualitäten aller Zeiten.“

Die Zukunft der Luftschiffahrt. In einem Artikel des „Ball Wall Magazine“ spricht sich Graf Zeppelin über die Eroberung der Luft und die Zukunft des Luftschiffes aus. Für ihn besteht kein Zweifel darüber, daß die Zukunft der Luftschiffahrt dem großen Luftschiff und nicht der Luftmaschine gehören wird. Die erste Notwendigkeit für lange Fahrten mit dem Luftschiff sind zwei unabhängig voneinander arbeitende Motoren, jeder mit seiner eigenen Schraube. Bei einem Rotor ist die Gefahr des Versagens niemals völlig ausgeschlossen, und das Versagen eines Luftschiffmotors ist viel gefährlicher als etwa das Versagen einer Eisenbahnlokomotive. Zeppelin wendet sich gegen die Behauptung, daß er ein Luftschiff zu bauen beabsichtige, das hundert Passagiere tragen könne, obwohl ein solches Ungeheuer keineswegs für die moderne technische Wissenschaft außerhalb der Möglichkeit liegt. Daß Luftschiffe über 60 Kilometer in einer Stunde und 3200 Kilometer in zwei Tagen oder bei langsamerer Fahrt 8100 in 4½ Tagen zurücklegen werden, liegt für ihn in dem Bereich der schon festbaren Zukunft. Die Luftschiffahrt sei viel schwieriger als die Schifffahrt auf Flüssen und Meeren. Der Luftschiffer hat z. B. mit Gebirgen zu rechnen, und bei Nacht oder während düsteren Nebels muß er sein Schiff entweder hoch über oder fern von solchen Gefahren halten. Zeppelin sieht in dem Luftschiff den wichtigsten Pionier der Zivilisation, der dem Menschen den Zugang zu bisher wenig bekannten und halb erforschten Gebieten des Erdballs eröffnen wird. Mit der Zeit wird sich der Luftschiffer auch die günstigen Windrichtungen viel mehr zunutze machen können, und es werden auch sorgfältige Beobachtungen zum Nutzen der Luftschiffahrt angeestellt werden. Die Erforschung der Luftströmungen für die Luftschiffahrt ist besonders in Angriff genommen von der internationalen Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt unter Professor Hergesell in Strassburg; durch sie werden noch mehr Beobachtungsstationen über die ganze zivilisierte Welt hin geschaffen werden. Was die Kostspieligkeit der von ihm erbauten Luftschiffe anbelangt, so meint Zeppelin, daß die Summen sehr übertrieben worden sind. Eine Luftschiffverbindung zwischen Berlin und Kopenhagen würde sich nach seiner Meinung schon heute mit zehn Prozent verzinsen. Internationale Luftschiffverbindungen zu verbriefen ist unmöglich; aber die Wirkung der Luftschiffahrt wird eher darin bestehen, ein Band der Einigung zwischen den Nationen zu schlingen, als einen Krieg aller gegen alle zu entfesseln. Die Luftschiffahrt wird seinerzeit durch internationale Verträge geregelt werden. Die Luftschiffer werden auch ihre eigenen Schiffspläne vor dem Aufsteigen erhalten, in denen die Zahl der Passagiere, Art und Gewicht der Ladung usw. angegeben werden, wie jetzt bei Schiffen, die in See fischen. So wird die Luftschiffahrt eine neue Form der internationalen Gesetzgebung hervorrufen. —



Die scharf pointierte Form, in der der Herr Redner gesprochen hat, kann der Erreichung des auch von ihm erstrebten Zieles nicht dienlich sein. Herr Dr. Pankow sprach mit anerkannter Sachlichkeit, ist aber in der Schilderung der medlenburgischen Schulverhältnisse doch etwas zu weit gegangen. Nach meinen Beobachtungen sind die medlenburgischen Schulverhältnisse nicht anders wie in gleichartigen (Schulische Heiterkeit links.) Staaten. Wir haben einen Stannum ausgezeichneter Lehrer, vielfach hat sich Preußen unsere Einrichtungen zum Muster genommen! —

Vizepräsident Dr. Paasche erklärt, daß er die Ausführungen des Herrn v. Dergin nicht für eine Erklärung, sondern für eine Rede habe halten müssen. Wenn Herr v. Dergin sich durch seine mehr scherzhaft gemeinte Bemerkung verletzt gefühlt habe, so bedauere er das — es sei nicht seine Absicht gewesen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn (B.) gibt für seine Freunde die Erklärung ab, daß sie das Reich ihrer früheren Stellungnahme entsprechend nicht für befugt halten, in einzelstaatliche Verfassungsfragen einzugreifen.

#### Abg. Frohne (Soz.):

Die Bekämpfung, daß die Stellungnahme zu der medlenburgischen Verfassungsfrage nicht in der Kompetenz des Reichstages und der Reichsregierung liege, hat die Regierung nicht immer aufzustellen gewagt, wenn der Reichstag sich mit dieser Frage beschäftigte. Auch hat sich bei diesen Gelegenheiten niemals eine Mehrheit des Reichstages dazu betannt, daß die medlenburgische Verfassungsfrage eine rein bundesstaatliche Angelegenheit sei. Der Reichstag hat vielmehr zweimal einen Antrag auf Einführung einer modernen Verfassung in Medlenburg angenommen, und zwar einstimmig. Damals gab der medlenburgische Bundesratsbevollmächtigte Herr v. Dergin die Erklärung ab, seine Regierung werde tun, was nötig sei, den Wunsch des Reichstages zu erfüllen. Und der Bundesrat sprach — worauf ja auch die Interpellation Bezug nimmt — am 26. Oktober 1876 die Erwartung aus, „es werde den großherzoglich medlenburgischen Regierungen gelingen, eine Veränderung der bestehenden medlenburgischen Verfassung mit dem medlenburgischen Landtag zu vereinbaren“. Später erst hat die Regierung sich auf den unhaltbaren Standpunkt gestellt, daß diese Frage den Reichstag nichts angeht. Als zum letzten Male Herr Bisping 1906 eine solche Interpellation einbrachte, lehnte Graf Posadowsky die Verantwortung ab mit der Begründung, daß die Erörterung der medlenburgischen Verfassungsfrage im Reichstage eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten darstelle und der Bundesrat für einzelstaatliche Verfassungsfragen nur dann zuständig sei, wenn es sich um Verfassungsstreitigkeiten handelt. Zugleich aber erklärte er, es sei ganz ausgeschlossen, daß die medlenburgischen Regierungen es aufgegeben haben sollten und die Landstände es auf die Dauer ablehnen könnten, eine den modernen Anforderungen der Zeit entsprechende Verfassung in ihrem Lande herzustellen. Der medlenburgische Bundesratsbevollmächtigte nahm auch hier wieder denselben Standpunkt ein und betonte, daß die medlenburgische Regierung wiederholt ernstlich bemüht gewesen sei, mit den medlenburgischen Ständen eine Änderung der bestehenden Landesverfassung zu vereinbaren; nachdem jene Vermählungen zu dem Ergebnis einer Vereinbarung nicht geführt hätten, müßten sich die großherzoglichen Regierungen die freie Entscheidung darüber vorbehalten, wann sie den Zeitpunkt für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine die Eigenart des Landes berücksichtigende Veränderung der Landesverfassung für gekommen hielten. Er erklärte an, daß die medlenburgische Regierung mit der Zustimmung zu dem Beschlusse des Bundesrates vom 26. Oktober 1876 und der darin ausgesprochenen Erwartung die Verpflichtung den übrigen verbündeten Regierungen gegenüber übernommen hat, eine Veränderung der bestehenden medlenburgischen Verfassung herbeizuführen. Dieser Bundesratsbeschlusse ist nun zweifelslos eine direkte Einmischung des Reiches in die Verfassungsangelegenheiten eines Bundesstaates. Dieses Recht der Einmischung bleibt solange bestehen, bis die übernommene Verpflichtung der medlenburgischen Regierung erfüllt ist, und zwar in einer Weise erfüllt, die den Interessen des Reiches und denen der Bevölkerung Medlenburgs entspricht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Zurückweisung der Einmischung des Reiches ist vor allem aus einem Grunde, der hoch über allen juristischen Erwägungen steht, unzulässig. Die Hauptsache bei einer Verfassung ist nicht, daß sie Rechtsnormen gibt, die selber oft genug nur auf dem Papier Geltung haben, sondern daß sie einen lebendigen Inhalt hat, daß ihr ein im Volksinteresse wirkender Geist eigen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat unsere Reichsverfassung einen solchen Inhalt? Ihre Eingangsformel spricht ausdrücklich von der Schließung eines ewigen Bundes zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Der Geist der Volkswohlfahrt kann keiner willkürlichen Vergewaltigung, keinem Zwange unterworfen werden, ohne Verletzung am Volke. Er schließt in sich all die immer neuen Bedürfnisse und Anschauungen, die aus dem Volke selbst kommen. Wo die Volkswohlfahrtspflege anfängt, wo sie aufhört, in welchen Einzelmaßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sie sich zu betätigen hat, das kann eine Verfassung freilich nicht bestimmen. Aber sie darf dieser Betätigung durch die öffentlichen Gewalten keine Hindernisse bereiten. Zur Erfüllung der Volkswohlfahrtspflege gehört in erster Linie, daß das Verfassungsorgan aller Bundesstaaten freibeitlich ausgestattet wird, daß dem Volke sein politisches Recht gesichert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo es daran fehlt, kann von Volkswohlfahrtspflege nicht die Rede sein, wie das Beispiel Medlenburgs deutlich beweist. Nicht das Reich den ihm in seiner Verfassung gesetzten Zweck erfüllen, der Volkswohlfahrtspflege zu dienen, so muß es die Macht haben und üben, solche Bundesstaaten wie Medlenburg zu zwingen, ihre Verfassung und ihr Regiment zu ändern. Wir haben es bisher zur Einheit in verschiedenster Beziehung, im Vereinsrecht, im bürgerlichen Recht usw., gebracht. Kann nun diese Entwidlung Halt machen vor dem Verfassungsrecht, vor dem Staatsbürgerrecht?

Wir entbehren solange des wahren nationalen Wesens, als nicht die Verfassungen der Bundesstaaten alleamt eine rechtliche Uebereinstimmung aufweisen unter Gewährleistung der Rechte des Volkes. Und da steht

#### das allgemeine gleiche Wahlrecht in erster Linie.

Es genügt nicht, daß wir dieses Wahlrecht zum Reichstage haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es muß in allen Bundesstaaten eingeführt werden, die doch eine politische Einheit bilden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die medlenburgischen Staaten gewähren ihren sogenannten Untertanen, soweit sie der arbeitenden Klasse angehören, die staatsbürgerlichen Rechte, vor allem das Wahlrecht, nicht, und sie wollen es ihnen nach ihrem jetzigen sogenannten Verfassungsentwurf auch jetzt nur in einem außerordentlich beschränkten, dem Begriffe der politischen Gleichheit höhnisprechenden Maße gewähren. Ein Arbeiter, der von Süddeutschland, wo er ein Wahlrecht hat, nach Medlenburg geht und dort die Staatsangehörigkeit erwirbt, macht einen schmerzlichen Tausch. Er tauscht Recht gegen Rechtslosigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und geht er nach Preußen oder Sachsen, so ist der Tausch wahrhaftig auch kein günstiger. Unter all diesen Gesichtspunkten ist der Antrag zu würdigen, den wir dem Reichstage schon öfter unterbreitet haben: „In jedem Bundesstaate und inisch-Lothringen muß eine auf Grund des gleichen, allgemeinen, direkten Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen; das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben; die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Bestimmung des Haushaltsplans erforderlich.“

Die beiden springenden Punkte der medlenburgischen Frage sind 1. die Umwandlung des bisherigen Zustandes der „Untertanenchaft“ in den des Staatsbürgertums, 2. das offensichtliche Widerstreben der medlenburgischen Regierung gegen diese Umwandlung. Die medlenburgische Regierung denkt nicht daran, ihre sogenannten Untertanen in Staatsbürger zu verwandeln. Es ist ein Aberglaube,

zu glauben, daß der „Verfassungsentwurf“ der medlenburgischen Regierung mit dem Begriffe der Untertanenchaft bricht. Sie hält meistentheils an dem Grundlag der alten Bundesakte fest, wonach die ganze Staatsouveränität beim Staatsoberhaupt liegt, dem eine landständische — wohlverstanden: eine landständische, keine konstitutionelle — „Vertretung“ zur Seite steht. In der Begründung, die die medlenburgische Regierung ihrer sogenannten Verfassung mitgab, berief sie sich keineswegs auf die elementarsten staatsbürgerlichen Grundzüge des Konstitutionalismus, sondern auf eine vorwärtliche Deklaration! (Hört! hört! links.) Die medlenburgische Regierung will lediglich dem Feudalismus und Absolutismus ein Ende machen; an eine moderne Verfassung für Medlenburg denkt sie nicht. Es ist aber für die ganze deutsche Nation nicht unerleut, ob die rückständigen politischen Zustände in Medlenburg bestehen bleiben. Wenn das Reich nicht energisch eingreift, wird die medlenburgische Regierung und die Ritterschaft nichts tun. Die wirkliche Erlösung von dem übermäßigen Ungehörigkeiten muß freilich durch das Volk selbst kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein wesentliches Verdienst der Sozialdemokratie, dazu beigetragen zu haben, daß man dort überhaupt von politischem Leben in großen Kreisen des Volkes reden kann. Aus dem Volke heraus wird schließlich die Kraft erwachsen, die nötig ist, den jetzigen Zuständen ein Ende zu machen. Die Ritterschaft wird diesem Verbände nicht entgegen. Dies Verhängnis wird kommen, und daraus wird für die medlenburgische Bevölkerung die politische Freiheit erwachsen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Treuenfels (L.): Innere Angelegenheiten eines Bundesstaates gehören nicht vor das Reichsforum. Ich gehöre zu der Rinderheit der medlenburgischen Ritterschaft, die eine Verfassungsänderung wünscht, muß aber entgegen den heftigen Angriffen auf die Mehrheit der Ritterschaft betonen, daß sich unter ihr viele vom reinsten Idealismus beseelte Männer finden. (Große Heiterkeit links.) Mit Preußen wird man bei Ihren künftigen Hoffnungen den Großerzogen nicht erreichen. — Der jetzige Interpellant, Reichsgraf v. Voßmer, hat sich auf dem medlenburgischen Landtage seit langer Zeit nicht sehen lassen; die einzige Erinnerung, die man dort an ihn hat, ist die Erinnerung an ein paar feuchtschöne Verabende. (Dröhnende Heiterkeit rechts.) Wir wollen eine Verfassung für Medlenburg, aber wir wollen eine Verfassung nach unserer Fassung!

Wir weisen jede Einmischung gerade so zurück, wie sie fürst Bismarck als preussischer Ministerpräsident in Sachen des preussischen Wahlrechts zurückgewiesen hat. Wögen die Liberalen an einer Verfassungsänderung weiterarbeiten, aber nicht mit solchen Maßnahmen, wie dieser Interpellation, kommen. (Lebhafte Zustimmung rechts. Stürmische Unruhe links. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Kompp: Der Ausdruck „Märschen“, auf eine Interpellation von Mitgliedern dieses Hauses angewandt, ist in jeder Hinsicht ungehörig. (Lebhafte Zustimmung links, Hohlnachen rechts.) Ich rufe daher den Redner zur Ordnung! (Lebhafte Weisfall links, Lärm, Lachen, Widerspruch, Unruhe rechts.)

Abg. v. Treuenfels (fortfahrend): Na, dann will ich sagen: mit solchen Unternehmungen wie dieser Interpellation erreicht man nichts. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. v. Walsen (L.) spricht sich im Sinne des Redners aus. Er persönlich wünsche eine Verfassung für Medlenburg, freilich nicht eine solche auf Grund des Reichswahlrechts. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Biemer (fr. Sp.) wendet sich mit großer Schärfe gegen die Angriffe des Abg. v. Treuenfels auf den Grafen Voßmer: Es ist besser, daß ein Abgeordneter im Hause überhaupt nicht spricht, als daß er durch seine Ausführungen das Niveau des Hauses herabdrückt. (Lebhafte Bravo! links.) Abg. Graf Voßmer nimmt es ernst mit der Ausübung seines Mandates als manche hohe Herren, die lieber Galen und Japanen schießen gehen. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Abg. v. Treuenfels (L.) erklärt, daß er keine Belehrung vom Abg. Biemer brauche. (Bravo! rechts.)

Hiermit schließt die Besprechung der Interpellation. Graf Stolberg: Es ist eine Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) eingelaufen, die ich den Schriftführer zu verlesen bitte.

Der Schriftführer verliest die Interpellation: „Wedenk der Reichsanleger angefaßt durch die Lebensmittelerhöhung herbeigeführten Notlage weiter Volkskreise eine Vorlage einzubringen, durch die eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle (räumende Heiterkeit rechts) und eine Änderung der Bestimmungen über die Einfuhrzölle herbeigeführt wird?“

Präsident Graf Stolberg: Ich werde die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen. (Erneutes höhnisches Gelächter rechts.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Erbankfallsteuer, Stempelsteuer u. s. w.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Soziales.

### Zur Rechtfertigung der ausländischen Landarbeiter.

Der Besitzer des Gutes Schwefkow im Kreise Stolp ließ sich im März 23 ausländische Arbeiter (18 Frauen, vier Durschen und einen Vorarbeiter) kommen. Vier Wochen nach Beginn der Vertragsdauer lehnte der Besitzer des Gutes, ein Herr Holz, die Lieferung des kontraktlich vereinbarten Fleisches von wöchentlich einem Pfund ab. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und erzwangen dadurch die Einhaltung des Vertrages. Inzwischen hatte der Besitzer neue ausländische Arbeitskräfte sich verschafft. Er stellte an die Arbeiter nach mehreren Wochen das Ansuchen, einen neuen Vertrag zu unterschreiben, der die Arbeitszeit um zwei Stunden täglich verlängerte. Als die Arbeiter das ablehnten, erklärte er, sie sollten sich „zum Teufel scheren“. Das Verlangen der Arbeiter, erst das einbehaltene Geld herauszugeben, führte zu einer Schlägerei, an der sich auch der Inspektor Brenner, Stellmacher und mehrere Knechte beteiligten. Der Besitzer zog einen Revolver mit der Drohung: „Wenn Ihr Hund nicht sofort verschwindet, schieße ich Euch nieder wie tolle Hunde.“ Eine Bitte um Schutz, die am folgenden Tage von den Leuten beim Landrat angebracht wurde, wurde mit der Bemerkung, die Sache gehe die Stadt Stolp, nicht ihn, den Landrat, an, abgelehnt. Auf dem Rathause der Stadt Stolp ließ es wieder: Weht uns nichts an, ist Sache des Kreises. Infolge des energischen Einschreitens von Parteigenossen erhielten die gemißhandelten und in ihrem Recht gekränkten Arbeiter vorläufig Unterstutz in der Herberge zur Heimat.

Nach dem Vertrage war der Besitzer berechtigt, zehn Wochen lang von jedem Arbeiter 8 M. „Ration“ pro Woche einzubehalten. Die Leute haben insgesamt 441,82 M. erhalten, verdient hatten sie 1103,40 M. Mit ihm hat der Besitzer 666,88 Mark einbehalten — ein profitables Geschäft. An dem Tage nach dem Abzuge der 23 Leute wurden auf dem Gut Schwefkow Russen eingestellt, die eine geraume Zeit vorher vom Besitzer engagiert waren.

Der Vorfall zeigt klar, daß die widerrechtliche Legitimationsartenverordnung des Ministers Wessiger gerade zu dem Vertragsbruch anreizt: der Besitzer bricht den Vertrag und erhält als Prämie für Kontraktbruch 666,88 M., der Landrat, dessen „Schutz“ die ministerielle Anweisung ver-

heißt soll, muß sich für unzuständig erklären und die Leute können wer weiß wie lange warten, ehe es ihnen gelingt, durch eine Lohnklage beim Gericht ihren Lohn und Schadenerfay zu erreichen.

Im höchsten Grade bedauerlich ist, daß inländische Knechte so verstoßen sind, daß sie sich an der Brüggelei gegen die gedrückten Arbeitsgenossen beteiligten. Möge der neugegründete Wald- und Handarbeiterverband dazu beitragen, ähnliches für die Zukunft unmöglich zu machen.

### Sonderbare Prozeßführung.

1. Die Fuhrmagerin K. klagte gestern vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts gegen die Firma Veth Schiefinger auf Zahlung von 42,50 M. Entschädigung wegen fruchtloser Entlassung. Der Vertreter der Beklagten wendete ein, daß die Klägerin am 15. Mai zum 1. Juni ordnungsgemäß gekündigt worden ist. Das Gericht die Klägerin. Beklagte schob darauf der Klägerin den Eid hierüber mit dem Vermerk an, nachdem der Eid geleistet sei, werde sie beweisen, daß Klägerin falsch geschworen habe! Das Gericht befragt darauf den Beklagten, wer die Zeugen sind und worüber sie eventuell vernommen werden sollen. Die Auskunft hierüber verweigerte der Vertreter der Beklagten. Das Gericht unter Vorst des Magistratsassessors Dr. Naguhn nahm hierauf Abstand davon, der Klägerin den zugesprochenen Eid abzunehmen und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten Entschädigung. In den zutreffenden Gründen hieß es, das Gericht habe aus der Verhandlung die Ueberzeugung geschöpft, daß die Klägerin mit ihren Behauptungen im Recht ist. Der Umstand, daß die Beklagte die ihr zu Gebote stehenden Beweismittel angegeben verweigerte, spreche dafür. Ebenso die Tatsache, daß der Klägerin am Entlassungstage, dem 1. Juni, die Papiere nicht ausgehändigt wurden.

2. Bald darauf kam die Klage der Fuhrmagerin M., die sich gleichfalls gegen die Firma Schiefinger richtete, zur Verhandlung. Sie tut offenkundig dar, daß das Verhalten des Prozeßvertreters der Beklagten in der soeben verhandelten Sache eine leere Drohung mit dem Reineidstrafverfahren war, darauf berechnet, die Klägerin von der Leistung des abgenommenen Eides abzuschrecken. Die Klägerin war mit der Fuhrmagerin N. gleichseitig entlassen worden; auch hier soll am 15. Mai ordnungsgemäß gekündigt worden sein. Diesmal gab der Prozeßvertreter die Beweismittel an. Ein Zeuge sollte befunden, daß er die Beklagte am Morgen des 15. Mai daran erinnert habe, daß die rechtzeitige Kündigung der Klägerin am Vormittag erfolgen müsse. Ein weiterer Zeuge sollte bestätigen, daß er die Beklagte am Nachmittag nach der erfolgten Kündigung befragt habe. Dafür, daß der Klägerin tatsächlich gekündigt worden ist, konnten Zeugen nicht angegeben werden. Das Gericht lehnte die Beweisanträge als unerheblich ab und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten 32,50 M. Schade, daß der Beklagten keine Privatklagenstrafe auferlegt werden konnte.

### Verstöße des Unternehmers gegen den Anstand.

Der § 120b Abs. 1 G.-O. sagt: „Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern.“ Diese Vorschrift nicht nur nicht beachtet, sondern selbst gegen sie gehandelt hat der Kürschnermeister Ernst Dürre, wie sich in dem Prozeß zeigte, den D. gestern gegen die Kürschnermamsell Frau K. vor dem Gewerbegericht führte. D. klagte wegen angeblichen Kontraktbruches auf Grund des § 120b der Gewerbeordnung auf Zahlung von 2,80 M. Schadenersatz. Die Beklagte macht geltend, daß sie sich infolge der schmutzigen und schläfrigen Lebensarten, deren sich der Kläger bediente, zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt hielt. Eine Arbeiterin, die gleichfalls beim Kläger gearbeitet hatte, bekundete unter ihrem Eide, daß der Kläger tatsächlich häufig solche Reden führe. Nur der Lehrling, den der Kläger zu seiner Entlassung als Zeugen stellte, will von solchen Reden niemals etwas gehört haben. Das Gericht wies auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt war, den Kläger mit seinem Anspruch ab.

### Weibliche Gewerbeaufsicht in Schwarzburg-Rudolstadt.

Dem vielfachen Drängen unserer Fraktion im Landtage auf Anstellung einer weiblichen Person in der Gewerbeaufsicht, dem auch die Landtagsmajorität beitrug, hat jetzt die Regierung nachgegeben, indem sie die Stelle einer Assistentin, die dem Gewerbeinspektor zur Seite stehen soll, ausfüllt. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind bis 1. Juli an das Ministerium, Abteilung des Innern, zu richten. — Bei der großen Zahl der in Schwarzburg-Rudolstadt hauptsächlich in der Porzellanindustrie tätigen weiblichen Personen war die Schaffung dieses Postens längst eine Notwendigkeit.

### Vom Papiermacherberuf.

Der Bericht der Papiermacherberufsgenossenschaft erwähnt, daß im Jahre 1908 die Zahl der Betriebe sich um 5 verringert hat, sich demnach auf 1250 stellt. Wie sehr diese Branche zum Großbetrieb übergegangen ist, zeigt uns die Zahl der versicherten Arbeiter, die auf 86 556 angewachsen ist, gegen 1907 8521 mehr beträgt.

Auf den Kopf des Versicherten entfallen an Löhnen 868 M., gegen 871 M. im Vorjahre.

Der Durchschnittslohn ist also noch gefallen. Getrennt nach den verschiedenen Arbeiterkategorien beträgt der wirkliche Lohn pro Vollarbeiter für erwachsene männliche Arbeiter 928 M., für erwachsene weibliche Arbeiter 512 M., für jugendliche männliche Arbeiter 438 M. und für jugendliche weibliche Arbeiter 402 M.

Interessant ist daher nachstehende Tabelle der Hungerlöhne:

Gewerbzweige	Erwachsene Personen		Jugendliche Personen	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Zumpenfortieranstalten	1034	525	592	452
Strohstoffabriken	1027	582	517	467
Papierfabriken	939	591	440	411
Porzellanfabriken	825	498	432	391
Holzschleifereien	778	444	455	392
Zellulosefabriken	1063	492	416	364
Rebenbetriebe	834	527	445	359
Zusammen	926	512	438	402

Unfälle wurden im Berichtsjahre im ganzen 3002 gegen 3303 im Vorjahre gemeldet.

Auf 1000 Versicherte entfallen somit durchschnittlich 44,9 Verletzte. Im ganzen werden 7382 Verletzte von der Berufsgenossenschaft entschädigt. Die höchste Unfallziffer hat die Sektion I Bayern mit durchschnittlich 67,5 Verletzten auf 1000 Versicherte, während die Zahl in Sektion VI Westfalen nur 34,5 beträgt.

Entschädigt wurden mit Rente 751 Verletzte erwachsene männliche und 43 weiblichen Geschlechts, sowie 81 jugendliche männliche und 3 weiblichen Geschlechts.

Revidiert wurden im Berichtsjahre 55 Proz. der versicherten Betriebe. Der Beamte der Sektion I Bayern berichtet, daß er 30 Betriebe besichtigt habe und dabei 158 Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften entdeckt habe. Ueber Sektion II Württemberg wird uns mitgeteilt, daß von 29 revidierten Betrieben nur in 5 Verstöße gegen die Vorschriften nicht festzustellen waren. Auch in Sektion III Baden-Schwarzburg-Lothringen wurden in 25 besichtigten Betrieben 151 Auflagen gemacht, die im Bericht näher erklärt werden. Fast alle Aufsichtsbeamten klagen, daß die Transmissions- und Arbeitsmaschinen nicht genügend geschützt sind, und dabei haben laut Bericht gerade diese Maschinen allein 377 von 823 geschädigten Unfällen verursacht.



Für das Seilverfahren in den ersten 13 Wochen des Unfalls wurden für 102 übernommene Fälle insgesamt 5065 M. verausgabt. Die Schiedsgerichte haben in 268 Fällen zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur in 89 Fällen der Verletzten entschieden. Von den Returgen der Genossenschaft wurden 17 zu ihren Gunsten und 14 zu ihren Ungunsten entschieden. Die Verletzten hatten nur in 7 Fällen Glück beim Reichsversicherungsamt und wurden in 64 Fällen abgewiesen.

## Aus Industrie und Handel.

### Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat.

In der Weiratsung des Kohlenyndikats am 14. Juni wurde mitgeteilt, daß Verhandlungen mit den Ausfußern und Hüttenzweigen in Bezug auf die Kohlsfrage zu Resultaten noch nicht geführt hätten. Die sich anschließende Besonderebesitzerversammlung setzte die Verteilungssache für Juli und August d. J. in der bisherigen Höhe, also zu Kohlen auf 80 Proz., in Koks auf 60 Proz. und in Bricketts auf 80 Proz. fest und genehmigte die vorgeschlagenen Erfahreneuerungen zum Weirat. Infolge freiwilliger Einschränkung über die des Syndikats hinaus bleibt die Produktion hinter der Verteilung noch zurück.

Aus dem Verbandbericht ist folgendes zu entnehmen: Der rechnermäßige Absatz an Kohlen betrug im Mai bei 24 (im gleichen Monat des Vorjahres 25) Arbeitstagen 5 244 155 (Vorjahr 5 606 991) Tonnen oder arbeitsmäßig 218 508 (Vorjahr 224 280) Tonnen. Der Versand einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Hüttenzweigen an die eigenen Hüttenwerke betrug an Kohlen bei 24 (Vorjahr 25) Arbeitstagen 4 468 192 (im Vorjahr 4 748 700) Tonnen oder arbeitsmäßig 180 172 (Vorjahr 189 948) Tonnen; an Koks bei 31 (Vorjahr 31) Arbeitstagen 1 157 598 (Vorjahr 1 066 888) Tonnen oder arbeitsmäßig 37 843 (Vorjahr 34 409) Tonnen; an Bricketts bei 24 (Vorjahr 25) Arbeitstagen 235 971 (Vorjahr 292 809) Tonnen oder arbeitsmäßig 9 832 (10 504) Tonnen. Hier von gingen für Rechnung des Syndikats an Kohlen 3 870 105 (im Vorjahr 4 078 200) Tonnen oder arbeitsmäßig 161 254 (Vorjahr 168 128) Tonnen; an Koks 712 795 (Vorjahr 886 784) Tonnen oder arbeitsmäßig 23 993 (Vorjahr 26 991) Tonnen; an Bricketts 229 141 (Vorjahr 257 248) Tonnen oder arbeitsmäßig 9 548 (Vorjahr 10 290) Tonnen. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 8 499 930 (Vorjahr 8 535 749) Tonnen oder arbeitsmäßig auf 271 830 (Vorjahr 273 490) Tonnen (und im April 1909 auf 6 477 822 resp. 289 909 Tonnen). Der seit März vorigen Jahres von Monat zu Monat zu verzeichnende Rückgang des Absatzes in Hochofenlofen ist noch nicht zum Stillstande gekommen, vielmehr haben die Abbrufe der Hochofenwerke im Berichtsmontate eine nicht unwesentliche Abschwächung erfahren. Die dadurch erwachsenen Ausfälle haben zwar durch Steigerung unserer überseeischen Ausfuhr zum Teil ausgeglichen werden können; indessen ist der Kohlabgang gegenüber dem Vormonat doch insgesamt um 4298 Tonnen und im arbeitsmäßigen Durchschnitt um 910 Tonnen = 8,81 Proz. zurückgeblieben.

**Verschmelzung der Amerika-Bank mit der Darmstädter Bank.** Die Ende 1906 gegründete Amerika-Bank will sich auflösen lassen. Der Aufsichtsrat will sich auf Antrag von Großaktionären von einer sofort einzuberufenden Generalversammlung legitimieren lassen, mit der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) einen Vertrag abzuschließen, wonach das Vermögen der Amerika-Bank als Ganzes von der Darmstädter Bank für den Preis von 18 500 000 M. zahlbar am 1. September 1910 erworben wird. Das Aktienkapital der Amerika-Bank beträgt 25 Millionen, ist aber nur mit 10 Mill. eingezahlt.

**Anforderungen in der Textilindustrie.** Nach der Zeitschrift „Die Textil-Industrie“ ist das Kaufhaus Gerson u. Co. in Hamburg in Konkurs geraten. Die Passiven betragen 600 000 M., außerdem kommen 120 000 M. vorberechtigte Forderungen in Betracht. Die Aktiven beziffern sich auf 285 000 M. — Die Seidenwarengroßfirma Wehrandt u. Wilm in Berlin befindet sich in Zahlungsunfähigkeit.

**Zunahme der unbeschäftigten Wagen.** Die Zahl der müßigen Waggons hat, wie von der American Ry-Association berichtet wird, in der zweimonatlichen Periode, welche mit dem 12. Mai beendet

wurde, eine weitere Vermehrung erfahren. Die Zahl dieser Waggons stellte sich an dem genannten Datum auf 284 479, d. h. also um 2151 höher als am 28. April.

Aus der Petroleumindustrie. Zwischen den galizischen Rohölproduzenten, Raffinerien und der österreichisch-ungarischen Regierung finden Verhandlungen statt, die den Zweck haben, den Vertrag der Produzenten mit der Standard Oil Co., der noch nicht definitiv abgeschlossen worden ist, auf jeden Fall zu verhindern. Es handelt sich bisher nur um den Vorvertrag. Auch in Vukaref haben Verhandlungen zwischen den Großinteressenten zu einer Verständigung geführt, wonach eine Reorganisation der Aurora Aktien-Gesellschaft für Petroleumindustrie und Handel in Vukaref vorgenommen werden soll. Den Betrieb übernimmt die Steana Romana und trägt das schon eingezahlte Kapital der Gesellschaft 8 1/2 Millionen Lei, das sich im Besitz der Internationalen Petroleumgesellschaft in Amsterdam befindet.

Russlands Eisenindustrie hat seit dem Kriege mit Japan keine Fortschritte gemacht. Sie steht heute noch hinter dem vor sechs Jahren erreichten Stand zurück. Nach Veröffentlichungen des russischen Finanzministeriums ergeben sich folgende Zahlen:

	Kohleproduktion	Halbzugdarstellung	Erzeugung fertiger Eisen- und Stahlprodukte
	in Millionen	Pub (Pub = 16,88 kg)	
1904	180	185	153
1905	168	168	144
1906	164	165	139
1907	172	173	147
1908	171	175	146

Eine bemerkenswerte Entwicklung der russischen Eisenindustrie wird erst dann einsetzen, wenn die revolutionäre Bewegung den Weg dafür frei gemacht hat.

**Stimmungsfrage von drüben.** Im Maiheft der Zeitschrift „Die Welt“ lesen wir: „Von den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Ausgangspunkte der letzten Krise, erwartet man auch den Anstoß zu einer neuen Hochkonjunktur. Und es sind denn auch im Mai allerhand Nachrichten in die Welt gesandt worden, die den Glauben, daß das Land mit vollem Segeln in eine neue Wälder hineinleuere, nähren sollten. Mit ihnen kontrastierten aber andere, ebenso bedeutungsvolle Momente, die für eine fast unverminderte Fortdauer der Depression sprachen. Auf der einen Seite hat der Stahlmarkt nach einer Einigung mit den unabhängigen Werken den Schienenpreis in zwei Etappen wieder auf 28 Dollar erhöht. Weitest dabei der inzwischen realisierte Wunsch mitbrachte, die Steel-commons zu höherem Kurse an der Pariser Börse einzuführen, ist schwer zu beurteilen. Auf der anderen Seite sind für die übrigen Hauptartikel am Eisenmarkt die Kampfpresse vom letzten Winter noch kaum überschritten worden; nur die Preise für Draht, ein beinahe monopolisiertes Fertigprodukt, sind erhöht worden. Eine etwas größere Kaufkraft war insbesondere zu konstatieren, doch kennzeichnete sie der in der Regel optimistische „Promonger“ dahin, daß ihr die solide Grundlage fehle. Der „Iron Age“ sprach von dem „Vertrauen“ auf eine Zunahme des Verbrauchs, aber nicht von einer Zunahme selbst. Mit nicht mißzuverstehender Absicht hat der Stahlmarkt hervorgehoben, daß seine Stahlwerke wieder mit 75 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten, dagegen beschwören, wie es um die Beschäftigung der Wagenstrahlen und die Höhe der zu Lager gehenden Mengen stehe. Eine von den unabhängigen Werken beschlossene Lohnreduktion ist, da der Stahlmarkt sich weigerte, sie mitzumachen, wieder rückgängig gemacht worden. Dagegen hat der Preis gegen 10 000 organisierten Arbeitern in seinen Drahtfabriken gekündigt, angeblich um nichtorganisierte einzustellen. Alles das ist widersprechend und zum Teil tendenziösen Ursprungs, so daß ein klares Bild der Lage sich nicht gewinnen läßt.“

## Aus der frauenbewegung.

### Für Frauenwahlrecht, Witwen- und Kinderfürsorge.

In der am Mittwoch eröffneten außerordentlichen Session des bänischen Reichstages, die sich nach den Wünschen der Regierung und der Militärpartei lediglich mit der sogenannten Landesverteidigungsfrage befassen soll, hat die sozialdemokratische Fraktion

auf ihrem Abrüstungsvorschlag noch eine Reihe anderer Vorschläge eingebracht. Darunter ist auch ein Vorschlag, der eine durchgreifende Veränderung der Verfassungsbestimmungen über das Wahlrecht enthält, und zwar nach folgenden Grundzügen: 1. Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts, das noch für das Landstimmrecht besteht; 2. volle Durchführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts; 3. Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und die Dienstleute und 4. Herabsetzung des Wahlrechtsalters, das jetzt für die Staatsbürger erst mit dem 30. Lebensjahre beginnt.

Bei der Neuwahl des Folkethings befragten die Frauenorganisationen die Abgeordneten der verschiedenen Parteien, ob sie für das Frauenwahlrecht seien, und der allergrößte Teil antwortete mit ja.

Galten die Herren aus den bürgerlichen Parteien — bei unseren Genossen ist das ja selbstverständlich — ihr Wort, so muß es im neuen Folkething leicht sein, den Frauen, deren Gleichberechtigung mit den Männern in der Kommune ja schon anerkannt ist, nun auch das staatsbürgerliche Wahlrecht zu verschaffen. Allerdings ist dazu auch die Zustimmung des Landstimmrechts notwendig. Und da die Wahlrechtsforderungen eine Verfassungsreform bedeuten, müssen sie nicht nur von diesem Reichstage, sondern auch von einem neu zu wählenden Reichstage abermals beschlossen werden, ehe sie Gesetzeskraft erlangen.

Um nun für die nächsten Folkethingswahlen eine einigermaßen demokratische Grundlage zu schaffen, haben unsere Genossen auch einen Vorschlag zur Reform des geltenden Wahlgesetzes und damit der Wahlkreisinteilung eingebracht, der durch einfachen Beschluß beider Kammern des Reichstages Gesetzeskraft erlangen kann. Wie ungleich und ungerecht das formell gleiche Folkethingswahlrecht ist, zeigt sich schon darin, daß die Sozialdemokratie mit ihren über 90 000 Stimmen bei den Neuwahlen nur 24 Mandate erhielt, und die Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Christensen, nicht einmal 50 000 Stimmen, ebenfalls 24 Mandate besitzt, und daß Sozialdemokraten und Radikale zusammen, mit 150 000 Stimmen, aber nur 40 Mandate verfügen, die militärischen Parteien, bei der ungefähr gleichen Stimmenzahl, 70 Mandate inne haben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat auch ihre beiden Vorschläge über öffentliche Fürsorge für Witwen und verlassene Kinder sowie über eine soziale Organisation der Krankenpflege von neuem eingebracht. Der erste dieser Vorschläge ist in der vorigen Session nicht zur Verhandlung gekommen, der zweite ist einem parlamentarischen Ausschuss überwiesen worden, dessen Beratungen aber bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt haben.

Unsere Genossen verlangen, daß der Reichstag, wenn die erste Lesung der Militärvorlagen beendet sein wird, die Zeit bis zur zweiten Lesung nicht unnötig vergeuden, sondern zur Schaffung sozialer Gesetze und einer wirklich demokratischen, auch den Frauen gerecht werdenden Verfassungsreform verwenden soll.

## Verfammlungen.

### Ueber die nächsten Aufgaben der Bauanschläger.

Heute die nächsten Aufgaben der Bauanschläger. Die Bauanschlägergruppe am Sonntag in einer Versammlung dieser Berufsgruppe. Der Redner warf einen Rückblick auf die verflochtene Tarifbewegung, die mit dem Abschluß eines Bauanschlägertarifs auf drei Jahre endete. Aus den Darlegungen des Referenten geht hervor, daß es einzelne Arbeitgeber gibt, die den Tarif dadurch illusorisch machen, daß sie mit den von ihnen beschäftigten Anschläger eine schriftliche Vereinbarung treffen, wonach sich der Anschläger verpflichtet, 10 Proz. unter den Sätzen des Tarifs zu arbeiten. Die Arbeitgeberorganisation beurteilt solche Fälle allerdings und verlangt von ihren Mitgliedern die strikte Einhaltung des Tarifs. Als eine der hauptsächlichsten Aufgaben der Bauanschläger bezeichnet es Handte, darauf zu achten, daß der Tarif in jeder Hinsicht durchgeführt werde und niemand unter dem Tarif arbeite. Wer solche Sonderabmachungen, wie die hier bezeichnete, mit einem Arbeitgeber trifft, der beteiligt sich damit am Tarifbruch und sei dem Streikbrecher gleichzuhalten. In seinen weiteren Ausführungen trat der Referent dafür ein, daß die Kollegen nicht nur für die Wahrung des Tarifs, sondern auch für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu sorgen haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Mittwoch, den 16. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königliches Opernhaus. Gedächtnis.  
Königl. Schauspielhaus. Gedächtnis.  
Neues königliches Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anf. 6 1/2 Uhr)  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches, Selbstern. Kammertheater. Ein Stand in Monte Carlo.  
Festung. Die Dollarprinzessin.  
Berliner. Ein Herbstmännchen.  
Schiller O. (Kammer-Theater.) Der Biberpelz.  
Schiller Charlottenburg. Madame Bonivard.  
Neues Schauspielhaus. Roba. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die beiden Leonoren.  
Komische Oper. Demimonde.  
Reneo. Tricoche und Cacolet.  
Halla. Im Wald Robbe.  
Lustspielhaus. Der feiche Rudi.  
Kleines. Moral.  
Hebbel. Marysha.  
Neues Operetten. Die Sprudelsee.  
Berliner Operetten-Theater SW. Das Teufelsweib. (Anf. 6 1/2 Uhr.)  
Lulken. Selig.  
Volles Caprice. Drei Frauenhüte.  
Der Defektor usw. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Metropol. Die oberen Zehntausend.  
Bernhard Weze. Das Mädchen ohne Ehe.  
W. Noacks Theater. Die oberen Zehntausend.  
Apollo. Hartstein. Er oder Er.  
Ergänzungen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Carl Haberlaub. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Reichshallen. Eitelner Sängler.  
Der Kompagnieball.  
Urania. Tausendstrafe 48/49  
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.  
Sternwarte. Anwaltsstr. 87/88.

**Lessing-Theater.**  
Gedächtnis d. Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Dollarprinzessin.**

**Berliner Theater.**  
Gedächtnis-Operetten-Theater.  
Täglich 8 Uhr.  
**Ein Herbstmännchen.**

## Neues Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Tricoche und Cacolet.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Tricoche und Cacolet.**

## Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).

**Gura-Oper.**  
**Tristan und Isolde**  
von Richard Wagner.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: I. Sembraich - Gastspiel „La Traviata“. Freitag: „Der fliegende Holländer.“ Sonnabend: „Die Meistersinger von Nürnberg.“  
17. und 21. Juni:  
**Zwei Abschiedsvorstellungen**  
**Marzella Sembraich**  
vor ihrem Scheiden v. der Bühne.  
Donnerstag, 17. Juni: Traviata.  
Montag, 21. Juni: Barbier v. Sevilla.  
Die für 17. u. 21. Juni angesetzten Vorstellungen v. Sawitri sind verschoben. Billets werden zurückgenommen od. geg. Nachz. umget.

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, den 16. Juni, Anfang 8 Uhr:  
**Die beiden Leonoren.**  
Donnerstag: Manderregen.  
Freitag: Randoerregen.  
Sonnabend 3. erstmalig: Hiddelo.

**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Morg. u. folgende Tage: Anf. 8 Uhr:  
**Die Sprudelsee.**  
Operette in 3 Akten von H. Reinhardt.

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
**Der feiche Rudi.**

## Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
**Spezialitäten und Theater-Vorstellung.**  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Sonntag 8 Uhr. Sonnt. 6 begin. 5 Uhr.  
Gartenöffnung 8 Uhr.  
Jeden Montag Mittwoch, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Sängler“.  
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Kammer-Theater.)  
**Der Biberpelz.**  
Eine Diebestomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Abends 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Biberpelz.**

## Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 103-114

Heute, Mittwoch, den 16. Juni 1909:  
**Gr. Spezialitätenvorst. Gr. Konzert. Gr. Kinderfreudenfest.**  
Bamboregen x Kinderbelustigungen aller Art x Puppen-Theater.  
**Gr. Große Gratis-Verlosung.**  
Hauptgewinne je 1 silberne Uhr f. Mädchen u. Knaben.  
Eintritt 15 Pf.

## Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Mädchen ohne Ehe.**  
Sommerpreise.  
Auf der Gartenbühne u. a.: Berlin auf Steigen mit Bill Wilson.  
Konzert. Spezialität. Anf. 4 1/2 Uhr.

## Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

## Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Volt.  
Gente sowie täglich:  
x Größtartige Spezialitäten! x  
Novität! Novität!  
**Die Spreewald-Räte.**  
Gr. Wandlungsbühne-Bühnenstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Hoffmann.  
Raucherdarstellung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

## Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Mit. Leitung: Walter Gravenitz.  
Neben Donnerstag: Elitotag.  
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

## Moderner Vergnügungs-Park im Alten Botanischen Garten, Potsdamer Str. 75.

**WHITE CITY**  
Mittwoch: Großes Kinderfest.  
Eintritt: Erwachsene 15 Pf.  
Donnerst. Tag. Feuerwerk.  
Eintritt 50 Pf.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Rom und die Campagna.**

## ZOOLOGISCHER ZARTEN

Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M.,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Walhalla-Opern-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal Tor.  
Anfang 8 Uhr. Im Theater:  
**Die granbiosen Spezialitäten.**  
Im Garten: **Frei-Konzert.**  
Der Flug durch die Luft.  
Heute: **Tanz-Reunion.**  
Theaterbesuchern freier Eintritt.

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Saumenstr. 16.  
Im schattigen Garten, bei Regen im Fracht-Theater-Saal:  
Programmwechsel! Neue Nummern!  
**Die oberen Zehntausend.**  
Konz. 6, Anf. 7 Uhr, Entree 30 Pf.  
Ehren-, Vorzugsarten günstig!

## Volksgarten-Theater

früher Weimanns Volksgarten.  
Im Bahndorf Gesundbrunnen.  
Täglich: **Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Nebenprogramm. Leopold Ross. Ada Wille. The Grös, die 5 Ullquats-Altboten. **Spreo-Athener.**  
Vollständ. mit Gesang in fünf Bildern von Reisingen.  
Die Raffelecke ist täglich geöffnet.

## Damms Volkspark-Theater

Landsberger Allee 74/77.  
**Große Vorstellung**  
Sächsischen Volks-Theaters  
nebst Auktionen erstl. Spezialitäten.  
Zum ersten Male in Berlin.  
Man amüsiert sich täglich.

## WINTERGARTEN

## Neues Programm!

Die schaumgeborene Venus  
**„La Pia“**  
in ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie

**12 sensationelle 12**  
Juni-Attraktionen

Reserviert Platz 2 M. Entree 1 M.  
(einschl. Programm u. Garderobe.)

## Königsstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72 (Gde. Alexanderstr.)  
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten  
Theater- und Spez.-Vorstellung.  
**Der Liebestrank.** Operette von Amer-Salt-Trio. u. a. erstl. Revue-Übersetzung u. a. erstl. Spez.  
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 8 Uhr.

## Puhlmann's Theater

Schmadow Allee 193  
Kastanien-Allee 77  
Täglich: **Großes**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
Darstellendes Personal des Kasino-Theaters.  
Neu! Die Dallesprinzessin. Neu!  
Vollständ. in 3 Aufzügen.  
**Manöverliebe.**  
Ueberspiel in 1 Akt. Otto Heber.  
Beg. d. Konzerts 4, der Vorst. 5 1/2 Uhr.  
Billetverkauf von 10-11 Uhr.

## Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich: **Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Entree 15 Pf. Wägelch. Scherzpreis.



**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
 (Meysel, Britton, Schrader usw.)  
 Anfang wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
 Kastanienallee 7-9.  
 Täglich:  
**Man lebt ja nur einmal!**  
 Spezialitäten ersten Ranges.  
 Konzert und Ball.  
 Anfang 4 1/2 Uhr.

**Karlsgarten**  
 Rixdorf, Karlsgartenstr. 6-11.  
 X Prachtvoller alter Naturgarten X  
 Sonntags: **Konzert.**  
 Montags: **Die lustigen Kalauer.**  
 Konzerte u. **Kinderfest.**  
 Jeden Dienstag: **Kinderfest.**  
 Mittwochs: **Konzert**  
 und Spezialitäten-Vorstellung.

**Wilhelm Wolffs**  
**Gesammelte Schriften**  
 sind als Jubiläums-Ausgabe  
 anlaSSLich seines hundertsten Ge-  
 burtstages sechsen erschienen.  
 Preis brosch. 1,50 M., geb. 2 M.  
 Die Biographie Wolffs stammt  
 aus der Feder von Friedrich  
 Engels, Einleitung und Anmer-  
 kungen sind vom Herausgeber  
 Franz Mehring.  
 Das vorliegende Werk enthält  
 u. a. folgende bemerkenswerten  
 Werke: „Die schlesische Milli-  
 tar“, „Die Kalematten in  
 Breslau“, „Der schlesische  
 Weberaufstand von 1844“.  
 Wolffs Schriften bilden den  
 3. Band der „246/14“  
 Sozialistischen Neudrucke.  
 Bisher sind erschienen:  
 Band I.  
**Engels, Der deutsche**  
**Bauernkrieg.**  
 Brosch. 1,50 M., geb. 2 M.  
 Band II.  
**Weitling, Garantien der**  
**Harmonie und Freiheit.**  
 Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.  
 Expedition des „Vorwärts“  
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69  
 (Laden).

Nur noch kurze Zeit  
 verkaufen wir zu den  
**äußerst billigen Preisen**  
 **R 20 Mk.** an  
 in Bieddorf, Stadtbahn,  
 **R 12 Mk.** an  
 in Kaulsdorf, am Bahnhof,  
 **R 10 Mk.** an  
 in Seefeld, am Bahnhof,  
 **R 10 Mk.** an  
 in Bahnhof Sobotta,  
 in Bieddorf, Kaulsdorf-Tad,  
 **R 4 Mk.** an  
 in Peterhofen, Ostbahn.  
 Verkaufsstellen an den  
 Bahnhöfen.  
**Nieschalke & Nitsche**  
 Berlin, Neue Königl. 16

**Sojastoffe**  
 Riesenauswahl aller Qualitäten.  
**Wolle-Reste! Moquets.**  
**Pflusch-Satteltaschen.**  
**Zimmer und Treppen**  
**Lauferstoffe**  
 Kocos Haargarn, Velour etc.  
 Muster bei näherer  
**Angabe franko.**  
**Teppich-Spezialhaus**

**Emil Lefevre**  
 Berlin, Oranienstr. 158  
 Mein neuer Pracht-Katalog  
 mit ca. 650  
 Abbildungen **gratis u. franko.**

Der  
 beispiellose Erfolg,  
 den unsere  
**JOSETTI  
 VERA**  
 CIGARETTE  
 errungen hat, ist kein Zufall, sondern  
 wohl begründet in der verdienten  
 Anerkennung, die diese Marke, als  
 beste 3 Pfg. Cigarette, allgemein  
 gefunden hat.  
 Josetti Vera m. u. o. M.  
 10 Stück 30 Pfg.

**Dixin**  
**Verbessertes**  
 im Gebrauch billigstes  
**Seifenpulver.**  
 Erleichtert bedeutend das Waschen und  
 ist ohne Zusatz von Seife und Soda zu  
 gebrauchen. Ueberall erhältlich.  
 Paket 25 Pfg. Alleinige Fabrikanten:  
 Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschaften erhältlich.  
 Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:  
**Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstr. 11.**

**Orts-Krankenkasse**  
 für den  
 Gewerbebetrieb der Kaufleute,  
 Handelsleute und Apotheker.  
 Bekanntmachung.  
 Am Freitag, den 25. Juni cr.,  
 findet abends 8 1/2 Uhr eine  
**Außerordentliche**  
**General-Versammlung**  
 der Orts-Krankenkasse für den Ge-  
 werbebetrieb der Kaufleute, Handels-  
 leute und Apotheker zu Berlin im  
 Grand-Hotel, Alexanderstr. 46/48  
 statt.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berugung des Herrn Ober-  
 präsidenten der Provinz Branden-  
 burg vom 13. Mai 1909 betreffend  
 Erhöhung der Beiträge und Be-  
 schlussfassung hierüber.  
 2. Vortrag des Herrn Dr. Ullrich,  
 Oberarzt der Heilanstalt, über Heil-  
 stuttendehaltung und Heilstuten-  
 erfolge.  
 3. Bericht über den 5. Allgemeinen  
 Krankenkassenkongress.  
 4. Verschiedenes.  
 5. Wahl eines Vorstandsmitgliedes  
 aus den Reihen der Arbeitnehmer  
 bis Ende 1911.  
 Der Vorstand:  
 Richard Harnborg, Vorsitzender.  
 Jonas Stahl, Schriftführer.

**Konsum-Verein**  
**Friedenau u. Umgegend**  
 eingetragene Genossenschaft mit  
 beschränkter Haftpflicht.  
 Mittwoch, den 23. Juni 1908,  
 abends 8 Uhr,  
 bei Schellhofe, Steglitz, Moornstr. 15a:  
**Außerordentliche**  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Beschlussfassung zwecks Uebertritt  
 zur Konsumgenossenschaft Berlin  
 und Umgegend. 106/2  
 2. Liquidation infolge des Uebertritts.  
 3. Wahl von drei Liquidatoren.  
 Der Vorstand:  
 W. Schmidt, G. Döring, K. Thielicke.

Donnerstag, d. 17. Juni, und  
 Freitag, d. 18. Juni, ab. 8 U.,  
 im großen Saale der Brauerei  
 Friedrichshain, am Konigsstor:  
**Sensationelle Enthüllungen**  
 über einen fürchterlichen  
 Irrtum in der Medizin.  
 Friedr. Robert Ehlers beweist  
 ohne jeden Zweifel, daß u. mehalb  
 gekochte Milch der Wurgugel  
 unzerer Kinder.  
 Nach dem Vortrag Diskussion  
 und Fragestellung, wozu auch  
 die famlichen Herren Ärzte ein-  
 geladen sind.  
 Eltern, die ihr Kind  
 lieb haben, verlaun nicht, diese  
 Gelegenheit wahrzunehmen, denn  
 das künftige Wohl und Wehe  
 eurer Kinder hängt davon ab,  
 wie ihr diese Belehrungen be-  
 zugsichtigt. — Zur Bekandung der Un-  
 kosten Entree 20 Pf.  
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr.  
**Willi Prager**  
**The York Sisters**  
 und das glänzende  
**Juni-Programm.**  
 12 Varieté-  
 12 Sensationen 12

**Schweizer-Garten**  
 Am Konigsstor, am Friedrichshain  
 Haltestelle der Strassenbahn  
 1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.  
 Anfang 4 resp. 5 Uhr  
 Täglich Entree 30 Pf.  
**Neues Theater- u.**  
**Spezialitäten-Programm.**  
 Ball u. Volksbelustigungen.  
 Elliche Sonnabende  
 an Vereins zu vorgeben.

**Achtung!**  
**Verband der Steinsetzer, Pflasterer**  
 und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.  
 Am Freitag, den 18. Juni 1909, abends 7 1/2 Uhr, bei Wilke,  
 Brunnenstr. 188:  
**Versammlung der Sektion I (Steinsetzer).**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Geklebsaususses. 2. Aufstellung der Kandidaten zu  
 der am Sonntag, den 20. Juni 1909, stattfindenden Neu- und Ergänzungs-  
 wahlen zum Berliner Geklebsaususs; der Lehrlingsprufungs-kommission usw.  
 3. Verschiedenes. [144/9  
 175/7\*  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Lederarbeiter.**  
 Filiale I Berlin.  
 Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn  
 Schmidt, Pragen-Allee 33:  
**Versammlung**  
 aller in der Leder- als auch Handschuhfabrikation  
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
 Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Wahl eines  
 Beisitzers zum Zentralvorstand. 3. Bericht des Vorstandes.  
 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. [144/9  
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches und punktl. Ers-  
 cheinen notwendig.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Schiffer! Achtung!**  
 Freitag, den 18. Juni, punktl. 9 Uhr abends:  
**Geffentl. Schifferversammlung**  
 in Kellers „Neue Philharmonie“, Adenider Str. 96/97.  
 Tages-Ordnung:  
 „Nieder mit den Teufeln der Erde!“  
 Referent: Stadtk. Ad. Hoffmann-Berlin. Freie Diskussion.  
 Schiffergelehrer, Boote- und Steuerleute, Wachmannen und Heizer, erheben  
 in diesem die Schiffergeistlichkeit ist hiermit ganz besonders eingeladen.  
 285/15\*  
 Karl Schwedler, Ruhrenbrucke 16.

**Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer**  
 und Berufsgenossen Deutschlands.  
 Filiale Berlin.  
 Den Mitgliedern der Sektion II (Rammer) hiermit zur  
 Kenntnis, daß die ordentliche Mitgliederversammlung in  
 diesem Monat ausfällt. Außerdem machen wir die Kollegen  
 darauf aufmerksam, daß unsere Versammlungen von jetzt an  
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, (Saal 8), stattfinden.  
 175/8  
 Mit Verbandsgru Der Vorstand.

**Profestkundgebung**  
 der  
**deutschen Händler**  
 mit  
**Tabak und Tabakfabrikanten**  
 in  
**Berlin**  
 am 18. Juni, abends 8 Uhr,  
 76/14  
 in den  
**Arminhallen,**  
 Kommandantenstr. 58/59.  
 Tagesordnung:  
**Die Tabaksteuer und der Handlerstand.**  
 Alle Interessenten sind hierzu eingeladen.  
 Berlin, den 15. Juni 1909.  
**Der Steuer-Abwehr-Ausschuß**  
 J. A.: Raphun, Krause, Straffer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitestrae 3. Hof III. Amt 3, 1967  
**Heute, Mittwoch, den 16. Juni 1909:**  
**Bezirks-Versammlungen**  
 für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin  
 in folgenden Lokalen:

1. Norden: **Bockbrauerei, Chausseest. 64,** abends 8 1/2 Uhr.
2. Norden: **Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23,** abends 8 1/2 Uhr.
3. Norden: **Frankes Festsäle, Badstr. 19,** abends 8 1/2 Uhr.
4. Moabit: **Kronenbrauerei, Alt-Moabit 46/47,** abends 8 1/2 Uhr.
5. Süden: **Graumanns Festsäle, Raunynstr. 27,** abends 8 1/2 Uhr.
6. Süden: **„Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147** abends 8 1/2 Uhr.
7. Osten und Lichtenberg: **Litfa, Memeler Str. 67,** abends 8 1/2 Uhr.
8. Stralau und Rummelsburg: **Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34,** abends 8 1/2 Uhr.
9. Charlottenburg: **Volkshaus, Rosinenstr. 3,** abds. 8 1/2 Uhr.
10. Westen und Schöneberg: **Wieloch, Grunwald-  
str. 110,** abends 8 1/2 Uhr.
11. Rixdorf: **Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49,** abends 8 1/2 Uhr.
12. Weensee: **Roßkopf, Konigschauffee 38,** abends 8 1/2 Uhr
13. Tegel: **Gramms Festsäle, Bahnhofstr. 1,** abends 6 Uhr.
14. Steglitz: **Warendorf, Groß-Lichterfelde, Bafest. 22,** abends 8 1/2 Uhr.
15. Spandau: **Kumbke, Schonwalder Str. 80,** abends 8 1/2 Uhr.
16. Köpenick: **Karl Lehmann, Bahnhofstr. 34,** abends 8 1/2 Uhr.
17. Oberschöneweide: **Lokal Hasselwerder,** abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung: 118/14  
 1. Berichterstattung von der letzten General-  
 versammlung.  
 2. Diskussion.  
 3. Berichterstattung von dem Verbandstage  
 in Hamburg.  
 4. Diskussion.  
 5. Verbandsangelegenheiten.  
 Ohne Mitgliedsbuch hat niem. and Zutritt!  
**Kaufzettel werden zu diesen Versammlungen nicht verschickt.**  
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Große freiwillige Baulandversteigerung.**  
 Wegen Regulierung der Geldverhältnisse werde ich am Sonnabend,  
 den 19. Juni, vormittags 9 Uhr ab für Rechnung des Eigentümers  
 und im Beisein eines Notars die am Teupitzer See und Königl. Forst  
 nahe Bahnhof Groß-Kor herrlich gelegenen 62 Parzellen Bau-  
 land freiwillig versteigern, je nach Wunsch im einzelnen oder mehrere  
 Berlin, Gort. Vbl., fre 7 Uhr und mittags 12<sup>u</sup> oder Stadth. über  
 Nieder-Schöneweide. Versammlung u. Versteigerung im Rest. See-Schöne-  
 weide, 5 Min. von Vbl. Groß-Kor. Jeder Käufer hat nach Zuschlag 150 M.  
 Kaution sofort zu hinterlegen und die mündlich vereinbarte Anzahlung bei  
 Auszahlung zu bezahlen. Günstige Kaufgelegenheit für Grund-  
 stuckbesitzer. Nähere Auskunft und Einsicht des Bedammungs-  
 plans in unserem Büro.  
**August Hilbrich,** Auktionator und Legator,  
 Berlin C 2, Rolfenmarkt 1. Tel. I 4598



Die Arbeitersekretariate im Jahre 1908.

Die foeben im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlichte statistische Zusammenstellung über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate zeigt ebenfalls wie die Verhältnisse über die Gewerkschaftskarteelle es lehrhaft bewies, daß die von den Gewerkschaften unterhaltenen Institutionen sich rege fortentwickelt haben.

Von 96 im Jahre 1907 bestehenden Sekretariaten stieg die Zahl im Berichtsjahre auf 104. Die Entwicklung innerhalb weniger Jahre ist enorm, bestanden doch 1901 erst 29 Sekretariate.

Die geographische Verteilung über das Reich wird als ungewöhnlich bezeichnet und daher dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß dort, wo die finanziellen Grundlagen zur Errichtung von Sekretariaten vorhanden sind, solche, allerdings nicht nur für den Ort, sondern für den Bezirk errichtet werden sollen.

Von den 103 an der Statistik beteiligten Sekretariaten übernahmen 76 ständig persönliche Vertretungen vor Gericht, während weitere 6 es nur in Ausnahmefällen tun. Die übrigen, die Vertretungen nicht übernehmen können, tun dies, weil der Mangel an verfügbaren Kräften oder aber die Nichtzulassung der Sekretäre vor Gericht es verbietet.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate zeigt eine erhebliche Steigerung. 488 395 Auskunftsfindende nahmen die Sekretariate in Anspruch, nahezu 70 000 mehr als im Vorjahre.

Auch die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskarteelle weisen eine Steigerung sowohl in der Zahl der Auskunftsstellen selbst wie auch in der Frequenz auf.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 20. Juni, findet ein Ausflug mit Familie nach Grünau statt.

Erklärung. Das von einem Zahnarzt in, Panlow ausgehende Gerücht, wonach Genosse Patsch-Wilhelms sich in seiner Eigenschaft als Kassierer des dortigen Bezirks Unregelmäßigkeiten habe

zuschulden kommen lassen, entbehrt jeder tatsächlichen Begründung. Genosse Patsch hat sein Amt stets in einwandfreier Weise verwaltet.

Freidrichshagen. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet der Arbeiterbildungsausschuß im Saale der Witwe Verhe, Kundheil, einen Lichtbildervortrag des Orientalers Oskar Johnte über: „Auf den Spuren Ebn Hedins“.

Berliner Nachrichten.

Die Augen auf! Frau — schau, wem!

Für Bestrebungen jeder Art und Richtung auf dem Gebiet der Jugendfürsorge in Deutschland will die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“ einen — so versichert sie — fördernden und einigenden Mittelpunkt bilden.

Das Flugblatt, durch das man auf die jungen Männer zu wirken gedenkt, beginnt so:

Ein Wegweiser in der Fremde. Aufbewahren! Besprich mich mit Deinen Reisegefährten. Die Augen auf! Frau — schau — wem? Geh' allen unbekanntem Ratgebern aus dem Wege!

Die sogenannte Bahnhofsmission wird — wenn wir nicht irren — ausgeübt von der Garde der christlichen Jünglingsvereine. Das „Ziel“, an das diese Kundigen ihre Schützlinge zu bringen haben, liegt selbstverständlich im Schatten der Kirche.

Das Flugblatt für die zuziehenden jungen Mädchen hat in seinem ersten Teil nahezu denselben Wortlaut, wie das für die jungen Männer.

Die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“ hat für ihre Tätigkeit auf einem anderen Arbeitsgebiete, dem der Jugendgerichts- Hilfe, großen Wert darauf gelegt, Fühlung auch mit den freien Gewerkschaften zu gewinnen.

Pastor Werentin nach Amerika — abgereist! Zu der Notiz „Geistliche als Häuserspekulanten“ in der letzten Sonntagsnummer wird uns noch folgendes mitgeteilt: Der ehemalige Pfarrer Werentin von Weismann beantragte und erhielt von seiner vorgesetzten Behörde im Herbst vorigen Jahres einen längeren Urlaub, natürlich aus den obligaten Gesundheitsrückichten.

Arbeitslose, die Taschen zu. Es gibt immer geriffene Geschäftsleute, die es verstehen selbst aus dem tiefsten Elend, aus Arise und Arbeitslosigkeit ihren Vorteil zu ziehen und auf Kosten derer zu leben, die durch Beschäftigungslosigkeit getrieben, wie Ertrinkende nach dem Strohhalme greifen.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Unfallanzeige und haben mit Bedauern von dem Unfall Notiz genommen, der einem Ihrer Familienmitglieder zugefallen ist.

beiläufigkeit versprechen. Schickt nun der Betreffende das gewünschte Geld ein, so erhält er in der Regel eine flut wertvoller Prospekt, aber der schließlich erwartete Verdienst bleibt aus.

Für schriftliche Beschäftigung sind 8 M. und für andere Arbeit bis 15 M. täglich zu verdienen, schreibt der „Arminius-Versand“.

Ja, wenn das „Wenn“ nicht wär! Eine Zeitung, die früher sich „Deutsches Blatt“ nannte und jetzt sich mit dem Titel „Berliner Allgemeine Zeitung“ schmückt, sucht seit langem ihren Leserkreis dadurch zu erweitern, daß sie den Abonnenten in Aussicht stellt, ihnen oder ihren Ehefrauen bei etwaigen Unfällen mit Invalidität oder Tod im Gefolge eine Vergütung bis zu 1000 M. zu gewähren.

Die Unfallvergütung wird nämlich nicht etwa unter allen Umständen oder immer in ganzer Höhe von 1000 M. gezahlt, sondern es sind da allerlei einschränkende Bedingungen festgesetzt, die von manchem erst dann in ihrer vollen Bedeutung erfaßt werden, wenn sein Anspruch auf Unfallvergütung zurückgewiesen worden ist.

Mehrfach haben Leute, denen es so ergangen ist, sich an uns gewendet, aber wir haben ihnen natürlich nicht zu helfen vermocht.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Unfallanzeige und haben mit Bedauern von dem Unfall Notiz genommen, der einem Ihrer Familienmitglieder zugefallen ist.



Ja, wenn das „Wenn“ nicht wär! Das „Bedauern“, mit dem die Berliner Allgemeine Zeitung von dem Unfall Notiz nimmt, ist der einzige Gewinn, den die Unfallversicherung durch Zeitungsabonnement diesem Abonnenten gebracht hat. Der Hinweis „für spätere Fälle“, den das „sich bestens empfohlen haltende“ Blatt hinzufügt, könnte empfindlichen Personen fast wie ein Scherz erscheinen, doch ist das ohne Zweifel durchaus ernst gemeint.

Der „Süddeutsche Postillon“ gelangt diesmal ausnahmsweise erst heute Mittwoch zur Ausgabe.

In der Kaserne des Kaiserin-Augusta-Regiments erschossen hat sich gestern mittag der zur 4. Kompanie gehörige Rüstler Schütte. Wie mitgeteilt wird, soll Sch. die Kat aus Furcht vor einer ihn zu erwartenden Strafe begangen haben. Bereits in der vorigen Woche hat sich in derselben Kaserne der Sergeant Rindemann von der 2. Kompanie erschossen.

Als Hochstapler entlarvt ist jetzt der „Graf Georg von Friedrich Wilhelm von der Groeben“, der seit längerer Zeit die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. Der „Graf“ ist sehr entzückt, als er kürzlich zum zweitenmal festgenommen wurde, nannte sich in seinen Unterschriften aber nur noch von der Groeben und verweigerte endlich jede Auskunft. Die Kriminalpolizei ging unterdessen allen Spuren des angeblichen Grafen nach, vergeblich sein Bild nach vielen Städten und stellte endlich fest, daß der Hochstapler Eduard Emil Pfäfler heißt und am 14. Oktober 1872 zu Reinersdorf bei Chemnitz geboren ist. Seit 1902 trat er namentlich in West- und Süd-Deutschland als „Bankier Graf von der Groeben“ auf und schmickte mit der größten Dreistigkeit den Leuten die faulsten Papiere an. In den Jahren 1902, 1903 und 1904 unterhielt er in Frankfurt a. M., Wiesbaden, Düsseldorf, Zürich und Basel, auch in Brüssel und anderen Städten umfangreiche Beziehungen. Die Fäden, die der falsche Graf auf diesem Gebiete im Deutschen Reich und seiner Nachbarschaft gesponnen hat, führen ohne Zweifel nach London zu Hugo Böhm und dessen Ehegattin. Er ist der Wacker einer Ranghandlungs-Gesellschaft, die in einer obliquen Straße Londons im dritten Stock eines Hauses in einem einzigen Zimmer „etabliert“ ist. Die vier Banken, die dort ihren Sitz haben, überschweben durch Agenten wie den „Grafen von der Groeben“ den Kontinent mit faulen ausländischen Wägen und anderen Papieren. Der Agent der einen Bank beruft sich für die Güte seiner Papiere auf eine Auskunft von einer der drei anderen Banken. Eine und dieselbe Schwindelgesellschaft stellt alle Auskünfte aus, und so lauten diese stets vorzüglich. Die Eheverhältnisse des Entlarvten bedürfen auch noch der Klärung.

Ein schwerer Raubfall auf dem Gesundbrunnen ist in der vorigen Nacht verübt worden. In dem Hause Wadstraße 27 wurden der Gastwirt Ernst Koal und dessen Ehefrau von drei Burthen niedergeschlagen und die Tageskasse beraubt. Die Täter konnten verhaftet werden. Gegen Witternacht betrat drei junge Leute das Koalsche Lokal in der Wadstraße 27. Auf die Frage des Gastwirts, was er ihnen geben dürfe, antworteten die Fremden, gar nichts. Einer von ihnen begab sich ohne weiteres hinter den Schenkensisch, hinter dem Koal stand. Er legte die Hand an den Kassenfahrscheinel, und als ihm dies von dem Gastwirt verboten wurde, gab er ein Zeichen, worauf sich die beiden anderen Eindringlinge gleichfalls hinter den Schenkensisch begaben und über 100 Mark herfielen. Es entstand nun zwischen den vier Männern ein aufregender Kampf. Verzweifelt suchte sich K. zur Wehr zu setzen und die drei Angreifer vor sich abzuschütteln. Die Ehefrau, die durch den Lärm vom Nebenraum herbeigelaufen wurde, eilte ihrem Mann sofort zu Hilfe. Sie wurde aber gleichfalls zu Boden geschlagen und von den Verbrechern arg zugerichtet. Im Gesicht erhielt die Bedienstete schwere Verletzungen. Die jungen Burthen räumten schließlich doch die Kasse aus und versuchten dann zu entfliehen. Inzwischen hatten aber einige Gäste das Lokal betreten und sie machten sich an die Verfolgung der Räuber, die bereits die Tür passiert hatten. Nach eines wilden Jagd konnten die Flüchtlinge aus festgenommen werden. Es handelte sich um die „Gelegenheitsarbeiter“ Brad, Kemner und Schmidt. Alle drei sind bereits vorbestraft. Das geraubte Geld, das den gefährlichen Weselen in die Hände gefallen war, betrug etwa 300 Mark. Einige aus der Nachbarschaft herbeigerufene Verze legten der Ehefrau des K. Notverbände an. Der Gastwirt selbst hatte bei dem Ueberfall nur unbedeutende Wunden an der Stirn davongetragen.

Durch Herusprechdratmorde sind wieder einmal empfindliche Störungen im Telegraphenverkehr herbeigeführt worden. In der Brügel Chaussee wurden eine Anzahl Anschließungsleitungen des Telegraphenbureaus zerstört und die Drähte abgeschnitten und entwendet. Die Oberpostdirektion hat auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Der amtliche Bericht der Verwaltung der Berliner Feuerwehr für das verfloffene Etatsjahr 1908/09 konstatiert, daß in dem Betriebe der Automobilsfahrzeuge bisher weder durch die Motoren noch durch die Batterien eine einzige Störung verursacht worden ist, auch weder Reparaturen an den Chassis noch Motoren usw. nicht erforderlich waren und Unfälle nicht vorgekommen sind. Infolge der günstigen Erfahrungen mit diesen ersten elektrisch betriebenen Fahrzeugen sind zwei weitere elektrische Büge als Ersatz für die bespannten Büge in Moabit und der Oberberger Straße vom Magistrat bewilligt worden. Die Abkleeung dieser beiden Büge soll im nächsten Monat erfolgen. Nach und nach sollen dann die übrigen 17 Löschbüge mit elektrischen bzw. Dampf betriebenen Fahrzeugen ausgerüstet werden; 12 Büge sollen elektrische Automobile erhalten und 5 je eine Dampfautomobilspitze.

Der Arbeiter-Sängerbund ist bestrebt, auf dem Gebiete des Arbeitergesanges insofern Nützlich zu wirken, als er bemüht ist, die vielen kleineren Gesangsvereine zu größeren Chören zu vereinigen, die dadurch in die Lage kommen, etwas Bedeutendes zu leisten. In verschiedenen Fällen haben diese Bestrebungen Erfolg gehabt. Nur gut eingetübten Chören ist es möglich, die Arbeiterfeste so zu verschönern, wie es der Wunsch der Arbeiterschaft schon lange ist. Von diesem Gedanken ausgehend, haben sich im Mai dieses Jahres die Gesangsvereine „Nordwacht“ und „Steinwelle“, M. d. U. S. V., zu einem größeren Chor unter dem Namen „Vereinigte Sängerschaft Wedding“ zusammengeschlossen.

Die organisierten Sangesbrüder und stimmbegabten Parteigenossen des Wedding und der Oranienburger Vorstadt werden ersucht, die Bestrebungen des Bundes auf engeren Zusammenkünften dadurch zu betätigen, daß sie leistungsfähige Chöre fördern. Der Vorstand des oben genannten Chores teilt mit, daß er vom 17. Juni ab Donnerstags, abends 8 Uhr, bei Fank, Teisstr. 63, Abt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Geschichte am Mittwoch, den 16. fällt aus und wird nachgeholt. Nächste Lektion am Mittwoch, 23. Juni. Der Unterricht in Nationalökonomie am Donnerstag, 17. Juni, findet statt.

Der Verein der Dresdener Hütten bittet um Aufnahme folgender Zellen: Am Sonntag, den 13. d. M. hat ein Automobilführer in Grünau (Segel-Regatta) ein hirschedernes Wagenfortemonteur mit 44 Mark Inhalt und eine Verbandskarte des Transportarbeiter-Verbandes verloren. Der eheliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Valentin Köpfer, Nizdorf, Prinz Oanbjerstraße 54 abzugeben.

Feuerwehbericht. Der 17. Löschzug hatte in der Kommandantenstraße 46 zu tun, wo in einer Werkstatt für Kegel usw. Terpentin, Spiritus usw. brannten. In der Nacht, 26. war gestern abend der Gummischlauch und Was von einem Gasofen in Brand geraten. Nachts um 11 Uhr brannten Gardinen und anderes in der Gaussestraße 8. Wegen einer Gasvergiftung wurde gestern früh der 7. Zug nach der Nigar Straße 107, Ede Weidenweg, gerufen. Sofort entsandte Samariter folgten der Vergifteten Sauerstoff ein

und stellten Wiederbelebungsbefuch an, die von Erfolg waren. Der 3. Zug hatte in der Schleimannstr. 7 einen Wohnungsbrand zu löschen. Ferner wurde die Feuerwehre nach der Posenstraße 12 und Jeshendler Straße 12b gerufen, wo drei Pferde sich in Kollagen befanden und von der Feuerwehre befreit wurden.

Einen für ihre Verhältnisse empfindlichen Verlust hatte am Sonntagabend ein Dienstmädchen zu beklagen. Dasselbe ließ im Nordringzug, der 6<sup>er</sup> die Station Stralau-Kummelsburg besetzt, einen Ledertasch mit 10,30 M. Inhalt und einem Bund Schlüssel liegen. Da das Mädchen das Geld zur Unterstützung ihrer alten Mutter verwenden wollte, wird der eheliche Finder gebeten, das Gefundene bei Franz Hoppe, Kummelsburg, Sonntagstraße 4, abzugeben.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr 5. Abteilung in Nizdorf bei Kaufhold, Gelfstraße 8, Vortrag über Knochenbrüche, Verrenkungen und Verstauchungen. Daran anschließend praktische Übungen.

Morgen Donnerstag abend 4. Abteilung in Sichtenberg bei Bedmann, Samariterstraße 11, Reitation und praktische Übungen.

## Vorort-Nachrichten.

### Nizdorf.

Eine neue Provokation? Wiederholt haben wir Gelegenheit gehabt, das vorkommliche, jeder freien Geistesregung bare Vorgehen der hiesigen Schuldeputation kennzeichnen zu müssen. Und fast hat es den Anschein, als ob die bisherigen Kulmesaten, die die Herzen auf diesem Gebiete zu erringen versuchten, um eine neue vermerkt sind. In trockenen, dünnen Worten wird durch die Lokalpresse folgender Beschluß der Schuldeputation bekanntgegeben: „Die Veranstaltung von Kolonialvorträgen seitens des deutschen Kolonialvereins für die Gemeindefschulen wird genehmigt.“ Ausgerechnet für die Gemeindefschulen! Bei den letzten Reichstagswahlen feierte auch in Nizdorf der Kolonialrummel wahre Orgien. Das Resultat war für die Räder jedoch geradezu vernichtend. Von 37 330 abgegebenen gültigen Stimmen fielen nicht weniger als 29 330 Stimmen der Sozialdemokratie zu, der schärfsten Gegnerin der herrschenden Kolonialpolitik. Glaubt nun die Schuldeputation und mit ihr Herr Bürgermeister Dr. Weinreich die Volksschüler durch diesen Beschluß anderen Sinnes zu machen als deren Eltern? Wollen die Herren hiermit den Kampf zwischen Schule und Haus mutwillig heraufbeschwören, so werden die Nizdorfer sozialdemokratischen Eltern ihren Mann zu stellen wissen. Die Erbitterung ist im Augenblick gegen die Schulverwaltung ohnedies schon groß genug. Immer aufs neue wird der Versuch unternommen, besonders jedoch in den letzten Wochen, die Gemeindefschulen, die in der freien Turnerschaft turnen, von dieser abwendig zu machen und dem patriotischen Turnverein „Jahn“ zuzuführen. Möge das letztere auch auf die persönliche Initiative einiger über-eifriger Lehrer oder Direktoren zurückzuführen sein, so ist doch die ganze Aktion seitens der übergeordneten Verbände und des Provinzialschulkollegiums angeordnet. Derartige kleinliche Maßnahmen werden nur das eine zeitigen, daß die Kinder schon in früher Jugend auf die Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung aufmerksam gemacht und für die Aufführung zum Sozialismus im Hause empfänglicher gemacht werden.

In einer heute abend 1/2 8 Uhr von der Freien Jugendorganisation nach dem „Karlsgarten“, Karlsgartenstraße 6 einberufenen Versammlung spricht Schriftsteller Simon Ragenstein über „Hemmnisse der Jugendbewegung“. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre Söhne und Töchter nach obiger Versammlung zu schicken. Des Weiteren sei darauf hingewiesen, daß Zuschriften, den Jugendführer betreffend, an den Vorsitzenden Wälz Schulz, Sanderstraße 12, vorn 9 Tr. bei Herpich zu richten sind.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet morgen nachmittag 5 Uhr im hiesigen Rathaus, Berliner Straße 63, statt. Aus der Verhandlung stehenden reichhaltigen Tagesordnung sei u. a. erwähnt: Abkommen mit der Großen Berliner Straßenbahn, Gewährung von Straßenbahn- und Omnibus-Abkommens an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Einrichtung von zwei neuen Vektorstellen zum 1. Oktober 1909, Gehaltsregelungsvorschlag für die Lehrpersonen an den Gemeindefschulen, Erhebung von Fremdenzuschlag an den Gemeindefschulen, Anstellung von Kolonialärzten und Rezipientenpraktikanten, Deduktion der Kosten für die Verlegung des städtischen Obdachs und für weitere häusliche Änderungen, Reflexion von Lohnsteigerungsfällen für die Angestellten des städtischen Omnibusbetriebes, Beschaffung einer Dampfspitze und Einrichtung einer Ladestation in der Hauptfeuerwache, Errichtung von Vollbedarfsanstalten und Verlegung einer Bedürfnisanstalt, Abkommen über die Errichtung einer Versuchsanstalt auf dem städtischen Müllabladeploy, gebührenfreie Desinfektion beim Wohnungswechsel Tuderthaler.

### Schöneberg.

#### Stadtverordnetenversammlung.

Genehmigt wird zunächst der vom Magistrat beantragte vierte Ausbau der Riefelsefelder; die Kosten hierfür in der Höhe von 444 500 M. werden bewilligt.

Darauf nahm die Versammlung den Bericht des Staatsausschusses über die vom Magistrat beantragte Regelung der Lehrergehälter entgegen. Der Vorlage wird ein Bloc nach den Forderungen des Ausschusses zugestimmt. Die bewilligten Gehaltserhöhungen belaufen sich nach diesen Beschlüssen bei den höheren Schulen auf 75 766 M., bei den Gemeindefschulen auf 140 535 M., bei der Mittelschule auf 5075 M. und bei der Fortbildungsschule auf 887 M., zusammen also auf 222 254 M.

Große Auseinandersetzungen brachte die Vorlage des Magistrats, auf dem städtischen Grundstück Ede Verchesgadener und Rosenheimer Straße einen provisorischen Spielplatz einzurichten. Der Magistratsvorlage wird schließlich zugestimmt.

Sodann beschloß die Stadtverordnetenversammlung wieder einmal mit dem Rathausneubau. Den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, für die weitere Ausarbeitung und Verwirklichung des Projekts dem Stadtbaurat Egeling eine Frist von 10 Wochen zu gewähren und dann die Prüfung dieses Entwurfs einer Ruch von Fachleuten zu übertragen, hat der Magistrat abgelehnt. Er verlangt jetzt in einer neuen Vorlage, für den Rathausneubau ein Preisanschreiben zu erlassen. Der Höchstbetrag der Baukosten soll auf 3 1/2 Millionen Mark herabgesetzt werden. Zur Beteiligung an der Konkurrenz sind 7 Architekten und der Stadtbaurat Egeling aufzufordern. Jeder Teilnehmer soll 5000 Mark erhalten, außerdem ist ein Preis von 20 000 M. ausgesetzt.

Die Redner der liberalen Fraktion begrüßten den jetzigen Vorschlag des Magistrats mit Freuden, nur verlangten sie, daß das Preisanschreiben kein beschränktes, sondern ein allgemeines sein soll.

Die sozialdemokratischen Redner, unsere Genossen Frisch und Oß, traten für Ablehnung der jetzigen Forderung des Magistrats ein. Es sei ein Übel, jetzt, nachdem man über ein Jahr lang an dem Entwurf herumgearbeitet und herumgerögelt habe, noch eine Ausschreibung vorzunehmen. Mit den Grundrissen sei jeder einverstanden gewesen, nur die Fassade habe nicht den Wünschen aller Herren entsprochen. Auch hierüber könne eine Einigung erzielt werden, wenn nur der Wille dazu vorhanden wäre. Unsere Genossen kritisierten das Verhalten einiger Stadtverordneten besonders scharf, die nur den Zweck verfolgten, dem Stadtbaurat die Arbeit möglichst zu erschweren. Namens der sozialdemokratischen Fraktion beantragten sie, die frühere Magistratsvorlage, in welcher die Ausführung des Hauses dem städtischen Hochbauamt übertragen wurde, wiederherzustellen.

Die Redner der „Unabhängigen Vereinigung“ und zum Teil auch der Liberalen Vereinigung schlossen sich den Ausführungen unserer Genossen an. Die ganze Angelegenheit wurde schließlich nochmals an einen Ausschuss verwiesen.

Bei der Wahl der Stadtverordneten zur Entsendung nach Wahl auf Höhe zur Teilnahme an der Eröffnungsfest des Kindererziehungsheims mangelte der Stadtverordnete Vertelt (Lib. Vereinig.), daß sich der Magistrat nicht vor Beginn mit dem Bau die Bauberechtigungen gesichert habe. Der Magistratsvertreter erklärte, daß die Angelegenheit gar nicht von so großer Bedeutung sei. Schöneberg müsse in dem Streit nach früheren Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts liegen, wenn auch Schöneberg beim Kreisbeschluß mit seiner Klage zunächst abgewiesen sei. Von anderer Seite wird noch darauf hingewiesen, daß es richtiger wäre, Schöneberg nehme die Zivilgerichte bei diesem Prozeß in Anspruch.

Von sozialdemokratischer Seite werden zu dieser Eröffnungsfest delegiert: die Genossen Baumler, Küter und Wollermann.

### Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hält heute abend 6 Uhr in der Aula der Victoria-Luisen-Schule, Nizlandstraße, eine Sitzung ab. Aus der Tagesordnung heben wir hervor: Einlegung einer gemischten Deputation für Theaterangelegenheiten, Erlaß eines Ortsstatuts betreffend Unfallversicherung der städtischen Beamten, Erlaß eines Ortsstatuts über das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung der Feuerwehrenten sowie endlich eine Magistratsvorlage, die die wichtige Frage der Beamten- und Lehrerbesoldung regelt.

### Stralau.

Ein schwerer Bootsunfall ereignete sich vorgestern auf der Spree oberhalb von Stralau. Dort fuhr nachmittags eine Anzahl Ruderer in kleinen Booten stromauf und kamen dabei auf den Einfall, eine Wettfahrt zu veranstalten. Der Kaufmann Windolf, der sich allein in einem Boote befand, geriet hierbei in die Wellen eines Dampfers, das Fahrzeug schlug um und W. verschwand in den Fluten. Obwohl von den übrigen Ruderern sofort Rettungsversuche unternommen wurden, gelang es nicht, den Vermissten zu bergen. Die Leiche konnte bisher noch nicht gefunden werden.

### Alt-Glienick.

Sein drittes Stiftungsfest feiert am Sonntag, den 20. d. M. der hiesige Arbeiter-Turnverein „Freie Turnerschaft“ (M. d. U. S. V.) im Wohnhause Kolale, Grünauer Str. 54. Da genannter Verein bei Parteifestlichkeiten stets mitwirkt, so werden die Genossen gebeten, sich recht zahlreich an dem Feste zu beteiligen.

### Friedrichsfelde-Karlshorst.

Die Einführung einer Umsatz- und Wertzuwachssteuer gelangte in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung mit zwölf gegen sieben Stimmen zur Annahme. Damit hat sich die Zahl der Gemeinden Groß-Berlins, in denen die Wertzuwachssteuer bereits eingeführt ist, abermals um eine vermehrt. Mitbestimmend dafür, daß die vom Gemeindevorstand eingebrachte Vorlage zur Erhebung einer Umsatz- und Wertzuwachssteuer angenommen wurde, war die miserable Finanzlage, in der sich die Gemeinde befindet. Nachdem der Haushaltsplan für 1909 nur mit großer Mühe aufgestellt werden konnte, mußte für den beträchtlichen Fehlbetrag eine neue Einnahmequelle erschlossen werden. Hierzu kommt, daß sich die Gemeinde in Zukunft vor eine Reihe außerordentlicher Aufgaben gestellt sieht. Durch die Erträge der Wertzuwachssteuer hofft der Gemeindevorstand, wie er in der Begründung der Vorlage zum Ausdruck bringt, daß die Gemeinde aus ihrer drückenden Lage befreit wird. Er empfiehlt daher mit aller Wärme die Annahme derselben. In der Debatte hierüber verwies der Beigeordnete Cassebaum darauf, daß aus dem Jahre 1908 noch ein Fehlbetrag von 70 000 M. zu decken sei. Im übrigen bezweifelte er die zur Erhebung kommende Steuer als eine durchaus gerechte. Gemeindevorstand Legner erklärte sich als Gegner der Vorlage, durch die Einführung der Wertzuwachssteuer würde der Ort in seiner Entwicklung gehemmt. Diese Bedenken wurden von dem Beigeordneten Cassebaum sowohl wie auch vom Bürgermeister Ungewitter zerstreut. Legner betonte noch, daß wenn die Reichswertzuwachssteuer eingeführt würde, diejenigen Gemeinden besser fahren würden, welche die Wertzuwachssteuer bereits eingeführt haben. Die Annahme der Vorlage aber sei dringend notwendig, wenn anders man den Steuerzuschlag von 120 Proz. nicht noch zu erhöhen gewillt sei. Genosse Winkler betonte mit Recht, daß die Gegner der Vorlage doch zufrieden sein sollten, weil sie außerordentlich milde sei und die Grundbesitzer doch noch gut wegkommen. Die Vorlage gelangte, nachdem sich der Schöffe Reichle dieser Ansicht angeschlossen und der Schöffe Bedardich seine Gegnerische zu derselben dokumentiert hatte, mit 12 gegen 7 Stimmen zur Annahme. Danach werden zur Erhebung kommen an Umsatzsteuer bei bebauten Grundstücken 1 Proz., bei unbebauten Grundstücken 1 1/2 Proz.; an Wertzuwachssteuer bei einem Wertzuwachs von mehr als 10 bis 20 Proz. 5 Proz., von mehr als 20 bis 30 Proz. 7 Proz. und so fort steigend um je 1 Proz. bis zu 20 Proz. bei einem Wertzuwachs von mehr als 100 Proz. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Bewilligung von weiteren 12 000 M. zum Bau des Kaufhauses im südlichen Teile von Karlshorst. Bereits in einer früheren Sitzung wurden von der Gemeindevertretung aus der Zwei-Millionen-Anleihe 240 000 M. zur Errichtung eines Kaufhauses bewilligt. Die Regierung verlangt nun die Anlegung eines zweiten Treppenanfanges. Die hierzu erforderliche Summe von 12 000 M. wurde bewilligt.

### Sprenghagen (Kreis Storfow).

Eine gut besuchte Volksversammlung nahm am Sonntag im Bauerischen Lokal ein Referat des Genossen Fritz Jubel über „Hundert Millionen Mark“ entgegen. Der große Beifall, den die Versammlung der scharfen Kritik des Referenten über die schamlose Steuerpolitik der herrschenden Clique zollte, bewies, daß auch bei den ländlichen Bewohnern der Steuerdruck großen Unwillen auslöst.

### Kalkberg-Niederdorf.

Früh in den Tod gegangen ist der zwölfjährige Sohn des Wäckermeisters R. Der Lebensmüde hat sich auf dem Grundstück seines Vaters erhängt. Als die Tat entdeckt wurde, war der Tod bei dem Kinde bereits eingetreten. Was den Morden in den Tod getrieben hat, konnte nicht genau ermittelt werden.

### Rosenthal-Wilhelmsruh-Nordend.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit dem arbeitserfindlichen Verhalten des bürgerlichen Gemeindevorstandes Walthers. Insbesondere verurteilte die Versammlung die Stellung dieses Herrn zu dem Antrage unseres Genossen Galsch, wonach der Stundenlohn der Gemeindefahrer von 40 auf 45 Pf. erhöht werden sollte. Herr Walthers habe den Lohn von 40 Pf. trotz der gegenwärtigen Verhältnisse für einen „schönen Lohn“ bezeichnet. Allgemein sprach man die Ansicht aus, daß Herr W. beim Gemeindevorstand als Gemeindefahrer in Empfehlung gebracht werden könnte. Kritisiert wurde auch, daß die Gemeindevorstellung der Firma Vergamert den Kubikmeter Wasser für 10 Pf. ausstatt, wie angelegt, für 12 Pf. auf acht Jahre liefern will. Eine lebhafteste Debatte rief das Verhalten des Pastors Wasmundt von der Kapellengemeinde bei der Vererbung der Genossin Koga hervor. Wie mitgeteilt wurde, hat Herr W. dem hiesigen Genossenschaftlichen die Genehmigung verweigert, am Grabe der verstorbenen Genossin zu singen. Man nimmt an, daß die Genehmigung nur deshalb verweigert wurde, weil die Vererbung ohne die Hinzuziehung des Geistlichen erfolgte. Der Vorsitzende ernannte die Versammelten, dieses Festhalten mit dem Austritt aus der Kirche zu beantworten.

### Bernau.

Beim Fischen ertrank gestern morgen der vielen Berliner Kolonisten bekannte Schneidmehler Petric aus dem benachbarten



Dorfe Schönau. P. hatte sich mit einem Freunde nach der sogenannten Saale, einem kleinen Gewässer unweit Bernau begeben, um dort zu fischen. Beim Hineinwaten geriet P. jedenfalls an eine tiefe Stelle, in welcher er sofort, ohne daß sein Freund davon etwas sah, unterging und ertrank. Seine Leiche wurde alsbald gefunden.

**Spandan.**

In einer imposanten Kundgebung gestaltete sich am Sonntag der vom sozialdemokratischen Wahlverein Spandau-Potsdam-Dahlemerland dem aus der Festungshaft zurückgekehrten Kandidaten des Reiches, Genossen Dr. Karl Liebknecht, bereite Empfang. Es war eine öffentliche Versammlung im Lokal von Steinebach (Hafenfelde) anberaumt, an welcher sich gegen 5000 Personen beteiligten. Schon von morgens 11 1/2 Uhr an fand Konzert in dem festlich geschmückten Garten statt. Nach und nach fanden sich dann auch die auswärtigen Genossen ein, die teils per Bahn, teils per Krampe und teils per Rad kamen. Nachmittags 8 Uhr erschien Genosse Liebknecht, von den Versammelten sympathisch begrüßt. Die vereinigten Gesangsvereine von Potsdam, Belten, Rauen, Hennigsdorf und Spandau begrüßten mit dem ihm manchen Liede: „Auf! Freunde“. Der Kreisvertrauensmann Genosse Paris-Belten und der Vorsitzende des hiesigen Wahlvereins Genosse Max Seior begrüßten mit herzlichen Worten den Zurückgekehrten. Beide gaben die Versicherung ab, nicht eher ruhen und ruhen zu wollen, bis das rote Banner auch über unserm Wahlkreis weht. Nach nochmaligem Gesang der vereinigten Sängerkörperschaften wurde die Rede von Liebknecht gehalten. Bevor er auf sein eigentliches Thema einging, entrollte er ein kurzes Bild vom Prozeß des Genossen Liebknecht; alsdann behandelte er in ausführlicher Weise das Thema. Er knüpfte an seinen Vortrag die Mahnung, die Reihen enger zu schließen, fleißig zu agitieren und zu organisieren und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie. Jetzt trat unter jubelnden Zurufen Genosse Liebknecht an das Rednerpult. Er sprach seinen Dank für die freundliche Begrüßung und seine Freude aus, wieder unter den Parteigenossen seines Wahlkreises sein zu dürfen und gleichzeitig das Gelübde der treuen Waffenbrüderschaft zu geben. Alsdann verbreitete er sich noch des längeren über die gegenwärtige politische Situation. Zum Schluß ermahnte er dann auch die Spandauer Genossen Schubert und Seior die Anwesenden, die gehörten Worte zu beherzigen und fleißige Agitation zu treiben. Mit dem Liede „Empor zum Licht“ wurde gegen 8 Uhr die Versammlung geschlossen. Das nun folgende vergnügte Zusammensein verschönte noch der hiesige Turnverein der freien Turnerschaft durch einige Darbietungen.

Um Aufklärung in der Affäre des Wädereffellen, dessen Leiche in voriger Woche aus einem toten Spreearm unterhalb von Ruhleben geborgen wurde, zu schaffen, bemühen sich jetzt die Sicherheitsbehörden in Berlin und Groß-Dahlemerland, den Aufenthaltsort des Wädereffellen Marlyuk zu ermitteln, der zugleich mit Sonntag seit über Jahresfrist bei demselben Meister gearbeitet hat und zusammen mit ihm aus der Stellung getreten ist. Beide waren befreundet und besuchten häufig gemeinsam die Kneipe; am 22. Mai wollten sie nach der Ruhlebener Trabrennbahn. Auch Marlyuk hatte die Absicht, um Pfingsten außerhalb einer Hochzeitsfeier bei zu wohnen und hatte Verwandten gegenüber sein Erscheinen bestimmt zugesagt; indes ist er nicht gekommen. Seine Habfeligkeiten brachte er, nachdem er aus der Arbeit getreten war, zum Gastwirt Goldmann in Groß-Dahlemerland. Im Morgen Sonntag hat dessen Vater zu Hause ein Stück Papier vorgefunden, das bei seiner Anwesenheit hier selbst von dem ihn begleitenden Gemeindevorsteher als ein anscheinend wichtiges Beweisstück der Polizei vorgelegt wurde; auf dem Papier befindet sich mit Bleistift geschrieben eine Mitteilung an Sonntag, daß Marlyuk ihn zu einer bestimmten Stelle erwarte; er habe ihm eine wichtige Sache mitzugeben; ob diese Zusammenkunft stattgefunden hat und ob sie im Zusammenhang steht mit dem Tode Sonntags und dem Verschwinden des anderen, ist gleichfalls nicht aufgeklärt. Durch die Ermittlung des Verbleibes des Marlyuk könnte allem Anschein nach das über dem Leichenfund noch schwebende Dunkel gelichtet werden.

**Gerichts-Zeitung.**

Die Wahl des Stadtverordneten Mugdan für ungültig erklärt. Der Bezirksausschuß hat gestern die Wahl des Sanitätsrats Dr. Otto Mugdan für ungültig erklärt.

Am 11. November 1908 wurden in der zweiten Abteilung des 5. Berliner Kommunalwahlbezirks für den sozialfortschrittlichen Kandidaten Professor Richard 474, für Dr. Mugdan 472 Stimmen abgegeben. Zwei Stimmen entfielen auf den Berliner Volksschullehrer Seidenreich, eine Stimme war ungültig, weil keine bestimmte erkennbare Person als gewählt bezeichnet war. Es hätte mithin, da ein Volksschullehrer in der Gemeinde, in der er wohnt, nicht wählbar ist, also nur 473 gültige Stimmen abgegeben waren, Professor Richard als gewählt vom Wahlvorstand proklamiert werden müssen. Wir haben das nach der Hauptwahl auf Grund des § 26 Absatz 1 der Städteordnung und der ständigen Judikatur des Oberverwaltungsgerichts ausführlich dargelegt. Das geschah aber nicht. Vielmehr trat das Ungeheuerliche ein: Der Wahlvorstand proklamierte überhaupt nicht, vielmehr setzte der Magistrat an seiner Stelle Stichwahl an. Na der Stichwahl siegte am 3. Dezember Dr. Mugdan. Gegen die Wahl wurde vom sozialfortschrittlichen Seite Protest eingelegt. Der Wahlausschuß der Stadtverordneten schlug aber mit 9 gegen 5 Stimmen die Gültigkeit der Wahl vor und die Stadtverordnetenversammlung erklärte am 4. Februar mit 82 gegen 34 (sozialdemokratische und sozialfortschrittliche) Stimmen die ungültige Wahl Mugdans für null und nichtig. Hiergegen erhoben die Freunde des Professors Richard Klage. Im gestrigen Termin wurden von den Anhängern der Gesetzesverletzung zugunsten Mugdans durch den Rechtsanwalt Sonnenfeld dieselben fadenscheinig-rabulistischen Gründe wie in der Plenarsitzung vom 4. Februar angeführt. Der § 26 Absatz 1 bezeichnet als gewählt

die, die bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen und zugleich mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten haben. Stimmen seien auch ungültige Stimmen! Danach hätte Stichwahl angeordnet werden müssen. Der Magistrat habe sich auch nicht zu Unrecht als Wahlvorstand geriert. Die Novelle vom 30. Juni 1900, die gestattete, mehrere Abstimmungsbezirke in einem Wahlkreis zu errichten, lasse das zu. Der Bezirksausschuß verwarf diese Argumente, weil sie mit dem Wortlaut und Zweck des Gesetzes und der ständigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts unvereinbar seien. Er hob den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf und erklärte aus den in der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung von den Stadtverordneten Dr. Preuß und Stadthagen angeführten Gründen die Wahl des Dr. Mugdan für ungültig. Es hätte der Gegenkandidat als gewählt vom Wahlvorstand (nicht vom Magistrat) proklamiert werden müssen. Wäre aber eine Stichwahl erforderlich gewesen, so hätte diese der Wahlvorstand und nicht der Magistrat anordnen müssen. Die Wahl ist also unter klaren Verletzungen erheblicher Bestimmungen der Städteordnung zustande gekommen und müsse deshalb als ungültig aufgehoben werden.

Nach dem bestehenden Gesetz und der herrschenden Judikatur konnte der Bezirksausschuß nicht an Stelle des zu Unrecht für gewählt Erklärten den Professor Richard als gewählten Stadtverordneten proklamieren. Es wird vielmehr Neuwahl anzuordnen sein. Die liberale Mehrheit der Stadtverordneten Berlins, insbesondere ihre Wortführer in der Plenarsitzung, die Stadtverordneten Ladewig, Sonnenfeld und Wommsen, haben durch das Urteil des Bezirksausschusses eine klaffende Ohrfeige erhalten. Sollte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschließen, an das Oberverwaltungsgericht zu rekurrieren, so dürfte bei der klaren Rechtslage und der ständigen Judikatur des Oberverwaltungsgerichts lediglich abermals die Wahl des Dr. Mugdan für ungültig erklärt werden. Freilich würde der zu Unrecht als Stadtverordneter erklärte und eingeführte Dr. Mugdan bis dahin das ungültige Stadtverordnetemandat ausüben, wenn er nicht vorsieht, durch eine Niederlegung der Kasse auch durch den höchsten preussischen Gerichtshof vorzubeugen.

**Der hilfsbereite Landmann.**

Unter der Maske des „hilfsbereiten Landmannes“ hatte der „Arbeiter“ Stephan Lewitzki einen eben nach Berlin gekommenen polnischen Arbeiter namens Jaworski ausgeplündert. Unter der Anklage des Strafenraubes mußte sich L. gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verantworten. — Am Nachmittage des 23. März d. J. vernahm der Revisor Fehmer in der Nähe des Restaurants „Kaiserbad“ in Treptow aus dem angrenzenden Plänterwald Stillerse erschallen. Er eilte in Begleitung seiner großen Dogge „Tilly“ nach der Gegend, aus der die Hilferufe kamen, und sah hier zwei Leute auf einem am Boden liegenden Menschen kauen. Bei seinem Herannahen ergriffen die beiden die Flucht. Auf den Ruf „Tilly fah!“ jagte der Hund in mächtigen Schritten hinter einem der Flüchtlinge her, den er bald eingeholt hatte. Der in dieser Weise Gestellte wagte sich nicht zu rühren, da sein Hosenboden in einer recht unangenehmen Verührung mit den Zähnen der Dogge gekommen war. Es stellte sich nun heraus, daß der am Boden Liegende der Arbeiter Jaworski war, der erst kurze Zeit vorher auf dem Silesischen Bahnhof angekommen war. Hier hatte der jetzige Angeklagte, der von dem Hunde gestellt war, und der unermittelt gebliebene zweite Mann sich als hilfsbereite Landleute an ihn herangedrängt und sich erboten, ihn Arbeit zu verschaffen. In dem Plänterwald, wohin man dem J. nach dem Besuch verschiedener Kneipen gelockt hatte, fielen die beiden „Landleute“ über ihn her und entrißen ihm das Portemonnaie mit etwa 30 M. Inhalt. — Vor Gericht schob der Angeklagte die Hauptschuld auf seinen Komplizen. — Die Geschworenen bejahten nur die auf Diebstahl lautende Schuldfrage. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, das Gericht erkannte nur auf drei Monate Gefängnis.

**Vermischtes.**

Theaterbrand in Troppau. Gestern nacht brach, wie eine Meldung aus Troppau besagt, im dortigen Stadttheater ein Brand aus, der auch die umliegenden Gebäude bedrohte. Nach 2 1/2 stündiger Arbeit gelang es, den Brand auf das Theatergebäude zu beschränken. Ein Teil des Zuschauerraums, die Decke und das Dach fielen den Flammen zum Opfer. Die Bühne und der äußere Bau sind unversehrt. Es ist niemand verunglückt. Das Feuer entstand vermutlich durch Unvorsichtigkeit von Arbeitern.

Die Passagiere des gestrandeten Dampfers „Slavonia“ trafen, wie aus Gibraltar gemeldet wird, hundert an der Zahl mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinzessin Irene“ gestern dort ein. Die meisten von ihnen folgten die Reise nach Neapel fort.

Eine Typhusepidemie ist, wie aus Breslau gemeldet wird, in Altwasser ausgebrochen. Bisher sind hundert Krankheitsfälle gemeldet, von denen einzelne tödlich verliefen. Als Ursache wird schlechtes Trinkwasser angeführt.

Freie Jugendorganisation. Abteilung Rixdorf. Heute abend 8 Uhr im Restaurant Karlsruher, Karlsplatzstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag. — Abteilung Lichtenberg. Rummeisburg. Heute abend 8 Uhr im Hummelberg, Goethestr. 5, bei Seyffand, Mitgliederversammlung. Vortrag. — Abteilung Weihensee. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Weber, Reichelstr. 37, Mitgliederversammlung. Vortrag.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands (Ordnungsverwaltung Berlin II). Heute abend 8 1/2 Uhr im Wilses-Hotel, Mitgliederversammlung. Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant Bolze, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Les- und Diskussionsklub „Gedank“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reibardt, Köpferstraße 58: Sitzung. Gäste willkommen. Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hummel, Sophienstr. 5: Sitzung. Gäste willkommen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Ehrenrunde Andre Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1007. Täglich von 7 bis 11 Uhr abends. Die Ehrenrunde beginnt die Ehrenrunde um 8 Uhr. Jeder Aufsatz ist ein Briefkasten und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

Schneeflocke. Gegen die Doppelschuldung müssen Sie schleunigst reklamieren. Sie ist in der Regel unzulässig. — Höllebrüder. Rein. — G. B. 41. Die vollen zehn Mark sind zu zahlen. — G. M. 6. Wenn von dem neuen Mieter die Miete bezahlt wird und die Auslage der Miete betrieblen werden kann, würde Ihre Schwester mit Aussicht auf Erfolg auf Zahlung klagen können. — A. R. 7. 1. und 2. Ja. Aber es ist wohl nicht anzunehmen, daß von dem Recht Gebrauch gemacht wird. — Rein. — G. B. 14. Gebrauch ist strafbar, wenn wegen desselben die Ehe geschlossen ist und der schuldlose Ehegatte Strafantrag gestellt hat. Das Strafverfahren richtet sich, auch wenn nur gegen einen der Ehegatten Strafantrag gestellt ist, gegen beide Ehegatten. — G. B. 8. 1. Rein. 2. a) Die Landtagsabläufe betreffen pro Tag der Session 15 M. b) Rein. 3. Das hängt von einer Abmachung mit der Gemeinde ab. 4. Montag. 5. Rein. 6. Die stenographischen Berichte des Reichstages und des Landtages sind durch jede Buchhandlung zu beziehen. — J. S. 27. 1. Ja. 2. Reimsstraße. — M. S. 100. Die Pfandung wäre zulässig. Die Miete hat keinerlei Verpflichtungen, die Frage zu beantworten, wo die Arbeitsstelle ist. — G. B. 2005. Wenden Sie sich an die Reichsbank unter Vorlegung des angebrannten Scheines. — G. S. 15. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Vermieter zu. — G. B. 68. Die rückwirkende Kraft der Steuererlasse beschränkt sich nur auf die Ermäßigung wegen Kinder und anderer Familienangehöriger. Tritt diese Voraussetzung bei Ihnen zu, so können Sie auch jetzt, wie wir wiederholt geschrieben haben, Ermäßigung beantragen, wenn auch Ihre Reklamation seinerzeit wegen Verspätung zurückgewiesen ist. — Schulstr. 106. Wenden Sie sich an den Magistrat. — R. R. 91. Leider sind beide Fragen zu bejahen. — Galen 2. Der Passus, der sich auf den Verlust des Lohnes für den nicht vollendeten Arbeitstag bezieht, ist anders Graßhans unzulässig. — J. W. Rein; es hätte Unmeldung erfolgen müssen. — S. R. 731. Wiederholen Sie die Anfrage unter Darlegung des Falles selbst, worüber Sie Auskunft haben wollen. Ihre Frage läßt sich nicht allgemein beantworten. — W. B. 3. Was für die Steuer vom Einkommen abzugsfähig ist, ist im „Vormerk“ vom 23. März ausführlich dargelegt. — R. R. Wenn kein Gewerbe vorliegt, sondern eine gemeinschaftliche Anknüpfung der Kolonisten, so ist das Ausschließen zulässig. — R. 12. Sie sind Deutsche geblieben. — M. 5. Eine Richtigkeitsklage der Ehe wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Dieselbe muß aber innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis des die Richtigkeit begründenden Umstandes angebracht werden. Dasselbe ist durch einen Anwalt anzustellen. — Klavenordnung. 1. und 2. Rein. Die Frau hätte sich strafbar gemacht. Ist das Mädchen minderjährig und ihr die Genehmigung zur Dienstverbindung nicht erteilt, so ist der Vertrag nichtig; sie kann also jederzeit austreten. 3. Ja. — G. B. 3. Rein; es sei denn, daß etwa schriftlich ein Inkonsens der Verpflichtung erfolgt ist. — G. B. 20. Wenden Sie sich an den Verband der sächsischen Arbeiter, Engelstr. 15. — 13. Wahl. 1. 100 Stimmen gleich 0,75 Prozent. 2. 100 Stimmen gleich 13 Prozent. — R. 15. Deutsche Hühnerzucht, Steinhilber, Schulstr. 25. Erscheint wöchentlich. Preis 10 M. „Hühnerzucht“, Neudamm i. d. Neumark. Erscheint wöchentlich. Preis 8 M. „Schweizerische Hühnerzucht“, Wilsdorf bei Järich, Schweiz. Erscheint 14täglich. Preis 4 M. — Minin Schwarz. Louren in so detaillierter Weise im Briefkasten angegeben, würde doch zu weit gehen. In unserer Buchhandlung erhalten Sie zu sehr billigen Preisen einschlägige Karten und Tourenbücher. — W. B. 1. 2. Optr. Feldartillerie-Regiment Nr. 62 in Königsberg i. Pr. — D. W. 100. Wenden Sie sich bei Hrl. Anna Juchacz, Oranienstr. 185. Montag, Mittwoch, Donnerstag zwischen 1 und 2 Uhr. — G. B. Städtische Pflegerinnen-Schule, Turnstr. 21. — M. S. 101. Die Bezahlung ist völlig aus der Luft gegriffen und erfinden.

Amlicher Marktbericht der sächsischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr gemäßig, Geschäft klar, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gemäßig, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr gemäßig, Geschäft lebhaft, Preise ziemlich beständig. Fisch: Geschäft ziemlich lebhaft, Preise im allgemeinen beständig, für Röhre anziehend, Preise geduldet, Zufuhr mäßig. Butter und Käse: Geschäft still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr gemäßig, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

**Witterungsüberblick vom 15. Juni 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter
Emmenda	770	SW	3	stark bew.	13	765	SW	3	stark bew.
Damberg	771	NO	2	halb bew.	14	765	NO	2	bedeck.
Berlin	770	SW	3	stark bew.	12	770	R	3	halb bew.
Frankf. a. M.	769	SW	3	stark bew.	14	773	SW	1	bedeck.
München	769	D	2	halb bew.	12	769	NO	1	wolkig
Wien	767	W	4	Regen	11				

Wetterprognose für Mittwoch, den 16. Juni 1909. Trocken und vorwiegend heiter, nachts noch kühl, um Mittag ziemlich warm bei frischen östlichen Winden.

**Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.**

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	14. 6.	13. 6.	am	am		14. 6.	13. 6.	am	am
Remel, III	132	-3			Saale, Großk.	78	+10		
Bregel, Jüterburg	-10	+11			Havel, Spandau	49	+7		
Beisel, Horn	140	+18			Havel, Rathenow	64	-10		
Deber, Rathow	218	-4			Spreew., Spremberg	70	0		
• Kroffen	239	+12			• Beeskow	67	-1		
• Frankfurt	210	+15			• Witten	100	+3		
Barthe, Schirum	54	+6			• Witten	84	+2		
• Landsberg	15	+1			Rhein, Magdeburg	507	+43		
Rege, Borsdorf	-4	+3			• Rahn	194	+7		
Elbe, Zeitz	-13	+7			• Rahn	167	+4		
• Dresden	-134	-9			• Redar, Weißbrom	160	+112		
• Barby	120	-2			• Rahn, Weichsel	104	+8		
• Magdeburg	108	+6			• Projel, Trier	81	+16		

+) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ? Unterpegel. Nach telegraphischen Meldungen ist auf der oberen Oder ziemlich starkes Hochwasser eingetreten; bei Rathow betrug der Wasserstand heute früh 634, um 12 Uhr mittags 655 Zentimeter.



**Sunlicht Seife**

ist für Wollfabrikate unersetzlich. Gestrickte Wollachen und Decken schrumpfen in der Wäsche nicht ein, gemusterte und farbechte Stücke verlieren nicht die Frische der Farbe, wenn sie mit Sunlicht Seife nach Vorschrift gewaschen werden. Sunlicht Seife wird vielfach nachgeahmt, aber in der Qualität niemals erreicht.





